

Eine unabhängige rechtliche Untersuchung der Übertretungen der Genozid-Konvention durch die Russische Föderation in der Ukraine und der Pflicht zur Verhütung von Genozid

MAI 2022

Vorwort von Dr. Azeem Ibrahim

Dieser Bericht ist der Erste, der sich mit einer der eher umstrittenen und folgenreichen Fragen der Invasion der Ukraine durch die Russische Föderation befasst: Ob dieser Krieg genozidalen Charakter besitzt. Bei noch stets andauernden Kämpfen ist es durch die Verfügbarkeit moderner Werkzeuge unerlässlich, dass dieser Frage nachgegangen und ihre Wahrheit kundgetan wird.

Bei der Häufigkeit, mit der der Begriff Genozid verwendet — und ebenso bestritten — wird, wäre es nicht hilfreich, Ungenauigkeit in der verwendeten Definition zuzulassen. Eine klare Feststellung der Tatsachen zusammen mit einer rechtlichen Analyse gemäß anwendbarem Recht ist wesentlich.

Dies ist ein Projekt des New Lines Instituts und des Raoul-Wallenberg-Zentrums, welche zur Behandlung des Themas drei Expertengruppen zusammengestellt haben. Zu diesen Expertengruppen gehören unter anderem ein Team von RechtsexpertInnen sowie ExpertInnen zum Thema Genozid, eine Gruppe von Open-Source-Intelligence AnalytikerInnen und SprachexpertInnen, die den weitläufigen Primärquellendatensatz bestehend aus abgefangenen Kommunikationen und Zeugenberichten, den dieser Krieg bereits erzeugt hat, nutzen konnten.

Das New Lines Institut und das Raoul-Wallenberg-Zentrum haben bereits umfangreiche Arbeiten zum Thema der Genozide an den Rohingya und den Uiguren durchgeführt — darunter das Verfassen des ersten Berichts zur Feststellung eines Genozids in Xinjiang unter Anwendung der Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes von 1948.

Der Bericht kommt zu dem Schluss, dass die Russische Föderation staatliche Verantworten für die Übertretungen von Artikel II und Artikel III der Genozid-Konvention, an die sie gebunden ist, trägt. Der Bericht kommt außerdem zu dem Schluss, dass unzweifelhaft das ernsthafte Risiko eines Genozids besteht, das die Verhütungspflicht der Unterzeichnerstaaten nach Artikel I der Genozid-Konvention auslöst.

Dies ist der erste Bericht seiner Art, aber nicht das letzte Wort zu diesem Thema. Wir hoffen, dass noch mehr folgt.

Dr. Azeem Ibrahim
Direktor, Spezialinitiativen
New Lines Institut für Strategie und Politik
Washington, DC

Kurzfassung

Dieser Bericht umfasst eine unabhängige Untersuchung der Übertretungen der Genozid-Konvention in der Ukraine durch die Russische Föderation und zeigt:

- 1) hinreichende Gründe für die Schlussfolgerung, dass Russland die Verantwortung für (i) unmittelbare und öffentliche Anreizung zur Begehung von Völkermord trägt sowie für (ii) Völkermord basierend auf der Absicht, die ukrainische nationale Gruppe teilweise zu zerstören; und
- 2) das Bestehen eines ernsthaften Genozid-Risikos in der Ukraine, welches die rechtliche Pflicht aller Unterzeichnerstaaten zur Verhütung von Genozid auslöst.

I. Die geschützte Gruppe. Die ukrainische nationale Gruppe ist innerstaatlich, international und von Russland ausdrücklich in formellen zwischenstaatlichen Beziehungen anerkannt und ist folglich gemäß der Genozid-Konvention geschützt.

II. Aufstachelung zum Völkermord. Gemäß Artikel III (c) der Genozid-Konvention ist unmittelbare und öffentliche Anreizung zur Begehung von Völkermord ein eindeutiges Verbrechen unabhängig davon, ob darauf tatsächlich ein Völkermord folgt.

III. Russlands staatlich organisierte Aufstachelung zum Genozid.

- a) **Verleugnung der Existenz einer ukrainischen Identität.** Hochrangige russische Beamte und Kommentatoren staatlicher Medien verleugnen wiederholt die Existenz einer eigenständigen ukrainischen Identität, womit sie implizieren, dass jene, die sich selbst als UkrainerInnen identifizieren, die Einheit Russlands gefährden oder sich dem Nationalsozialismus hingeben und es folglich verdient haben, bestraft zu werden. Die Verleugnung der Existenz einer geschützten Gruppe ist gemäß dem UN-Leitfaden zur Bewertung des Risikos von Massengräueltaten ein spezifischer Indikator für Genozid.
- b) **Spiegel-Argument.** Das „Spiegel-Argument“ ist historisch gesehen eine der stärksten Formen von Anreizung. Indem der Täter die anvisierte Gruppe beschuldigt, die gleichen Gräueltaten zu planen, die der Täter zu verüben vorhat, stellt er die Opfergruppe als existentielle Gefahr dar und lässt Gewalt gegenüber dieser Gruppe als defensiv und notwendig erscheinen. Präsident Putin und mehrere russische Beamte warfen als eigentlichen Vorwand für den Einmarsch in die Ukraine der Ukraine vor, Genozid oder Vernichtungshandlungen an der Zivilbevölkerung in den Gebieten zu verüben, die von durch Russland unterstützten Separatisten kontrolliert werden.
- c) **“Entnazifizierung” und Entmenschlichung.** Russische Beamte und Staatsmedien nennen immer wieder „Entnazifizierung“ als eines der Hauptziele der Invasion und beschrieben UkrainerInnen allgemeinen als untermenschlich („zombifiziert“, „bestialisch“, „untergeordnet“), krank und verseucht („Dreck“, „Schmutz“, „Störung“), oder als existentielle Bedrohung und den Inbegriff allen Übels („Nazismus“, „Hitlerjugend“, „das Dritte Reich“). Diese Rhetorik zielt darauf ab, einen substanziellen Teil oder eine ganze Generation von UkrainerInnen als Nazis und Erzfeinde darzustellen und sie somit zu legitimen oder notwendigen Vernichtungszielen zu machen.
- d) **Aufbau von UkrainerInnen als existentielle Bedrohung.** Im russischen Kontext setzt die staatlich organisierte Aufstachelungskampagne die gegenwärtige Invasion unverhohlen mit dem existentiellen Krieg der Sowjetunion gegen Nazi-Deutschland in Verbindung und verstärkt damit die Wirkung der Propaganda auf die russische Öffentlichkeit, damit diese bereit ist, Massengräueltaten zu verüben und zu dulden. Am 5. April 2022 postete der aktuelle Stellvertretende Vorsitzende des russischen Sicherheitsrates Dmitri Medwedew: „nachdem sie sich ins Dritte Reich verwandelt hat... wird die Ukraine das gleiche Schicksal erleiden... das, was sie verdient! ... Diese

schwierigen Aufgaben sind nicht auf die Schnelle zu erfüllen. Und sie werden nicht nur auf dem Schlachtfeld gelöst werden.“ Am Vortag des weithin gefeierten Tags des Sieges, der den sowjetischen Sieg über Nazi-Deutschland markiert, schickte Präsident Putin ein Telegramm an die von Russland unterstützten Separatisten, in dem er behauptete, dass die Russen „für die Befreiung ihrer Heimat vom Nazidreck,“ kämpfen und gelobte: „wie 1945 wird der Sieg wird unser sein“. Die Russisch-Orthodoxe Kirche bekräftigte diesen historischen Vergleich öffentlich und lobte Russlands Kampf gegen Nazis.

- e) **Konditionierung des russischen Publikums zur Verübung und Duldung von Gräueltaten.** Der Kreml hat die Gräueltaten, die von seinen Streitkräften begangen wurden, geleugnet und die Soldaten, die unter Verdacht stehen, Massenmord in der Ukraine begangen zu haben, belohnt und damit seine Soldaten darin bestärkt, weitere Gräueltaten zu begehen, und die russische Öffentlichkeit darin bestärkt, weitere Gräueltaten zu dulden. Der Kreml hat die Möglichkeit, die Öffentlichkeit direkt aufzustacheln, indem er seine Propaganda durch eine kontrollierte Medienlandschaft und extreme Zensurmaßnahmen rund um den Krieg trichtert und verstärkt. Die Verbreiter der Aufstachelungspropaganda sind hochgradig einflussreiche Personen aus Politik, Kirche und den staatlich kontrollierten Medien, darunter auch Präsident Putin. Es häufen sich Beweise, dass die russischen Soldaten die staatliche Propaganda internalisiert haben und darauf reagieren, indem sie deren Inhalte während der Verübung von Gräueltaten wiedergeben. Dies sind unter anderem einige der berichteten Aussagen von Soldaten: Drohungen, „alle Nazihuren“ zu vergewaltigen, „Nazis zu jagen,“ „wir werden euch von den Nazis befreien,“ „wir sind hier, um euch vom Schmutz zu reinigen“ (nach einer öffentlichen Hinrichtung).

IV. **Genozidale Absicht.** Was Genozid als Verbrechen ausmacht, ist die „Absicht, eine [geschützte Gruppe] als solche ganz oder teilweise zu zerstören“. Diese Absicht kann einem Staat durch Beweise für einen allgemeinen Plan (abgeleitet aus offiziellen Aussagen, Dokumenten oder politischen Entscheidungen) zugeschrieben werden oder aus einem systematischen Muster von Gräueltaten gegen die geschützte Gruppe gefolgert. Die fünf genozidalen Handlungen — Tötung von Mitgliedern der Gruppe; Zufügung von schwerem körperlichem oder seelischem Schaden an Mitgliedern der Gruppe; vorsätzliche Unterwerfung der Gruppe unter Lebensbedingungen mit dem Ziel, ihre körperliche Zerstörung ganz oder teilweise herbeizuführen; Verhängung von Maßnahmen, die auf die Geburtenverhinderung innerhalb der Gruppe gerichtet sind; gewaltsame Überführung von Kindern der Gruppe in eine andere Gruppe — können in ihrer Gesamtheit betrachtet ebenfalls auf eine genozidale Absicht hinweisen.

- a) **Ein genozidaler Plan.** Ein „allgemeiner Plan“, die ukrainische nationale Gruppe teilweise zu zerstören, zeigt sich durch die Aufstachelung zum Genozid, die eine treibende Kraft der gegenwärtigen Invasion ist, oder durch die auffälligen in den begangenen Gräueltaten sichtbaren Muster und Methoden, welche darauf hindeuten, dass es sich dabei um eine militärische Strategie handelt.

V. **Genozidales Muster der auf UkrainerInnen abzielten Zerstörung.**

- a) **a) Massentötungen.** Russische Kräfte haben in den besetzten Gebieten ukrainische ZivilistInnen zum Zwecke von Massenexekutionen zusammengetrieben, die durch ein Muster gemeinsamer Tötungsmethoden gekennzeichnet sind — Hände gefesselt, gefoltert und aus nächster Nähe in den Kopf geschossen. Das gut dokumentierte Massaker in Butscha könnte auf eine kohärente Strategie hinweisen, welche von russischen Kräften in den momentan unzugänglichen besetzten Gebieten verfolgt wird.

- b) **Absichtliche Angriffe auf Schutzeinrichtungen, Evakuierungsrouten und humanitäre Korridore.** Russische Kräfte beschießen auf systematische Art und Weise mit Präzision Schutzeinrichtungen und Evakuierungsrouten, was auf eine dahinterliegende militärische Strategie hinweist, die darin liegt, in belagerten Konfliktgebieten ZivilistInnen zu töten und einzuschließen.
- c) **Wahlloses Bombardement von Wohngebieten.** Russische Kräfte haben auf umfangreiche Weise von Natur aus willkürliche Waffen mit weitem Wirkungsbereich, oder Streumunition, zum Beschuss von dicht bevölkerten Gebieten in mindestens acht ukrainischen Oblasten eingesetzt.
- d) **Belagerungen durch das russische Militär: Vorsätzliche Unterwerfung der Gruppe unter Lebensbedingungen mit dem Ziel, ihre körperliche Zerstörung ganz oder teilweise herbeizuführen.** Während sie die UkrainerInnen in belagerten Städten unerbittlich von innen und außen bombardierten, sorgten russische Kräfte gleichzeitig und absichtlich für Lebensbedingungen, die darauf abzielten, deren körperliche Zerstörung herbeizuführen.
- i. **Zerstörung von lebenswichtiger Infrastruktur.** Russische Kräfte folgen in ihren Belagerungen ukrainischer Städte stets einem ähnlichen brutalen Muster, indem sie zuerst Wasserversorgung, Stromversorgung und Kommunikationswege zerstören und weiters medizinische Einrichtungen, Getreidelager und Verteilungszentren für Hilfsgüter anvisieren. Damit demonstrieren sie eine militärische Strategie und Politik, die darauf abzielt, tödliche Bedingungen für die ukrainische Bevölkerung herbeizuführen. Diese koordinierten Aktionen des russischen Militärs mit dem Ziel, die ukrainische Bevölkerung lebensnotwendiger Güter zu berauben und sie unter destruktiven Bedingungen festzuhalten, zeigen, dass die Belagerungen berechnend darauf abzielen, ihre körperliche Zerstörung herbeizuführen. Stand: 15. April haben 1,4 Millionen Menschen in der östlichen Ukraine überhaupt keinen Zugang zu Trinkwasser und weitere 4,6 Millionen Menschen keinen angemessenen Zugang zu Trinkwasser.
 - ii. **Angriffe auf die Gesundheitsversorgung.** Bis zum 25. Mai hat die Weltgesundheitsorganisation 248 Angriffe auf die Gesundheitsversorgung der Ukraine dokumentiert. Die anhaltenden und absichtlichen Angriffe russischer Kräfte auf Geburtskliniken sind besonders beweiskräftig im Hinblick auf die Beurteilung genozidalen Vorsatzes, denn sie stellen vier der fünf in der Genozid-Konvention definierten genozidalen Handlungen dar: Tötung oder Zufügung von schwerem körperlichem oder seelischem Schaden, die Verschlimmerung allgemein bereits lebensbedrohlicher Zustände und die Hinderung ukrainischer Frauen daran, sicher zu gebären.
 - iii. **Zerstörung und Beschlagnahmung notwendiger Güter, humanitärer Hilfsgüter und Getreide.** Russische Kräfte haben riesige Vorratsmengen zerstört und beschlagnahmt, wovon hunderttausende Tonnen nach Russland ausgeführt wurden, und haben wiederholt humanitäre Hilfsgüter aufgehalten beziehungsweise beschlagnahmt oder humanitäre Helfer festgenommen, die versuchten, ZivilistInnen zu evakuieren. Auf diese Weise gebrauchen sie Hunger als Kriegswaffe.
 - iv. **Andere Orte mit lebensbedrohlichen Zuständen.** Russische Kräfte haben UkrainerInnen an anderen Orten festgehalten, wo sie keinen Zugang zu lebensnotwendiger Versorgung hatten, was in bestimmten Fällen zu einem schnelleren Tod durch Ersticken oder Verhungern geführt hat.
- e) **Vergewaltigung und sexuelle Gewalt.** Berichte von sexueller Gewalt in von Russland besetzten Gebieten weisen auf ein systematisches Muster hin, zu dem Gruppenvergewaltigung, Vergewaltigung in Heimen oder Schutzeinrichtungen, Vergewaltigung von Eltern vor den Augen der Kinder und umgekehrt sowie Sexsklaverei gehören. Vergewaltigung und sexuelle Gewalt können mehrere

genozidale Handlungen darstellen: Maßnahmen zur Geburtenverhinderung und Zufügung von gut dokumentiertem langfristigem körperlichem und biologischem Schaden. Der wahre Umfang der sexuellen Gewalt in diesem Krieg wird erst im Laufe der Zeit zutage treten, wird aber vermutlich niemals vollständig ans Licht kommen.

f) Zwangstransfer von UkrainerInnen. Russland hat seit Beginn der Invasion die Umsiedlung von über einer Million UkrainerInnen nach Russland gemeldet, darunter über 180,000 Kinder. Flüchtlinge und ukrainische Offizielle haben davon berichtet, gewaltsam oder unter Androhung von Gewalt transferiert worden zu sein. Offiziellen ukrainischen Stellen zufolge wird in Russland Gesetzgebung dahingehend reformiert, um die Adoption von Kindern aus dem Donbas zu erleichtern, während ukrainische Kinder, die gewaltsam nach Russland verbracht wurden, gezwungen werden, Russischkurse zu absolvieren. Der gewaltsame Transfer von ukrainischen Kindern nach Russland ist eine genozidale Handlung gemäß Artikel II (e) der Genozid-Konvention.

VII. Die Absicht, die ukrainische nationale Gruppe teilweise zu zerstören. Die Absicht, eine Gruppe „teilweise“ zu zerstören, wird nicht nur durch die Zahl ukrainischer Opfer ermittelt, die stark unterschätzt wird. Das Ausmaß der gegen UkrainerInnen gerichteten Gräueltaten muss in relativem Verhältnis zum Tätigkeits- und Kontrollbereich Russlands bemessen werden. Russische Kräfte haben bei ihrem Rückzug aus besetzten Gebieten eine Spur konzentrierter physischer Zerstörung hinterlassen, darunter Massenerschießungen aus nächster Nähe, Folter, die Zerstörung lebenswichtiger Infrastruktur, Vergewaltigung und sexuelle Gewalt. Die gezielte Ermordung oder das Verschwindenlassen von ukrainischen Führungspersonen oder AktivistInnen ist ein weiterer Beweis für die Absicht, die ukrainische nationale Gruppe teilweise zu zerstören, weil diese Personen emblematisch für die Gruppe sind oder für das Überleben der Gruppe essenziell sind.

VIII. Die Pflicht, Genozid zu verhüten. Staaten haben eine rechtliche Verpflichtung, Genozid außerhalb ihrer Grenzen zu verhüten, sobald sie eines ernsthaften Genozid-Risikos gewahr werden — ein Sachverhalt, den dieser Bericht klar etabliert und dessen Kenntnis Staaten nun nicht mehr abstreiten können. Die Genozid-Konvention erlegt den Staaten die rechtliche Mindestverpflichtung auf, angemessene Maßnahmen zur Verhütung eines Genozids und zum Schutz gefährdeter ukrainischer ZivilistInnen vor der unmittelbaren Gefahr eines Genozids zu treffen.

**Dieser Bericht wurde unter Mitwirkung und in Absprache mit zahlreichen unabhängigen
ExpertInnen erstellt, darunter die Folgenden:**

Yonah Diamond

Prof. John Packer

Erin Farrell Rosenberg

Prof. Susan Benesch

Rayhan Asat

Adejoké Babington-Ashaye

Christopher Atwood

Santiago A. Canton

Hon. Irwin Cotler

Prof. David Crane

Dato Param Cumaraswamy

Botschafter. Kelley Currie

Prof. Tanya L. Domi

Dr. Tatyana Eatwell

Mark Ellis

Zoe Gladstone

Prof. Max Hilaire

Mofidul Hoque

Prof. Steven T. Katz

Prof. Hiroaki Kuromiya

Prof. Errol Mendes

Prof. Norman M. Naimark

Dr. Melanie O'Brien

Dr. Ewelina U. Ochab

Prof. Maxim Pensky

Emily Prey

Botschafter Allan Rock

Dean Michael Scharf

Botschafter David J. Scheffer

Prof. Marci Shore

Dr. David Simon

Prof. Timothy Snyder

Dr. Gregory H. Stanton

Chief Charles Taku

Dr. György Tatár

Robert Tyler

Table of Contents

Vorwort von Dr. Azeem Ibrahim.....	1
Einleitung.....	3
Rechtsrahmen für Staatliche Verantwortung.....	4
1. Die Genozid-Konvention.....	4
2. Verhütung: der zentrale Zweck der Genozid-Konvention.....	5
3. Zuschreibung staatlicher Verantwortung.....	6
Kurzer historischer Hintergrund.....	7
Die geschützte nationale Gruppe.....	7
I. Direkte und öffentliche Anreizung zur Verübung von Genozid.....	8
Anwendbares Recht.....	8
Das Schaffen der Grundlage für die Anreizung zum Völkermord: Leugnung der Existenz der ukrainischen nationalen Gruppe.....	10
Vorwand für die Invasion: „Spiegel-Argument“ und die Konstruktion einer existentiellen Bedrohung durch die Ukraine.....	11
“Entnazifizierung” und Entmenschlichung.....	12
Die Konditionierung des russischen Publikums zur Verübung und Billigung von Gräueltaten.....	15
II. Beweise für genozidale Absicht.....	17
Anwendbares Recht.....	17
Ein allgemeiner Plan.....	18
Rückschluss auf eine genozidale Absicht aufgrund eines Musters von gegen UkrainerInnen gerichteten Zerstörungsaktionen.....	19
Boden-Massaker/Massenmord.....	19
Absichtliche Angriffe auf Zufluchtsorte, Evakuierungsrouten und humanitäre Korridore.....	22
Willkürliche Bombardierung von Wohngebieten.....	24
Russische militärische Belagerungen: Vorsätzliche und systematische Herstellung von lebensbedrohlichen Umständen.....	25
Vergewaltigung und sexuelle Gewalt.....	27
Zwangstransfer von UkrainerInnen.....	30
Zerstörung von kulturellen und heiligen Stätten.....	30
Die Absicht zur teilweisen Zerstörung.....	31
Zuschreibung von genozidaler Absicht.....	32
III. Die Pflicht, Genozid zu verhüten.....	32
Das unmittelbare Risiko eines Genozids.....	33
Das Wesen der Pflicht zur Verhütung von Genozid.....	34
Fazit.....	35
Nachwort von Hon. Irwin Cotler.....	36
Anhang.....	37

Einleitung

Dieser Bericht, der als dringende Reaktion auf die anhaltenden Gräueltaten erstellt wurde, ist eine unabhängige Untersuchung der Übertretungen der *Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes* durch Russland im Rahmen seiner Invasion der Ukraine. Die Genozid-Konvention erlegt allen Unterzeichnerstaaten, darunter auch Russland, die rechtliche Pflicht auf, zur Verhütung von Genozid tätig zu werden, sobald ernsthaftes Risiko entsteht, oder einen bereits ablaufenden Genozid zu beenden. Die Verhütungspflicht ist eine eigenständige rechtliche Pflicht und, wie aus dem Namen der Konvention hervorgeht, wird sie bereits ausgelöst *bevor ein Genozid erfolgt*.¹ Dieser Bericht kommt gerechtfertigter Weise zu dem Schluss, dass Russland, basierend auf der Absicht, die ukrainische nationale Gruppe teilweise zu zerstören, Verantwortung für Anreizung zum Genozid und für Genozid trägt. Der Bericht kommt des Weiteren definitiv zu dem Schluss, dass ein ernsthaftes Genozid-Risiko besteht, welches die Verhütungspflicht der Unterzeichnerstaaten auslöst.

Die Nürnberger Prozesse stellten 1947 historisch klar, dass „Verbrechen gegen internationales Recht werden von Individuen begangen, nicht von abstrakten Gebilden.“² Dieser Bericht ist dazu intendiert, parallellaufende internationale Prozesse zu stärken, die darauf abzielen, einzelne Täter zu identifizieren und für alle Kerndelikte, darunter Genozid, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Kriegsverbrechen und Aggression, zur Rechenschaft zu ziehen. Die Gräueltaten, die in diesem Bericht dokumentiert und gesammelt sind, sollten genutzt werden, um diese strafrechtlichen Ermittlungen und Strafverfolgungsmaßnahmen voranzutreiben. Dieser Bericht ist dazu gedacht, die Staaten — die wichtigsten Akteure zwischenstaatlicher Beziehungen – über ihre aktuellen und rechtlich bindenden Pflichten gemäß der Genozid-Konvention in Kenntnis zu setzen, um sicherzustellen, dass sie diesen in vollem Umfang gerecht werden.

Methodik

Dieser Bericht basiert größtenteils auf Open-Source-Materialien und befasst sich mit dem Zeitraum bis zum 22. Mai 2022, sollte aber im Kontext der sich rasch entwickelnden Situation vor Ort gelesen werden. Handelt es sich bei der einzigen Quelle für eine Aussage um eine offizielle Quelle, so wird dies im Text ausdrücklich angegeben. Der Bericht ist in drei Hauptabschnitte unterteilt — Aufreizung zur Verübung von Genozid, Beweise für eine genozidale Absicht und die Pflicht zur Verhütung von Genozid.

In Fällen von Völkermord hat der Internationale Gerichtshof (IGH) in der Vergangenheit aufgrund der außergewöhnlichen Schwere der Anschuldigungen einen höheren Beweisstandard als die Abwägung der Wahrscheinlichkeiten angewandt.³ Dieser Bericht jedoch wendet einen „vernünftige Gründe für die Schlussfolgerung“-Standard auf die Frage an, ob ein Staat gegen die Genozid-Konvention verstoßen hat, weil es sich um eine außergerichtliche Untersuchung inmitten eines laufenden Krieges handelt und man sich in einem frühen Stadium des gesamten Ermittlungsprozesses befindet.⁴ Um aufzuzeigen, dass ein ernstes Genozid-Risiko besteht, das die Pflicht der Staaten zur Verhütung von Genozid auslöst, verwendet der Bericht einen zweiten Standard: „schlüssig“ oder „vollends überzeugend“.

¹ *Bosnien gegen Serbien* Urteil 2007 Absatz 148

² Urteil des Internationalen Militärtribunal Nürnberg 1946, S. 55

³ Internationaler Gerichtshof (IGH) *Bosnien* 2007 Absatz 209. Das Gericht hält fest, dass es „vollständig überzeugt“ sein muss, dass das Verbrechen oder Handlungen nach Artikel III begangen wurden.

⁴ Die Unabhängige Internationale Untersuchungsmission zu Myanmar beschreibt diesen Standard, im Hinblick auf Tatsachenfeststellungen, als erfüllt, „wenn ein ausreichender und verlässlicher Bestand an Primärinformationen in Übereinstimmung mit anderen Informationen eine normalerweise umsichtige Person vernünftigerweise zu dem Schluss kommen lassen würde, dass ein Vorfall oder ein Verhaltensmuster vorliegt“ (Abs. 6) A/HRC/39/64

Rechtsrahmen für Staatliche Verantwortung

1. Die Genozid-Konvention

Das Verbrechen des Genozids nach internationalem Recht ist in der Genfer Konvention festgeschrieben, einem Abkommen, das die Sowjetunion (heute Russland) 1949 unterschrieb und 1954 ratifizierte.⁵ Die Verpflichtungen Russlands nach der Genfer Konvention gelten *erga omnes*, oder gelten gegenüber der internationalen Gemeinschaft in ihrer Gesamtheit, was sich aus dem *Jus-Cogens*-Status des Verbots von Genozid ergibt.⁶ Die Genozid-Konvention sieht strafrechtliche Verantwortung von Personen für Genozid und damit in Verbindungen stehende Handlungen vor, während Staaten für solche Handlungen in einem anderen, wenn auch manchmal überlappenden, Rechtsrahmen zur Rechenschaft gezogen werden können.⁷ Wichtig ist, dass gemäß dem Völkerrecht der Beweisstandard für Abkommensverstöße geringer ist als jener bei einem strafrechtlichen Verfahren.⁸ Die Verantwortung eines Staates für Verstöße gegen das Völkerrecht ergibt sich aus den dem Staat zuzurechnenden völkerrechtswidrigen Handlungen oder, im Falle von Genozid, rechtswidrigen Handlungen von außergewöhnlicher Schwere, die dem Staat zuzurechnen sind.

Dieser Bericht beschäftigt sich nicht mit individueller *strafrechtlicher* Verantwortung, sondern vielmehr mit der Frage, ob Russland *staatliche* Verantwortung für die Übertretungen der Genozid-Konvention, eines zwischen seinen 152 Vertragsstaaten rechtsverbindlichen Abkommens, trägt. Der Bericht verwendet die Genozid-Konvention als primäre Rechtsquelle mit Blick auf die relevante internationale Jurisprudenz, übliches internationales Recht, staatliche Praxis und wissenschaftliche Arbeit.

Artikel I der Genozid-Konvention besagt für die Vertragsstaaten, dass Völkermord, „ob in Friedens- oder in Kriegszeiten begangen, ein Verbrechen nach Völkerrecht ist, zu dessen Verhütung und Bestrafung sie sich verpflichten.“⁹

Artikel II definiert Genozid (oder Völkermord) folgendermaßen:

⁵ Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes (Genocide Convention) wurde einstimmig angenommen, Resolution der UN-Generalversammlung 260 (III) 9. Dezember 1948 https://www.un.org/en/genocideprevention/documents/atrocities-crimes/Doc.I_Convention%20on%20the%20Prevention%20and%20Punishment%20of%20the%20Crime%20of%20Genocide.pdf. Es gibt mittlerweile 152 Vertragsstaaten, „Status of Treaties: Convention on the Prevention and Punishment of the Crime of Genocide,“ United Nations Treaty Collection https://treaties.un.org/pages/ViewDetails.aspx?src=TREATY&mtsg_no=IV-1&chapter=4&clang=en#33.

⁶ *Bosnien Herzegowina gegen Jugoslawien*, IGH Urteil, 11. Juli 1996, Absatz 31; siehe auch den Bericht der Völkerrechtskommission über die Arbeit ihrer 53. Tagung (2001) S.112-113 https://legal.un.org/ilc/documentation/english/reports/a_56_10.pdf.

⁷ *Bosnien gegen Serbien* Absatz 167-69, 174. Der IGH stützt seine Schlussfolgerung, dass Staaten für Völkermord und damit verbundene Handlungen nach Artikel III auf den ausdrücklichen Wortlaut von Artikel IX der Genozid-Konvention, der die „Verantwortlichkeit eines Staates für Genozid oder für eine der anderen in Artikel III aufgezählten Handlungen“ vorsieht. Siehe auch P. Gaeta „On What Conditions Can a State Be Held Responsible for Genocide?“, *European Journal of International Law*, 2007, S. 643 („Um eine internationale Verantwortung des Staates zu begründen, müsste jedoch nicht nachgewiesen werden, dass der Staat als solcher — oder einer oder mehrere seiner Beamten — eine völkermörderische Absicht im strafrechtlichen Sinne hegte. Dieses Erfordernis gilt nur für die strafrechtliche Verantwortung von Einzelpersonen“)

⁸ Zum Beweisstandard in Bezug auf die Genozid-Konvention, siehe unter anderen Stephen Wilkinson, „Standards of Proof in International Humanitarian and Human Rights Fact-Finding and Inquiry Missions“, *Genfer Akademie für Humanitäres Völkerrecht und Menschenrechte*, S. 20, <https://www.geneva-academy.ch/joomlatools-files/docman-files/Standards%20of%20Proof%20in%20Fact-Finding.pdf>.

⁹ Genozid-Konvention Artikel II

In dieser Konvention bedeutet Völkermord eine der folgenden Handlungen, die in der Absicht begangen wird, eine nationale, ethnische, rassische oder religiöse Gruppe als solche ganz oder teilweise zu zerstören:

- a) Tötung von Mitgliedern der Gruppe;
- b) Zufügung von schwerem körperlichem oder seelischem Schaden an Mitgliedern der Gruppe;
- c) vorsätzliche Unterwerfung der Gruppe unter Lebensbedingungen mit dem Ziel, ihre körperliche Zerstörung ganz oder teilweise herbeizuführen;
- d) Verhängung von Maßnahmen, die auf die Geburtenverhinderung innerhalb der Gruppe gerichtet sind;
- e) Gewaltsame Überführung von Kindern der Gruppe in eine andere Gruppe.

Demnach gibt es gemäß Artikel II drei Bestandselemente: (1) die Verübung einer der beschriebenen genozidalen Handlungen gegen (2) eine geschützte Gruppe (3) mit der Absicht, die Gruppe ganz oder teilweise zu zerstören. Unter Artikel III sind die strafbaren Handlungen aufgeführt, darunter: "Völkermord; Verschwörung zur Begehung von Völkermord; unmittelbare und öffentliche Anreizung zur Begehung von Völkermord; Versuch des Völkermordes und Beteiligung am Völkermord."¹⁰

2. Verhütung: der zentrale Zweck der Genozid-Konvention

Verhütung von Genozid ist der Hauptzweck der Genozid-Konvention, wie es der operative Begriff in ihrem Titel — Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes — und die ausdrückliche rechtliche Verpflichtung gemäß Artikel I implizieren:

Die Pflicht eines Staates zur Verhütung von Genozid und die damit einhergehende Pflicht zu handeln, entsteht in dem Moment, in dem der Staat von der Existenz eines ernsthaften Risikos, dass ein Völkermord bevorsteht, erfährt oder normalerweise bereits davon erfahren haben sollte.¹¹

Die Pflicht zur Verhütung von Genozid beschränkt sich nicht nur auf das eigene Staatsgebiet, sondern erstreckt sich auf alle Bereiche, in denen der Staat „in geeigneter Weise tätig werden kann.“¹² Das Wiener Übereinkommen über das Recht der Verträge (WÜRV), oder „Die Wiener Vertragsrechtskonvention“, dem Russland ebenso beigetreten ist, liefert die Rahmenbedingungen für die Interpretation von Abkommen. Artikel 31 besagt:

Ein Vertrag ist nach Treu und Glauben in Übereinstimmung mit der gewöhnlichen, seinen Bestimmungen in ihrem Zusammenhang zukommenden Bedeutung und im Lichte seines Zieles und Zweckes auszulegen.¹³

Abkommen werden in Bezug auf ihre Präambeln und Anlagen interpretiert.¹⁴ Die Präambel der Konvention bezieht sich auf die Resolution der UN-Generalversammlung, die den Auftrag zu

¹⁰ Genozid-Konvention Artikel III

¹¹ *Bosnien gegen Serbien*, Absatz 431.

¹² *Bosnien gegen Serbien*, Absatz 183.

¹³ Wiener Übereinkommen über das Recht der Verträge, 23. Mai 1969, WÜRV

https://legal.un.org/ilc/texts/instruments/english/conventions/1_1_1969.pdf.

¹⁴ WÜRV, Art. 31 (2)(a). In Bezug auf „Kontext“, siehe auch Raphael Lemkins *Die Herrschaft der Achsenmächte im besetzten Europa*, zum Ursprung des Begriffs „Genozid“ und Vorläufer der Genozid-Konvention. Lemkin definierte Völkermord als „nicht notwendigerweise die unmittelbare Zerstörung einer Nation ... vielmehr als einen koordinierten Plan verschiedener Aktionen, die

ihrer Ausarbeitung erteilt und das Verbrechen des Völkermordes im Völkerrecht folgendermaßen bekräftigte:

Die Verweigerung *des Existenzrechtes* einer gesamten Gruppe von Menschen ... [die] in einem großen Verlust für die Menschheit in Form von kulturellen und anderen Beiträgen, die von solchen Menschengruppen repräsentiert werden, resultiert und den moralischen Gesetzen sowie dem Geist und den Zielen der Vereinten Nation widerspricht.¹⁵

Ziel und Zweck des Vertrages sind sowohl im Titel der Konvention als auch in Artikel I ausdrücklich genannt: die Vertragsparteien zu verpflichten, Genozid zu verhindern und zu bestrafen. Dem IGH zufolge zielt die Konvention darauf ab, „die Existenz bestimmter Menschengruppen zu schützen“¹⁶. Dieses Ideal bildet „die Grundlage und das Maß all seiner Bestimmungen.“¹⁷ Dieser Bericht sollte im Lichte dieses Hauptziels gelesen werden: der Verhütung von Genozid vor Eintreten der ganzen oder teilweisen Zerstörung der geschützten Gruppe und deren Schutz.¹⁸

3. Zuschreibung staatlicher Verantwortung

Die Artikel der Völkerrechtskommission (ILC) aus dem Jahr 2001 *Verantwortung der Staaten für völkerrechtswidrige Handlungen* liefert die Regeln dafür, einem Staat gemäß allgemeinem Völkerrecht oder internationalem Gewohnheitsrecht rechtswidrige Handlungen zuzuschreiben.¹⁹ Gemäß der Artikel über die Verantwortung der Staaten werden rechtswidrige Handlungen Staaten zugeschrieben, wenn sie von Personen oder juristischen Personen verübt werden, die (1) ein staatliches Organ gemäß staatlichen Rechts (*de jure*) sind oder in „vollständiger Abhängigkeit“ vom Staat (*de facto*) handeln;²⁰ (2) durch die

auf die Zerstörung wesentlicher Lebensgrundlagen nationaler Gruppen abzielen, mit dem Ziel, die Gruppen selbst zu vernichten. Das Ziel eines solchen Plans wäre die Auflösung der politischen und sozialen Institutionen der Kultur, der Sprache, der nationalen Gefühle, der Religion und der wirtschaftlichen Existenz nationaler Gruppen sowie die Zerstörung der persönlichen Sicherheit, der Freiheit, der Gesundheit, der Würde und sogar des Lebens der Individuen, die solchen Gruppen angehören.“ Raphael Lemkins *Axis Rule in Occupied Europe* (Washington, D.C., 1944), S. 79.

¹⁵ UN-Generalversammlung, *The Crime of Genocide*, 11. Dezember 1946, A/RES/96 <https://www.refworld.org/docid/3b00f09753.html>.

¹⁶ IGH Gutachten 1951, S. 12

¹⁷ Ebd.

¹⁸ Nach Artikel 31 Absatz 3 WÜRV sind Vertragsbestimmungen im Lichte späterer (a) Übereinkünfte und (b) jede spätere Übung bei der Anwendung des Vertrags aus der die Übereinstimmung der Vertragsparteien über seine Auslegung hervorgeht, sowie „(c) jeder in den Beziehungen zwischen den Vertragsparteien anwendbarer einschlägiger Völkerrechtssatz“ weiter auszulegen. Darüber hinaus sieht Artikel 31(4) vor: „[Eine] besondere Bedeutung ist einem Ausdruck beizulegen, wenn feststeht, daß die Vertragsparteien dies beabsichtigt haben.“ Nach Artikel 32 können ergänzende Auslegungsmittel, einschließlich der „vorbereitenden Arbeiten zum Vertrag, herangezogen werden, um die Bedeutung von Vertragsklauseln zu bestätigen oder „die Bedeutung zu bestimmen, wenn die Auslegung nach Artikel 31 [entweder]: (a) die Bedeutung mehrdeutig oder dunkel läßt oder (b) zu einem offensichtlich sinnwidrigen oder unvernünftigen Ergebnis führt“

¹⁹ Die Völkerrechtskommission wurde 1947 von der UN-Vollversammlung (UNGA) eingesetzt, um ihr Mandat gemäß Artikel 13 Absatz 1 Buchstabe a) der Charta der Vereinten Nationen wahrzunehmen und „Studien zu veranlassen und Empfehlungen auszusprechen, um [...] die fortschreitende Entwicklung des Völkerrechts und seine Kodifizierung zu fördern“; dementsprechend sind ihre von der UNGA verabschiedeten Ansichten maßgebend. Siehe auch *Bosnien gegen Serbien*, Abs. 149, 401

²⁰ *Responsibility of States for Internationally Wrongful Acts*, 2001, Artikel 4, *Conduct of organs of a State* gibt an:

„1. Das Verhalten jedes staatlichen Organs wird nach dem Völkerrecht als Handeln dieses Staates betrachtet, gleich ob das Organ rechtsetzende, vollziehende, rechtsprechende oder andere Funktionen ausübt, gleich welche Stellung es in der Organisation des Staates hat und gleich welcher Art es als Organ der Zentralregierung oder einer Gebietseinheit des Staates ist.
2. Ein Organ schließt jede natürliche oder juristische Person ein, die diesen Status nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts des Staates hat.“

https://legal.un.org/ilc/texts/instruments/english/draft_articles/9_6_2001.pdf; see ICJ *Bosnien* Abs. 392 und *Nicaragua* Abs. 109.

Staatsgesetzgebung zur Ausübung von Elementen der Staatsgewalt ermächtigt sind;²¹ oder (3) auf Anweisung oder unter Leitung oder „direkter Kontrolle“ eines staatlichen Organs, gemäß der ständigen Jurisprudenz, handeln.²²

Die Handlungen von Personen oder juristischen Personen, welche Staatsgewalt ausüben, sind sogar dann dem Staat zuordenbar, wenn sie ihre Befugnisse oder Anweisungen überschreiten.²³ Das Verhalten der russischen Streitkräfte und von russischen Beamten, in ihrer Rolle als Organe des Staates²⁴, und das Verhalten von Personen oder juristischen Personen, die unter ihrer direkten Kontrolle stehen, inklusive von Akteuren staatlicher Medien und von durch die russische Regierung kontrollierten Beamten oder juristischen Personen innerhalb der selbst ernannten „Republiken“, sind Russland zuordenbar.²⁵ Dieser Bericht wägt ab, ob jene Personen oder juristischen Personen, welche Anreizung zur Verübung von Genozid gemäß Artikel II (c) oder Genozid gemäß Artikel II verüben, Russland zuordenbar sind.²⁶

Kurzer historischer Hintergrund

Im Dezember 1991 erlangte die Ukraine ihre vollständige Unabhängigkeit (92 Prozent der ukrainischen Bevölkerung stimmte für die Unabhängigkeit) und internationale Anerkennung als souveräner Staat, obwohl eine einzigartige ukrainische nationale Identität bereits lange vor der offiziellen Unabhängigkeit existierte. Im Juni 1996 ratifizierte das ukrainische Parlament eine neue Verfassung, worin, neben einer Reihe von anderen Nationalitätsmerkmalen, Ukrainisch als Amtssprache anerkannt wurde. Im April 2021 entsandte Russland mehr als einhunderttausend Soldaten ins ukrainische Grenzgebiet — der größte Truppenaufmarsch seit 2014. Am 21. Februar 2022 wurden die Regionen Luhansk und Donezk durch den Kreml als unabhängige Republiken anerkannt. Am 23. Februar 2022 befahl Russlands Präsident Wladimir Putin den russischen Truppen in die Ukraine einzufallen, was sie tags darauf taten.²⁷

Die geschützte nationale Gruppe

²¹ Ebd. Artikel 5 *Conduct of persons or entities exercising elements of governmental authority*

„Das Verhalten einer natürlichen oder juristischen Person, die nicht ein Organ des Staates nach Art. 4 ist, aber durch das Recht dieses Staates ermächtigt ist, Elemente der hoheitlichen Gewalt auszuüben, wird nach dem Völkerrecht als Handeln des Staates betrachtet, vorausgesetzt die natürliche oder juristische Person handelt in dem gegebenen Fall in dieser Eigenschaft.“

²² Ebd. Artikel 8 „Das Verhalten einer Person oder Personengruppe wird nach dem Völkerrecht als Handeln eines Staates betrachtet, wenn die Person oder Personengruppe in der Ausführung des Verhaltens tatsächlich auf Anweisung oder unter der Leitung oder Kontrolle dieses Staates handelt.“ Siehe *Bosnien gegen Serbien* Abs. 396-407

²³ Ebd. Artikel 7 „Das Verhalten eines Organs eines Staates oder einer natürlichen oder juristischen Person, die zur Ausübung von Elementen der hoheitlichen Gewalt ermächtigt ist, wird nach dem Völkerrecht als Handeln des Staates betrachtet, wenn das Organ oder die natürliche oder juristische Person in dieser Eigenschaft handelt, selbst wenn sie ihre Befugnisse überschreiten oder Anweisungen zuwiderhandeln.“

²⁴ Siehe Regel 149, Die Studie des ICRC (Internationales Komitee vom Roten Kreuz) über „customary international humanitarian law“ (humanitäres Völkergewohnheitsrecht), https://ihl-databases.icrc.org/customary-ihl/eng/docs/v1_rul_rule149#Fn_EC46E6AE_00001.

²⁵ Die OSZE stellte fest, dass Russland für das Verhalten der „von der Regierung der Russischen Föderation eingesetzten und/oder kontrollierten Beamten in den selbsternannten ‚Republiken‘ Luhansk und Donezk“ verantwortlich ist. Siehe OSZE 89.

²⁶ Für eine ähnliche Analyse siehe *Bosnien gegen Serbien* Abs. 384-415

²⁷ <https://www.pbs.org/newshour/world/a-historical-timeline-of-post-independence-ukraine>

Die Jurisprudenz definiert eine geschützte Gruppe anhand ihrer positiven Merkmale, d.h. die Gruppe „als solche“²⁸ und die nationale Gruppe spezifisch als „eine Ansammlung von Menschen, die auf der Grundlage einer gemeinsamen Staatsbürgerschaft und gegenseitiger Rechte und Pflichten rechtlich miteinander verbunden sind.“²⁹ Das ukrainische Volk verfügt über eine gemeinsame international anerkannte Nationalität, Staatsbürgerschaft und gemeinsame Identität. Jüngsten Studien zufolge identifiziert sich eine große Mehrheit der UkrainerInnen als ukrainisch, inklusive jener, die Russisch sprechen und in vorrangig russischsprachigen Gebieten leben.³⁰

Russland selbst hat die ukrainische nationale Identität im Rahmen internationaler und bilateraler Beziehungen durchwegs anerkannt. Tatsächlich erkennt Russland, in einem Abkommen mit der Ukraine, in expliziter Weise die Existenz einer ukrainischen Minderheit in Russland und die Existenz einer russischen Minderheit in der Ukraine und damit auch die Existenz einer ukrainischen Mehrheit, folgendermaßen an:

„Die Parteien des Abkommens garantieren die freie und gleichberechtigte Entwicklung der russischen nationalen Minderheit in der Ukraine und der ukrainischen nationalen Minderheit in der Russischen Föderation.

Die Parteien des Abkommens werden günstige Umstände im Hinblick auf die Erhaltung ihrer nationalen Eigenart, Kultur, Sprache und der Verwirklichung ihrer spirituellen und religiösen Bedürfnisse schaffen.“³¹

UkrainerInnen werden national und international als nationale Gruppe definiert und stellen somit eine geschützte Gruppe im Sinne der Genozid-Konvention dar. Des Weiteren wurden UkrainerInnen wiederholter Maßen von Russland selbst in formellen staatlichen Interaktionen mit der Ukraine anerkannt.

I. Direkte und öffentliche Anreizung zur Verübung von Genozid

Dieser Abschnitt wird: (1) die rechtlichen und empirischen Elemente einer „direkten und öffentlichen Anreizung zum Völkermord“ auslegen und (2) diese Faktoren auf die gegenwärtige Situation anwenden, indem er die staatliche oder staatlich kontrollierte russische Propaganda im Vorfeld der Invasion der Ukraine analysiert.

Anwendbares Recht

Die Genozid-Konvention sieht in Artikel III (c) die „direkte und öffentliche Anreizung zum Völkermord“ als gesondert strafbare oder völkerrechtswidrige Handlung vor. III (c). Obwohl der IGH sich erst noch mit dem Thema der staatlichen Verantwortung für Übertretungen von Artikel III (c) beschäftigen muss,

²⁸ *Bosnien 2007* Urteil 193-195

²⁹ ICTR (Internationaler Strafgerichtshof für Ruanda), *The Prosecutor v. Akayesu*, Fall Nr. ICTR-96-4-T. Urteil (2 September 1998) Abs. 512.

³⁰ <https://www.washingtonpost.com/politics/2022/03/07/ukraine-russian-speakers/>

³¹ Bilaterales Abkommen zwischen der Regierung der Russischen Föderation und der Regierung der Ukraine über die Zusammenarbeit in den Bereichen Kultur, Wissenschaft und Bildung, <https://docs.cntd.ru/document/902056509>, Russland hat außerdem vor dem Human Right Council eine „ukrainische Gesellschaft“ anerkannt. Siehe Thematische Liste der UPR-Empfehlungen an die Ukraine (2. Zyklus)

liefern internationales Strafrecht und wissenschaftliche Arbeiten über gut dokumentierte historische Verläufe von Genoziden Orientierungshilfe bei der Einschätzung staatlicher Verantwortung.

Internationaler Strafrechtssprechung zufolge ist direkte und öffentliche Anreizung zum Völkermord gemäß der Genozid-Konvention ein eigenständiges Verbrechen, unabhängig davon, ob ein Genozid oder genozidale Handlungen darauffolgen (im Gegensatz zu Anstiftung).³² Die Feststellung von Anreizung hängt vielmehr vom „*Potential* der Kommunikation, einen Völkermord auszulösen“ ab.³³ Im Kontext individueller Straftaten sind die vier Elemente des Verbrechens folgende: (1) öffentliche (2) direkte (3) Anreizung (Ermutigung oder Provokation zum Völkermord) und (4) die Absicht, eine geschützte Gruppe als solche ganz oder teilweise zu zerstören.³⁴

Dieser Abschnitt wird die ersten drei Elemente anwenden, denn der folgende Abschnitt beschäftigt sich mit der Frage, ob dem Staat, basierend entweder auf offiziellen Aussagen einen allgemeinen Plan betreffend oder auf der Schlussfolgerung von Absicht aufgrund eines Musters von Gräueltaten, genozidale Absicht zugerechnet werden kann.

Das öffentliche Element beschäftigt sich mit der Frage, ob sich die Anreizung an die breite Öffentlichkeit richtet, inklusive der Medien.³⁵ Das direkte Element beschäftigt sich mit der Frage, ob dem Publikum die Bedeutungen der Botschaft sogleich verständlich waren, was hauptsächlich durch ihre Bedeutung im Kontext bestimmt wird, inklusive der Umstände zu der Zeit und die relevanten kulturellen Nuancen.³⁶ Die Anreizung muss nicht explizit sein, um direkt zu sein, besonders in Zeiten gesteigerten Aufruhrs, im Krieg oder in einer bereits „explosiven Situation.“³⁷ Zu den Arten gut dokumentierter Anreizung, die diese Situation betreffend besonders relevant sind, gehören unter anderem Entmenschlichung, die Beschuldigung der Opfer, Gräueltaten zu planen oder zu begehen („Spiegelanklage“) und die Billigung und Beglückwünschung von Gewalt.³⁸

Zusätzliche Markenzeichen von Anreizung sind der Einfluss des Sprechers, die Anfälligkeit des Publikums, Genozid zu verüben, der historische und soziale Kontext der Botschaften, die Verfügbarkeit alternativer Informationsquellen und ob das Publikum durch ständige Wiederholung der Anreizung konditioniert wurde.³⁹

³² *Akayesu* Abs. 562; *Nahimana* AC 678; *SCC Mugesera* Fall, Abs. 85.

³³ *Nahimana* S. 1015.

³⁴ *Akayesu* 556-560. Siehe auch *Atrocity speech law : foundation, fragmentation, fruition* von Gregory Gordon, S. 185, beschreibt den Inhalt der Elemente: („(1) ‚direkt‘ (ob die Personen, für die die Botschaft bestimmt war, deren Implikation sofort verstanden haben — daraus kann man ableiten, dass die Botschaft implizit sein kann); (2) ‚öffentlich‘ (ein Aufruf zu kriminellen Handlungen an eine Reihe von Personen an einem öffentlichen Ort oder an Mitglieder der allgemeinen Öffentlichkeit über Massenmedien); (3) ‚Anreizung‘ (rechtswidrige Aufforderung zum Völkermord unter Berücksichtigung von Zweck und Kontext) und (4) ‚mens rea‘ (die Absicht, eine nationale, ethnische, rassische oder religiöse Gruppe als solche ganz oder teilweise zu zerstören).“)

³⁵ *Akayesu* Abs. 556

³⁶ *Nahimana* (Media Case) Berufungsurteil Abs. 698-701; *ICTR Bikindi* TC Urteil Abs. 387.

³⁷ *Nahimana* 1004; *Bikindi* TC Urteil Abs. 387. Nach dem Tod von Präsident Habaryimana und vor dem Hintergrund zunehmender Spannungen und Unruhen nahmen die Sendungen und Aufrufe an die Bevölkerung, gegen die Tutsi vorzugehen, an Intensität zu. *Nahimana* Gerichtsurteil, Abs. 481

³⁸ *Atrocity speech law : foundation, fragmentation, fruition* von Gregory Gordon, S. 284 (in der weitere Arten der Aufstachelung beschrieben werden, darunter „Euphemismen und Metaphern; Rechtfertigung von Gewalt in der Gegenwart; Billigung und Beglückwünschung vergangener Gewalt ... und Opfer-Sympathisanten-Verschmelzung“.)

³⁹ <https://dangerousspeech.org/wp-content/uploads/2020/08/Dangerous-Speech-A-Practical-Guide.pdf> 10-24. Siehe auch Benesch *Vile Crime or Inalienable Right: Defining Incitement to genocide*, 498; und UN Rabat Plan of Action, Abs. 29.

Das Schaffen der Grundlage für die Anreizung zum Völkermord: Leugnung der Existenz der ukrainischen nationalen Gruppe

Obwohl Russland Abkommen unterzeichnete, in denen es die ukrainische Staatlichkeit international anerkennt, leugnen russische Beamte und Kommentatoren staatlicher Medien der russischen Öffentlichkeit gegenüber die Legitimität einer eigenständigen ukrainischen Identität. Bereits im April 2016 leugnete der damalige Premierminister Dmitri Medwedew die Existenz eines legitimen ukrainischen Staates.⁴⁰ Am 26. Februar 2020 sagte der vormalige Assistent von Präsident Putin, Wladislaw Surkow, der weithin als der Architekt des Putinismus und der russischen Ukraine-Politik⁴¹ gesehen wird: „Eine Ukraine gibt es nicht. Es gibt nur Ukrainertum. Das ist eine spezifische Störung des Geistes ... Die Nation gibt es nicht.“⁴²

Hochrangige russische Beamte leugneten wiederholter Maßen die Existenz der ukrainischen Sprache, Kultur und nationalen Identität und kommunizierten implizit, dass jene, die sich eindeutig als ukrainisch identifizieren, die „Einheit“ von RussInnen und UkrainerInnen gefährden.⁴³

Das Russische Institut für strategische Studien (RISS), ein Think-Tank der russischen Regierung, der die politische Stoßrichtung Russlands „im Bereich der nationalen Sicherheit“⁴⁴ beeinflusst, verleugnet seit langem das Existenzrecht der Ukraine. Im Jahr 2014, nach der Besetzung des Territoriums der Krim und jenem des Donbas, veröffentlichte das Institut eine Essaysammlung mit dem Titel *Die Ukraine ist Russland*, welche der „Einheit der russischen Welt“ gewidmet war und das „Ukrainertum“ als einen „eigentümlichen südrussischen regionalen Westernismus“⁴⁵ bezeichnete.

Im März 2016 argumentiert der RISS-Analyst Oleg Nemensky, dass „die Mehrheit der ukrainischen Öffentlichkeit nichts mit dieser [ukrainischen] Kultur zu tun hat.“⁴⁶ Im Februar 2020 wiederholte Putin den Gedanken, dass die Menschen der Ukraine und Russlands „ein Volk“ seien und meinte, dass die

⁴⁰ <https://www.themoscowtimes.com/2016/04/05/russian-prime-minister-ukraine-has-no-industry-or-state-a52385>

⁴¹ Architect of “Putinism”: <https://www.theatlantic.com/international/archive/2014/11/hidden-author-putinism-russia-vladislav-surkov/382489/>, Ukraine policy: <https://blogs.lse.ac.uk/lseih/2020/07/01/there-is-no-ukraine-fact-checking-the-kremlins-version-of-ukrainian-history/>, <https://www.reuters.com/article/us-ukraine-crisis-russia-surkov-insight/ex-rebel-leaders-detail-role-played-by-putin-aide-in-east-ukraine-idUSKBN1870TJ>

⁴² <https://actualcomment.ru/surkov-mne-interesno-deystvovat-protiv-realnosti-2002260855>.

⁴³ Am 8. Oktober 2018 erklärte der stellvertretende Vorsitzende der Staatsduma Pjotr Tolstoi in der ersten Folge seiner Talkshow im russischen Staatsfernsehen Kanal Eins, „Tolstoi. Sonntag“, dass die ukrainische Sprache „künstlich“ sei und in der Ukraine weitgehend nicht gesprochen werde. <https://www.1tv.ru/shows/tolstoy-voskresene/vypuski/tolstoy-voskresene-vypusk-ot-07-10-2018>. In einem Artikel, der im März 2019 von der staatlichen Medien-Website RT Russian veröffentlicht wurde, argumentierte der damalige stellvertretende Vorsitzende des Kulturausschusses der russischen Staatsduma, Wladimir Bortko, dass die Ukrainer „über ihre eigene Sprache und Kultur sprechen... [und dass] die Ukraine sich als eigenständige Nation positionieren will. Sie versuchen, eine Art von Unterschied hervorzuheben, der aber nicht existiert. Der Artikel zitiert einen Sprachprofessor, der darauf besteht, dass die ‚ukrainische Literatursprache ... sehr künstlich ist.‘“ <https://russian.rt.com/ussr/article/607001-rossiya-belorussiya-proishozhdenie-ukraina-klimkin>. Im Januar 2022 behauptete Anatolij Wasserman, Mitglied des Bildungsausschusses der russischen Staatsduma, während einer Plenarsitzung des russischen Parlaments, dass die ukrainische Sprache nicht existiere und dass „die Ukrainer ein unveräußerlicher Teil des russischen Volkes“ seien. <https://www.gazeta.ru/social/news/2022/01/25/17192923.shtml>. Er beschrieb das Ukrainische als einen „Dialekt“ des Russischen und verglich es mit dem russischen Kriminalslang. <https://twitter.com/adagamov/status/1486054196373864452>

⁴⁴ <https://en.riss.ru/about-us/>

⁴⁵ <https://www.livelib.ru/book/1001469412-ukraina-eto-rossiya-mihail-smolin>

⁴⁶ <https://riss.ru/article/9462/>

Ukrainische Orthodoxe Kirche, welcher im Jahr 2018 Selbstverwaltung gewährt wurde, „die Einheit der Russischen Orthodoxen Kirche“ zerstöre.⁴⁷

Im Juli 2021 veröffentlichte Putin einen Essay mit dem Titel „Über die historische Einheit von Russen und Ukrainern“, in welchem er bekräftigt, dass UkrainerInnen und RussInnen „ein Volk, ein einziges Ganzes“ seien.⁴⁸ In dem Essay argumentiert Putin, dass „die moderne Ukraine vollständig das Produkt der Sowjetzeit“ sei und dass „eine wahre Souveränität der Ukraine nur in Partnerschaft mit Russland möglich“ sei.⁴⁹ Des Weiteren implizierte er, dass die ukrainische Regierung, indem sie die Idee, dass RussInnen und UkrainerInnen dasselbe Volk seien, ablehne, damit Neo-Nazis seien und dem Nazismus nachgebe.⁵⁰

Am 21. Februar 2022, drei Tage vor dem Beginn der großangelegten Invasion, hielt Putin eine Rede, in der er darauf bestand, dass „die moderne Ukraine in ihrer Gesamtheit von Russland kreiert wurde, um genauer zu seien, von den Bolschewiken, dem kommunistischen Russland“ und dass Russland „bereit war, der Ukraine zu zeigen, was wahre Entkommunisierung für die Ukraine bedeuten würde“.⁵¹ In der Rede, in der er die russische Invasion der Ukraine ankündigte, forderte Putin die UkrainerInnen auf, die gewählten Beamten abzulehnen, um die Ukraine und Russland „von innen heraus als ein einziges Ganze, der Existenz staatlicher Grenzen zum Trotz“⁵² zu stärken. Am 5. April 2022 postete der Stellvertretende Vorsitzende des Sicherheitsrates Dmitri Medwedew auf Telegram Folgendes: „Das Ukrainertum, das von anti-russischem Gift und der die eigene Identität betreffenden Lüge befeuert wird, — ist zur Gänze ein einziger großer Fake. Dieses Phänomen hat historisch niemals existiert. Und es existiert auch jetzt nicht.“⁵³

Die offizielle Propaganda, die die Existenz einer ukrainischen nationalen Gruppe leugnet, bezeichnet implizit diejenigen, die sich als eindeutig ukrainisch betrachten, als strafwürdig, entweder weil sie die Einheit Russlands gefährden und sich dadurch des Verrats schuldig machen, was Putin als „das schlimmste mögliche Verbrechen“⁵⁴ bezeichnete, oder weil sie sich dem Nazismus hingeben, wie Putin in seinem Essay andeutete. Es sei darauf hingewiesen, dass die Leugnung der Existenz geschützter Gruppen oder von Elementen ihrer Identität ein Indikator für das spezifische Risiko eines Genozids gemäß dem UN-Analyserahmen für Massengräuelaten ist.⁵⁵

Vorwand für die Invasion: „Spiegel-Argument“ und die Konstruktion einer existentiellen Bedrohung durch die Ukraine

Der Begriff „Spiegel-Argument“ charakterisiert eines der häufigsten und wirkungsvollsten Merkmale von Anreizung. Der anvisierten Gruppe werden genau jene Gräueltaten vorgeworfen, die der Sprecher ihr zuzufügen plant.⁵⁶ Die Darstellung einer anvisierten Gruppe als existenzielle Bedrohung lässt Gewalt

⁴⁷ <https://putin.tass.ru/en/ob-ukraine/> Das Oberhaupt der Russisch-Orthodoxen Kirche, Patriarch Kirill von Moskau, hat zudem betont, dass Russen und Ukrainer „aus einem gemeinsamen Kiewer Taufbecken hervorgegangen, durch den orthodoxen Glauben vereint und durch ein gemeinsames historisches Schicksal verbunden sind.“ <http://www.patriarchia.ru/db/text/5926180.html>

⁴⁸ <http://en.kremlin.ru/events/president/news/66181> (und fügt hinzu, dass seine Position „nicht von kurzfristigen Erwägungen oder dem aktuellen politischen Kontext bestimmt ist“).

⁴⁹ Ebd.

⁵⁰ Ebd.

⁵¹ <http://kremlin.ru/events/president/news/67828>

⁵² <http://en.kremlin.ru/events/president/news/67843>

⁵³ https://t.me/medvedev_telegram/34

⁵⁴ <https://www.nytimes.com/2022/04/17/world/europe/ukraine-war-russia-atrocities.html>

⁵⁵ Siehe UN Framework Indicator 9.2.

⁵⁶ Siehe <https://dangerousspeech.org/wp-content/uploads/2020/08/Dangerous-Speech-A-Practical-Guide.pdf> 15-16.

gegen sie als defensiv und notwendig erscheinen.⁵⁷ Der von Russland für seine Invasion vorgebrachte Vorwand ähnelt einigen der extremsten wiederkehrenden Formen vom „Spiegel-Argument“, darunter die Täteraussagen während des Holocaust und im Vorfeld des Srebrenica-Massakers.⁵⁸ Am 8. Februar 2022 ging Putin während einer größeren russischen Truppenaufstockung auf das Zögern der Ukraine, die Minsker Friedensvereinbarungen zu erfüllen, mit folgendem bedeutungsschwangeren Satz ein: „Ob es dir gefällt oder nicht, nimm es hin, meine Schönheit“ — eine Anspielung auf einen vulgären russischen Reim über nekrophile Vergewaltigung, womit er die Absicht andeutete, der Ukraine ähnlich Zerstörerisches anzutun, und kommunizierte damit zusätzlich seine Sicht auf die Ukraine als Leiche.⁵⁹ Am 15. Februar 2022 hielt Präsident Putin eine Rede, in der er der Ukraine vorwarf, im Donbas einen Genozid zu verüben, eine unbegründete Beschuldigung, die er seit Jahren immer wiederholt.⁶⁰ Dieser Vorwurf wurde von hochrangigen russischen Beamten und russischen Staatsmedien aufgegriffen. Am 17. Februar 2022 brachte Russlands ständige Vertretung bei der UN ein Dokument in Umlauf, in dem sie die Ukraine der „Ausrottung der Zivilbevölkerung“ in Gebieten beschuldigte, die von Separatistengruppen, die von Russland unterstützt werden, kontrolliert sind.⁶¹ Die russischen Staatsmedien berichteten umfangreich über Russen, die vor der Verfolgung durch die ukrainische Regierung fliehen — eine häufig wiederholte Anklage, die Russland als Vorwand für die Annexion der Krim im Jahre 2014 diente.⁶² Am 21. Februar 2022, drei Tage vor der Invasion, wiederholte Putin im Rahmen einer weiteren Rede an die Nation die Behauptungen, die Ukraine sei eine illegitime Erfindung und die UkrainerInnen würden Truppen zusammenziehen und die von Russland unterstützten Separatistengebiete beschießen und würden Russen, die dort festgehalten würden, foltern.⁶³ Am 26. Februar, nach dem Beginn der Invasion, veröffentlichte eine vom Kreml kontrollierte Plattform einen Essay, der später gelöscht wurde, in dem Putin dafür gelobt wurde, dass er entschieden habe, „die Lösung der ukrainischen Frage nicht zukünftigen Generationen zu überlassen.“⁶⁴

„Entnazifizierung“ und Entmenschlichung

Im Vorfeld der Invasion verwendeten russische Beamte wiederholt „Nazi“-Terminologie, um die ukrainische Führung zu bezeichnen, und sprachen von „Entnazifizierung“ als eines der Ziele der Invasion.⁶⁵ Diese Art von Rhetorik hat sich jedoch immer mehr ausgeweitet, indem sie andeutete, dass ein substanzieller Teil oder sogar die Mehrheit der Bevölkerung der Ukraine Nazis seien. Dies ist eine Terminologie, die verwendet wird, um UkrainerInnen als eine existentielle Gefahr für Russland darzustellen. Am 31. März schrieb der Stellvertretende Vorsitzende der Staatsduma Pjotr Tolstoi zur Nazismus-Situation in der Ukraine: „[sie] ist sogar schlimmer als wir dachten“ und „die ukrainische Jugend wurde in die Hitlerjugend verwandelt.“⁶⁶ Am 26. März 2022 äußerte sich Margarita Simonjan, die Chefredakteurin des Nachrichtensenders RT und Leiterin der Mediengruppe, die Sputnik und RIA Novosti verwaltet, in einer landesweit ausgestrahlten Sendung folgendermaßen: „Auch ich dachte, dass es

⁵⁷ Ebd. 16

⁵⁸ Ebd.

⁵⁹ Kommentar: <http://kremlin.ru/events/president/news/67735>, Interpretation der Anspielung auf den Reim: <https://meduza.io/shapito/2022/02/09/terpi-moya-krasavitsa>

⁶⁰ <http://en.kremlin.ru/events/president/news/67774>

⁶¹ <https://www.theguardian.com/world/live/2022/feb/17/russia-ukraine-news-troops-border-latest-live-putin-biden-kyiv-russian-invasion-threat?page=with:block-620e7dc98f0866a40a9d7c6c#block-620e7dc98f0866a40a9d7c6c>

⁶² <https://www.nytimes.com/2022/02/19/world/europe/putin-ukraine-genocide.html>

⁶³ <https://www.nytimes.com/2022/02/23/world/europe/putin-speech-russia-ukraine.html>

⁶⁴ <https://web.archive.org/web/20220226051154/https://ria.ru/20220226/rossiya-1775162336.html>

⁶⁵ <https://www.nytimes.com/2022/03/17/world/europe/ukraine-putin-nazis.html>;

<https://www.washingtonpost.com/world/2022/02/24/putin-denazify-ukraine/>

⁶⁶ https://t.me/petr_tolstoy/1300

nicht so viele gäbe... es kann doch nicht sein, dass unsere Leute, die mit uns den Nazismus bekämpften, dass auf einmal so viele von ihnen [Nazis] geworden sind. Aber leider...“⁶⁷

Nun im Verlauf der Invasion malen hochrangige Beamte und Kommentatoren staatlicher Medien allgemein ein entmenschlichendes Bild der UkrainerInnen, um Gräueltaten zu rechtfertigen. Am 17. März 2022 trat Tolstoi auf Kanal Eins auf und argumentierte, dass Russland „mindestens eine Generation von Ukrainern verloren hat. Die Jugend wurde zombifiziert.“⁶⁸ Am 26. März 2022 behauptete die einflussreiche Propagandistin Margarita Simonjan, „es ist kein Zufall, dass wir sie Nazis nennen... Was dich zum Nazi macht, ist deine tierische Natur, dein tierischer Hass und deine tierische Willigkeit, Kindern wegen ihrer Nationalität die Augen herauszureißen“ und fügte hinzu: „Ein nennenswerter Teil der Ukraine, des ukrainischen Volkes, hat sich herausgestellt, befindet sich fest im Griff des Nazi-Wahns.“⁶⁹

In zunehmendem Maße wird diese Propaganda zur Rechtfertigung von Gräueltaten außerhalb des Schlachtfelds eingesetzt. Die ukrainische Zivilbevölkerung und die Eliten des Landes werden von den Russen als ihre Todfeinde bezeichnet, von denen einige „liquidiert“ werden müssen. In einem RIA Novosti Meinungsbeitrag vom 3. April schreibt Autor Timofei Sergeizew über UkrainerInnen auf folgende Weise; „ein beträchtlicher Teil der Bevölkerung — höchstwahrscheinlich eine Mehrheit — wurde dem Naziregime unterworfen und in dessen Agenda hineingezogen...“ das „eine größere Gefahr darstellt... als die deutsche Art des Nazismus unter Hitler;“ und ein „beträchtlicher Teil der Massen... sind passive Nazis und Komplizen;“, „ein nazifizierter Großteil der Bevölkerung;“ und „eine Nazi-Gesellschaft.“

Zusätzlich behauptet er die ukrainischen Eliten „müssen liquidiert werden, weil Umerziehung unmöglich ist;“ „zur Entnazifizierung wird unweigerlich auch Entukrainisierung gehören;“ und „Ukrainismus ist...ein untergeordnetes Element einer anderen und fremden Zivilisation.“⁷⁰ In seinem Telegram-Post vom 5. April gebraucht Medwedew eine frei erdachte Rhetorik, die jedoch anschaulich und detailliert ist, die versucht es glaubhafter zu machen, dass Gewalt gegen eine ganze Generation von UkrainerInnen, die er als Nazis beschreibt, gerechtfertigt ist:

In den letzten 30 Jahren hat ein leidenschaftlicher Teil der Ukrainer für das Dritte Reich gebetet. Nazi-Symbolismus, der Ekel erregt, findet sich in Fotos von praktisch jeder Militäreinheit der Ukraine, die unsere Armee gemacht hat — da gibt es Banner, Literatur, Poster und sogar Tassen mit Hakenkreuzen!... *Da ist es kein Wunder, dass nachdem sie sich ins Dritte Reich verwandelt hat und die Namen von Verrätern und Nazi-Handlanger in ihre Geschichtslehrbücher geschrieben hat, die Ukraine dasselbe Schicksal ereilen wird. Diese Ukraine bekommt, was sie verdient!... Diese schwierigen Aufgaben kann man nicht so auf die Schnelle erledigen. Und sie werden nicht nur auf dem Schlachtfeld entschieden werden.*⁷¹
[Hervorhebung hinzugefügt]

⁶⁷ <https://www.ntv.ru/peredacha/SvoyaPravda/m78960/o693638/video/>, clip:
<https://twitter.com/ntvru/status/1507605586447327234>

⁶⁸ https://t.me/petr_tolstoy/1286

⁶⁹ <https://www.ntv.ru/peredacha/SvoyaPravda/m78960/o693638/video/>, clip:
<https://twitter.com/ntvru/status/1507605586447327234>

⁷⁰ <https://ria.ru/20220403/ukraina-1781469605.html>; „Die Bandera-Eliten müssen beseitigt werden, ihre Umerziehung ist unmöglich. Der gesellschaftliche ‚Sumpf‘, der sie aktiv und passiv durch Handeln und Nichthandeln unterstützt hat, muss durch die Härten des Krieges gehen und die gelebte Erfahrung als ... die Erlösung von seiner Schuld verinnerlichen.“

⁷¹ https://t.me/medvedev_telegram/34

Am 8. April 2022, sagte der Moderator der wichtigsten Talkshow des Senders „Rossija 1“, Wladimir Solowjow, dass „es keine Ukraine nach [Selenskyj] geben wird.“⁷² Solowjow ist ein lautstarker Befürworter der Invasion und hat regelmäßig in seinen Äußerungen zu dem Thema zu extremer Rhetorik gegriffen. Am 29. März verkündete er in seiner Sendung einen „patriotischen Konsens“ in Russland, dass der „Nazi-Abschaum erledigt“ werden muss. Am 21. April teilte Solowjow auf Telegram einen Clip aus einem Interview mit einem Reporter der russischen Staatsmedien, in dem er behauptet, „die Jugend dort [in der Ukraine] wurde zombifiziert.“ Am 21. Mai 2022 teilte (und löschte daraufhin wieder) Solowjow einen Post des beliebten russischen Telegram-Kanals „Kremlwäscherin“, in dem behauptet wurde „die Ukraine ist ein Nazi-Tumor,“ einem „Hirn-Krebs“ ähnlich und, dass die Russen „einen Teil von Russland befreien.“⁷³

Am 5. Mai 2022, argumentierte die russische Politikwissenschaftlerin und Professorin an der MGIMO Universität Elena Ponomarjowa auf „Rossija 1“, dass „die Ukraine ein Ort ist, wo die Wiederbelebung [eines globalen Nazi-Projekts] beginnt... in Form von Antisemitismus gegen Russen, gegen alles, was mit Russland in Verbindung steht.“⁷⁴ Diese Definition spiegelt eine vage Nazi-Bewegung wieder, die vom Kreml als anti-russisch gesehen wird. Am 8. Mai 2022, einen Tag vor dem *Tag des Sieges* (bekannt als der wichtigste und am weitesten verbreitet begangene Feiertag in Russland, der den sowjetischen Sieg über Nazi-Deutschland im Zweiten Weltkrieg, der in Russland auch als „Großer Vaterländischer Krieg“⁷⁵ genannt wird, markiert), schickte Putin ein Telegramm an die von Russland unterstützten Separatisten in der Ost-Ukraine worin er beteuerte, dass die Russen „Schulter an Schulter für die Befreiung ihres Heimatlandes vom Nazi-Schmutz kämpfen“ und gelobte: „wie 1945 wird der Sieg wird unser sein.“⁷⁶

Religiöse Autoritäten bekräftigten das Narrativ, welches die Invasion unter Einsatz von Anspielungen und spiritueller Bedeutsamkeit lobt. Am 13. März schenkte das Oberhaupt der Russischen Orthodoxen Kirche, Patriarch Kirill von Moskau, dem General und Direktor der russischen Nationalgarde Wiktor Solotow eine orthodoxe Ikone um „die jungen Soldaten zu inspirieren“, die „auf dem Weg sind, das Vaterland zu verteidigen.“⁷⁷ General Solotow nahm die Ikone entgegen und sagte, sie würde „die russische Armee beschützen und den Sieg“ über „die Nazis beschleunigen.“⁷⁸ Am 15. März 2022, trat der erste stellvertretende Vorsitzende der Synodalabteilung des Moskauer Patriarchats der Russischen Orthodoxen Kirche Aleksandr Schtschipkow bei einer Theologiekonferenz auf, wo er argumentierte, dass die Ukraine das „strahlendste Beispiel“ für „Nazismus“ sei, und fügte hinzu:

Seine Heiligkeit Patriarch Kirill pflegt eine enge Verbindung zu dem Volk Gottes... besonders auffallend ist dies in diesen herausfordernden Tagen. Dies gilt auch jetzt, wo Russland die unmenschlichste Ideologie der Geschichte — den Nazismus — bekämpft⁷⁹.

Innerhalb des kulturellen und nationalen Kontextes der russischen Geschichte verbinden diese Verweise auf den Zweiten Weltkrieg die gegenwärtige Invasion offen mit dem existenziellen Krieg der

⁷² <https://smotrim.ru/video/2399418>, clip: <https://twitter.com/francska1/status/1512348114254020609>

⁷³ Screenshot: <https://twitter.com/ABarbashin/status/1528399289554243586>, original post: <https://t.me/kremlinprachka/19077>, toter Link von Solowjows Konto: <https://t.me/SolovievLive/108219>

⁷⁴ <https://smotrim.ru/video/2408041>, clip: <https://twitter.com/JuliaDavisNews/status/1522403876040855554>

⁷⁵ <https://news.cornell.edu/media-relations/tip-sheets/history-repeats-endlessly-ukraine-specter-wwii-looms>

⁷⁶ <http://kremlin.ru/events/president/news/68363>, <https://www.nytimes.com/2022/05/08/world/europe/russia-may-9-victory-day-ukraine.html>

⁷⁷ <https://web.archive.org/web/20220418063718/https://rosguard.gov.ru/News/Article/general-armii-viktor-zolotov-prinyal-iz-ruk-svyatejshego-patriarxa-moskovskogo-i-v-seya-rusi-kirilla--ikonu--avgustovskoj-ikony-bozhiej-materi-dlya-gl>

⁷⁸ Ebd.

⁷⁹ <http://www.patriarchia.ru/db/text/5908596.html>

Sowjetunion gegen Nazi-Deutschland und verstärken die Wirkung der Propaganda auf das Publikum, indem sie ihr ein starkes Element russischer Identität beifügen und den Soldaten und potenziellen Wehrpflichtigen persönliche Pflicht auferlegen.⁸⁰ Diese Anreizung erinnert an andere historisch immer wiederkehrende Katalysatoren von Genozid, darunter die Rechtfertigung von Gewalt auf Grundlage von Tugend und Zukunftsgütern oder der persönlichen und nationalen Pflicht zur Befreiung und Vereinigung von Russen und Ukrainern.⁸¹

Die Propagandabotschaften sind allesamt mit Begriffen gespickt, die bereits früher zur Anreizung von anderen Genoziden⁸² geführt haben: Die Beschreibung von Ukrainern oder dem Ukrainertum als untermenschlich („zombifiziert“, „tierische Natur“, „untergeordnetes Element einer anderen und fremden Zivilisation“), krank oder kontaminiert („Störung des Geistes“, „mit anti-russischem Gift gefüttert“, „das Heimatland vom Nazi-Schmutz befreien“), und als der Inbegriff des Bösen und eine existentielle Bedrohung („eine größere Gefahr als... deutscher Nazismus“, „ein globales Nazi-Projekt“, „Hitlerjugend“, etc.).

Die Konditionierung des russischen Publikums zur Verübung und Billigung von Gräueltaten

Der Kreml hat wiederholt geleugnet, dass seine Streitkräfte Gräueltaten begangen haben, und diese als „Fakes“ bezeichnet, was den russischen Soldaten ermöglicht, weitere Gräueltaten zu begehen, und der russischen Öffentlichkeit, diese zu billigen.⁸³ Der Kreml hat sogar die Soldaten der 64. Motorschützenbrigade der Getrennten Garde, die des Massenmordes in Butscha verdächtigt werden, gefeiert. Am 18. April verlieh Putin der Brigade einen Ehrentitel für „die Verteidigung von Russlands Souveränität“, und lobte die „großartige Heldenhaftigkeit und Tapferkeit... ein Vorbild in Sachen Pflichterfüllung, Heldenmut, Hingebung und Professionalität.“⁸⁴ Russische Soldaten im beeinflussbaren militärischen Alter werden durch die obligatorische Lektüre von Putins Essay über die „Einheit von Russen und Ukrainern“ und tägliche „Informationsfernsehsendungen“ weiter indoktriniert (außer am Sonntag).⁸⁵

Alle Verbreiter dieser Propagandabotschaften, die zu Gewalt gegen UkrainerInnen aufrufen, haben sehr einflussreiche Positionen inne, darunter politische Anführer, religiöse Figuren und Journalisten staatlicher Medien, die beinahe ein Monopol auf die Verbreitung jener Informationen haben, auf die die Bevölkerung angewiesen ist.⁸⁶ Ihre Anreizung ist vor dem Hintergrund der beispiellosen Zensurmaßnahmen, die vor kurzem zusätzlich zu dem bereits restriktiven Medienumfeld eingeführt wurden, umso einflussreicher. Zu Beginn der Invasion verabschiedete Russland ein Gesetz, das die „Verbreitung bewusst falscher Informationen“ über die Streitkräfte unter Strafe stellt und Verstöße mit bis zu 15 Jahren Gefängnis

⁸⁰ <https://www.nytimes.com/2022/03/17/world/europe/ukraine-putin-nazis.html>

⁸¹ Benesch, *Dangerous Speech*, S. 84-86

⁸² Siehe Benesch and Maynard, *Dangerous Speech and Dangerous Ideology: An Integrated Model for Monitoring and Prevention*, S. 80.

⁸³ https://t.me/medvedev_telegram/34

⁸⁴ <http://www.kremlin.ru/events/president/letters/68234> , <https://www.cnn.com/2022/04/19/europe/russia-bucha-brigade-honorary-title-putin-intl/index.html>

⁸⁵ <https://www.nytimes.com/2022/04/17/world/europe/ukraine-war-russia-atrocities.html>

⁸⁶ Siehe *Dangerous Speech*, S. 77-79. Es gibt keine Anzeichen dafür, dass sich die Eigentümer, Moderatoren oder Redakteure der staatlichen Medien von der Hetzpropaganda distanzieren hätten. Die Chefredakteurin der RT-Nachrichten und Leiterin der Mediengruppe, die Sputnik und RIA Novosti verwaltet, Margarita Simonjan, behauptete sogar ausdrücklich, dass ein „bedeutender Teil des ukrainischen Volkes sich im Griff eines Nazi-Wahns“ befinde, den sie als „bestialisch“ definiert. Siehe auch *Nahimana* TJ 1024.

ahndet; schlug ein weiteres Gesetz zur Blockierung ausländischer Medien;⁸⁷ blockierte große ausländische Nachrichtensender sowie Facebook und Instagram (später bestätigte ein Moskauer Gericht das Verbot, und die von Russland unterstützten Separatistengebiete blockierten den Zugang zu den Plattformen ebenfalls)⁸⁸; und schränkte den Zugang zu Twitter ein.⁸⁹ Andere ausländische Medien und unabhängige Nachrichtenquellen beendeten ebenfalls unter Druck (in Russland) ihre Arbeit.⁹⁰ Durch die Kontrolle der Medienlandschaft kann der Staat seine Anreizungspropaganda über die einzigen verbleibenden Informationsquellen, darunter Online-Plattformen wie die beliebte Plattform Telegram oder VK, auf direkterem Wege an die Soldaten weitergeben. Die verstärkte Kontrolle des Staates über die Medien erlaubt es dem Kreml zusätzlich, die Öffentlichkeit zu indoktrinieren, damit sie die Invasion und die damit einhergehenden Gräueltaten toleriert, wenn nicht sogar unterstützt, ohne dass sich im Inland Widerstand regt.

Es gibt sogar Hinweise darauf, dass russische Soldaten von Nutzern sozialer Medien oder von Verwandten in Russland dazu ermutigt werden, Gräueltaten zu begehen, weil die böswillige Propaganda Ukrainer, einschließlich Zivilisten, als Nazis darstellt. Laut einer Analyse der Reaktionen russischer Nutzer von nationalistischen Telegram-Kanälen auf die Nachricht vom Massenmord in Butscha, forderte mindestens die Hälfte der Befragten die russische Armee zu mehr Gewalt auf. Es gab Kommentare wie: „Die Todesstrafe für alle *Chochly* [ein abwertender Begriff für UkrainerInnen], in dieser Welt ist kein Platz für sie, Zeit diese verflixte Rasse zu zerstören“ und „wir müssen die Ficker umbringen.“⁹¹ In einer veröffentlichten Aufnahme einer Telefon-Konversation, wird einem russischen Soldaten gesagt „erschieß die Mutterficker... solange es nicht dich erwischt. Scheiß auf sie. Scheiß Drogenabhängige und Nazis.“⁹²

Es gibt zahlreiche Beweise dafür, dass russische Soldaten die Staatspropaganda verinnerlicht und als Reaktion darauf entweder genozidale Absichten geäußert oder Gräueltaten begangen haben, obwohl ein kausaler Zusammenhang für die Feststellung von Anreizung nicht erforderlich ist. Eine Ukrainerin, der es gelang, aus Mariupol zu fliehen, erzählte der New York Times, dass sie einen russischen Soldaten an einem Kontrollpunkt bat, ihr die Richtung in die Ukraine zu zeigen, woraufhin dieser antwortete: „Wir werden alle dort ausrotten, geh nach Russland.“⁹³ Nach Angaben des Leiters einer von UNICEF unterstützten Hotline für Opfer haben Soldaten ausdrücklich damit gedroht, „jede Nazi-Hure“⁹⁴ zu vergewaltigen. Nach Angaben von Zeugen in Butscha gingen die russischen Streitkräfte von Tür zu Tür und behaupteten, sie würden „Nazis jagen“ und Männer im wehrfähigen Alter zusammentreiben.⁹⁵

⁸⁷ <http://ips.pravo.gov.ru:8080/default.aspx?pn=0001202203040007>, <https://www.reuters.com/business/media-telecom/russian-draft-law-paves-way-fast-retaliation-against-foreign-media-2022-04-05/>

⁸⁸ <https://www.reuters.com/legal/transactional/russian-backed-separatist-region-east-ukraine-blocks-facebook-instagram-2022-05-11/>

⁸⁹ <https://www.nytimes.com/2022/03/04/world/europe/russia-censorship-media-crackdown.html>;

<https://www.cbc.ca/news/world/russia-laws-ukraine-invasion-war-critics-1.6382168>;

<https://www.theguardian.com/world/2022/mar/04/russia-completely-blocks-access-to-facebook-and-twitter>;

<https://www.reuters.com/technology/twitter-says-its-site-is-being-restricted-russia-2022-02-26/>.

⁹⁰ <https://apnews.com/article/russia-ukraine-technology-business-moscow-facebook-456db70cbe8e9bb639fca9fe2d793b10>;

<https://www.bloomberg.com/news/articles/2022-05-10/putin-s-crackdown-pushes-independent-russian-media-into-crypto>

⁹¹ “We’ve Got to Kill Them”: Responses to Bucha on Russian Social Media Groups, S. 2-5.

⁹² <https://www.theatlantic.com/magazine/archive/2022/06/ukraine-mass-murder-hate-speech-soviet/629629/>

⁹³ <https://www.nytimes.com/2022/05/18/podcasts/the-daily/the-battle-for-azovstal-a-soldiers-story.html> at 15:56-16:52.

⁹⁴ <https://www.cnn.com/2022/04/22/europe/ukraine-sexual-violence-allegations-russia-cmd-intl/index.html>

⁹⁵ <https://www.hrw.org/news/2022/04/21/ukraine-russian-forces-trail-death-bucha>; <https://www.reuters.com/investigates/special-report/ukraine-crisis-bucha-killings-soldiers/>; <https://apnews.com/article/russia-ukraine-zelenskyy-kyiv-europe-evacuations-665fd06b92852547d7b27627b99509a6>; Amnesty *He’s Not Coming Back*, S. 7.

Bei einem Vorfall versammelte sich eine Menschenmenge und sah mit an, wie fünf Männer mit bedeckten Köpfen knieten. Nach der Exekution eines der Männer durch einen Schuss in den Hinterkopf sagte der Kommandant zu der Menge: „... das ist Dreck. Wir sind hier, um euch vom Dreck zu reinigen.“⁹⁶ Ein Bewohner von Hostomel erinnerte sich an einen hochrangigen russischen Offizier, der einem achtjährigen Mädchen sagte: „Wir werden dich von den Nazis befreien.“⁹⁷

Nach dem Rechtsrahmen für staatliche Verantwortung gibt es hinreichende Gründe für die Schlussfolgerung, dass Russlands eskalierende Propagandakampagne in ihrer Gesamtheit einer direkten und öffentlichen Anreizung zum Völkermord an den UkrainerInnen als Gruppe gleichkommt. Der direkte kausale Zusammenhang zwischen dieser staatlich sanktionierten Anreizung und den Gräueltaten wird mit Fortsetzung der Invasion nur noch größer. Das Verhalten der Personen, die die volksverhetzenden Botschaften verbreiten, ist dem Staat zuzurechnen, da es sich bei ihnen entweder *de jure* oder *de facto* um staatliche Organe handelt, einschließlich des Staatschefs, wichtiger Mitglieder der Staatsduma und der Leitfiguren des Sicherheitsapparats oder um staatliche Medien, die dem Kreml gehören oder unter seiner tatsächlichen Kontrolle stehen. Daher gibt es hinreichende Gründe für die Schlussfolgerung, dass Russland staatliche Verantwortung für die Übertretung von Artikel III (c) der Genozid-Konvention trägt.

II. Beweise für genozidale Absicht

Der folgende Abschnitt wird 1) beschreiben, wie das anwendbare Recht in Bezug auf die Art und Weise, wie eine Absicht zur Verübung von Genozid durch einen allgemeinen oder abgestimmten Plan nachgewiesen oder aus einem Muster zerstörerischer Kampagnen gegen die ukrainische nationale Gruppe abgeleitet werden kann, und 2) die Beweise darlegen, die eine genozidale Absicht belegen können.

Anwendbares Recht

Was Genozid als einzigartiges internationales Verbrechen auszeichnet, ist die „Absicht“, eine geschützte Gruppe ganz oder teilweise zu zerstören.⁹⁸ Internationale Gerichte erkennen an, dass eine Untersuchung der Gedanken des Täters aussichtslos, wenn nicht gar unmöglich ist, wenn kein Geständnis vorliegt.⁹⁹ Stattdessen achten die Gerichte auf andere Anzeichen für eine Absicht, einschließlich eines „allgemeinen Plans“ oder eines systematischen Musters von gegen eine bestimmte Gruppe gerichteten Gräueltaten, aus denen sich eine spezifische Absicht ableiten lässt¹⁰⁰, oder „Handlungen, die logische und kohärente Abläufe hatten.“¹⁰¹ Ein allgemeiner Plan kann unter anderem durch offizielle Erklärungen, Richtlinien,

⁹⁶ <https://www.hrw.org/news/2022/04/03/ukraine-apparent-war-crimes-russia-controlled-areas>

⁹⁷ <https://www.nytimes.com/2022/03/20/world/europe/russian-soldiers-video-kyiv-invasion.html>

⁹⁸ Siehe GJC (Global Justice Center) S. 10.

⁹⁹ ICTY (Internationale Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien), *Prosecutor v. Jelisić* Berufungsurteil; ICTR *Akayesu* Gerichtsurteil 523.

¹⁰⁰ *Bosnien* 373.

¹⁰¹ „Guatemala: Guatemala: Erinnerung an das Schweigen“, Kommission für historische Aufklärung, Februar 1999, Abs. 120 beschreibt den Völkermord als „einer höheren, strategisch geplanten Politik gehorchend“ Siehe auch Abs. 111: „In Anbetracht der Reihe von kriminellen Handlungen und Menschenrechtsverletzungen, die sich in den angegebenen Regionen und Zeiträumen ereigneten und die analysiert wurden, um festzustellen, ob sie den Tatbestand des Völkermordes erfüllen, kommt die CEH zu dem Schluss, dass die Wiederholung von Zerstörungshandlungen, die sich systematisch gegen Gruppen der Maya-Bevölkerung richteten, darunter die Beseitigung von Anführern und kriminelle Handlungen gegen Minderjährige, die unmöglich militärische Ziele gewesen sein können, zeigt, dass der einzige gemeinsame Nenner aller Opfer die Zugehörigkeit zu einer bestimmten ethnischen Gruppe war, und macht deutlich, dass diese Handlungen in der Absicht begangen wurden, diese Gruppen ganz oder teilweise zu zerstören.“ In den Schriftsätzen von Bosnien und Herzegowina wird der Schluss auf den staatlichen Vorsatz treffend beschrieben: „Ein operativer Plan zur Vernichtung der Gruppe ... kann durch eine umfassende Analyse der vom Staat gegen die Zielgruppe durchgeführten kriminellen Handlungen ohne weiteres festgestellt werden. ICJ, *Bosnien gegen Serbien*, Mündliche

einer bestimmten Politik und „die Unveränderlichkeit der angewandten Tötungsmethoden“ nachgewiesen werden.¹⁰²

Die internationale Jurisprudenz und Praxis sahen auch die spezifischen in Artikel II genannten genozidalen Handlungen als erhellend für die Beantwortung der Frage von genozidaler Absicht an, wenn, wie der IGH feststellte, „die Charakterisierung der Handlungen und ihre gegenseitige Beziehung zueinander zu einem Rückschluss auf den Vorsatz beitragen können.“¹⁰³ Die Handlungen genannt in Artikel II konstituieren Genozid und können daher in ihrer Gesamtheit auf eine genozidale Absicht hindeuten. Während Tötung die unmittelbarste Methode physischer Zerstörung darstellt, kann Genozid durch „jede“ der anderen aufgeführten Handlungen begangen werden, die zu einer schrittweisen ganzen oder teilweisen Zerstörung der Gruppe beitragen, insbesondere wenn systematisch begangen.¹⁰⁴ Die folgenden Abschnitte sollten insbesondere im Lichte der Jurisprudenz zu Genozid, der mit der Absicht begangen wird, die Gruppe „teilweise“ zu vernichten, betrachtet werden.

Der IGH hat in der Vergangenheit drei Faktoren aus der Jurisprudenz herangezogen, um zu beurteilen, ob der Teil einer Gruppe, auf die abgezielt wird, den Tatbestand des Genozids erfüllt, die auf der Absicht basieren, eine Gruppe „teilweise“ zu zerstören. Der erste Faktor ist, ob der betroffene Teil wesentlich oder „bedeutend genug ist, um Auswirkungen auf die Gruppe in ihrer Gesamtheit zu haben.“¹⁰⁵

Der zweite Faktor ist der Einflussbereich des Täters: „Es ist weithin anerkannt, dass Völkermord als begangen angesehen werden kann, wenn die Absicht besteht, die Gruppe in einem geographisch begrenzten Gebiet zu vernichten ... [und daher] ist der Aktivitätsbereich und Kontrollbereich des Täters zu berücksichtigen ... [oder] die verfügbaren Möglichkeiten.“¹⁰⁶ Der dritte Faktor ist das „qualitative“ Kriterium, d. h. die „Bedeutung des Zielobjekts innerhalb der Gruppe“¹⁰⁷, insbesondere die Führung der Gruppe oder Personen, die für die Gruppe emblematisch oder für ihr Überleben wichtig sind.¹⁰⁸

Ein allgemeiner Plan

Erklärungen, 20. April 2006, CR/2006/34, Abs. 33. Siehe auch *Bosnien* Urteil 371. Der Begriff des „Vorsatzes“ eines Staates kann begrifflich so verstanden werden, dass einem Staat „Schuld“ zugewiesen wird. Beatrice I. Bonafè, *The Relationship Between State and Individual Responsibility for International Crimes*, S. 123-24.

¹⁰² *Prosecutor v Krstic* (Urteil) (International Criminal Tribunal for the former Yugoslavia, Trial Chamber, Fall Nr. IT-98-33-T, 2 August 2001) Abs. 572 (Zu den Beweisen für die Planung des Völkermordes gehörten „die Anzahl und die Art der beteiligten Kräfte, die standardisierte kodierte Sprache, die von den Einheiten bei der Übermittlung von Informationen über die Tötungen verwendet wurde, das Ausmaß der Exekutionen und die Unveränderlichkeit der angewandten Tötungsmethoden, die darauf hindeuten, dass die Entscheidung getroffen wurde, alle bosnisch-muslimischen Männer im Militäralter zu töten.“)

¹⁰³ *Kroatien gegen Serbien* 130.

¹⁰⁴ Für eine eingehendere Diskussion über das Spektrum der nicht tödlichen genozidalen Gewalt, die bei strafrechtlichen Entscheidungen allzu oft übersehen wird, siehe Global Justice Center, *Beyond Killing: Gender, Genocide, and Obligations Under International Law*, December 2018, unter dem Link <https://globaljusticecenter.net/files/Gender-and-Genocide-Whitepaper-FINAL.pdf>.

¹⁰⁵ *Bosnien gegen Serbien* Abs. 198.

¹⁰⁶ Ebd. S. 199.

¹⁰⁷ *Prosecutor v. Krstic*, Fall Nr. ICTY-IT-98-33, Urteil, Abs. 12 und 587 (“Wenn ein bestimmter Teil der Gruppe emblematisch für die gesamte Gruppe ist oder für ihr Überleben wesentlich ist, kann dies die Feststellung stützen, dass der Teil als wesentlich im Sinne von Artikel [II] anzusehen ist.”), und den Abschlussbericht der gemäß der Resolution 780 des Sicherheitsrates (1992) eingesetzten Expertenkommission zitierend, „dass die Absicht, einen bestimmten Teil einer Gruppe zu vernichten, wie z.B. ihre politischen, administrativen, intellektuellen oder geschäftlichen Führer, 'unabhängig von der tatsächlichen Zahl der Getöteten ein starkes Indiz für Völkermord sein kann“.

¹⁰⁸ *Bosnien 200; Prosecutor v. Zdravko Tolimir*, Berufungsurteil, 8. April 2015, Abs. 263,

https://www.icty.org/x/cases/tolimir/acjug/en/150408_judgement.pdf; see also *Kroatien gegen Serbien*, Separate Opinion of Judge Bhandari, at Abs. 15-21.

Die im vorherigen Abschnitt über die Anreizung zitierten offiziellen oder offiziell bestätigten russischen Aussagen weisen in ihrer Gesamtheit auf einen „allgemeinen Plan“ zur teilweisen Vernichtung der ukrainischen Volksgruppe hin und damit eine genozidale Absicht belegen. Russlands hochrangige Beamte und staatliche Medien haben die Existenz einer ukrainischen Nation geleugnet, das vage Ziel einer „Entnazifizierung“ der Ukraine geäußert und einen bedeutenden, nicht näher definierten Teil der Bevölkerung (oder „sie“) als Nazis oder existentielle Bedrohung bezeichnet, was diese Gruppe zu einem legitimen Zerstörungsziel macht. Tolstoi und Medwedew, die stellvertretenden Vorsitzenden der Staatduma respektive des Sicherheitsrates, haben beide eine ganze Generation von UkrainerInnen als Nazis dargestellt („Die ukrainische Jugend wurde zur Hitlerjugend gemacht“ und „In den letzten 30 Jahren hat ein leidenschaftlicher Teil der Ukrainer für das Dritte Reich gebetet. Wortwörtlich.“).

Der Telegrammpost vom 5. April, den Medwedew zu Beginn der Invasion absetzte, ist vielleicht die aufschlussreichste Aussage eines hochrangigen Beamten in besonderer Autoritätsposition gegenüber dem Sicherheitsapparat einen langfristigen genozidalen Plan betreffend: „Da ist es kein Wunder dass, nachdem sie sich ins Dritte Reich verwandelt hat und die Namen von Verrätern und Nazi-Handlanger in ihre Geschichtslehrbücher geschrieben hat, die Ukraine dasselbe Schicksal ereilen wird. Diese Ukraine bekommt, was sie verdient!... Diese schwierigen Aufgaben kann man nicht so auf die Schnelle erledigen. Und sie werden nicht nur auf dem Schlachtfeld entschieden werden.“¹⁰⁹ Auch russische Soldaten haben Berichten zufolge Aussagen getätigt, die auf die Existenz eines übergeordneten Plans hindeuten könnten („Wir werden dort [in der Ukraine] jeden ausrotten, geh nach Russland,“ oder nach einer öffentlichen Exekution in Butscha: „Wir sind hier, um euch vom Dreck zu reinigen“). Darüber hinaus können das Ausmaß und die "Unveränderlichkeit der Tötungsmethoden"¹¹⁰ in den von russischen Streitkräften besetzten „geographisch begrenzten“ Gebieten als Beweis für einen allgemeinen Plan zur teilweisen Zerstörung der ukrainischen Gemeinschaft angesehen werden, wenn man das „geographisch begrenzte Gebiet“¹¹¹ betrachtet.

Rückschluss auf eine genozidale Absicht aufgrund eines Musters von gegen UkrainerInnen gerichteten Zerstörungsaktionen

Die russischen Streitkräfte haben im Verlauf der Invasion durchgängig und allgegenwärtig Gräueltaten an der ukrainischen Zivilbevölkerung verübt.

Boden-Massaker/Massenmord

Russische Streitkräfte haben an besetzten Orten in der Ukraine, unter anderem in den Gebieten Kyjiw, Sumy und Tschernihiw, ukrainische Zivilisten zusammengetrieben und gemeinschaftlich massenhaft exekutiert und dabei charakteristische Tötungsmethoden angewandt.¹¹² In diesen Gebieten haben nationale und internationale Ermittler und Analysten eine rasche Ausweitung der Massengräber und ein Muster ukrainischer Zivilistenleichen dokumentiert, die mit gefesselten Händen, gefoltert und aus nächster Nähe erschossen, aufgefunden wurden.¹¹³ Das volle Ausmaß der Tötungen wird erst dann

¹⁰⁹ https://t.me/medvedev_telegram/34

¹¹⁰ Krstic T Urteil Abs. 572

¹¹¹ *Bosnien gegen Serbien* Abs. 199.

¹¹² https://truth-hounds.org/wp-content/uploads/2022/05/analytical-report_-6-20-april-2022-1.pdf (2);

<https://www.politico.com/news/2022/05/09/kyiv-ukraine-russia-war-horrors-00030992>

¹¹³ <https://www.washingtonpost.com/world/2022/04/24/mariupol-ukraine-last-days/?variant=15bc93f5a1cbb65;>

[https://www.washingtonpost.com/world/2022/04/21/new-mass-grave-manhush-near-mariupol/;](https://www.washingtonpost.com/world/2022/04/21/new-mass-grave-manhush-near-mariupol/)

<https://www.theguardian.com/world/2022/apr/23/in-mariupol-putin-now-rules-a-wasteland-pitted-with-mass-graves;>

erkennbar werden, wenn die Ermittler Zugang zu den von russischen Streitkräften kontrollierten Gebieten erhalten.

Butscha

Die in Butscha dokumentierten Massaker könnten auf ein Muster in den russisch besetzten Gebieten hinweisen. Nach dem Rückzug der russischen Streitkräfte dokumentierten nationale und internationale Ermittler weit verbreitete gemeinschaftliche Hinrichtungen von Einwohnern, die aus nächster Nähe mit gefesselten Händen erschossen wurden und deren Zustand auf zusätzliche Folter schließen lässt.¹¹⁴

Beobachter berichteten übereinstimmend, dass überall in der Stadt Leichen von Zivilisten verstreut lagen, darunter die Leiche einer Frau, die in einem Keller entdeckt wurde, nachdem sie vergewaltigt und in den Kopf geschossen worden war, sowie fünf gefolterte Leichen, die mit gefesselten Händen im Keller eines Kinderferienlagers gefunden wurden, das von russischen Soldaten als Stützpunkt genutzt wurde.¹¹⁵ Die UNO hat hunderte von rechtswidrigen Tötungen von Zivilisten in Butscha, einer Stadt mit einer Vorkriegsbevölkerung von etwa 35.000, und anderen Ortschaften nördlich von Kyjiw dokumentiert.¹¹⁶ Nach Angaben des Leiters des städtischen Bestattungsinstituts von Butscha waren nur zwei der von seinem Team in Massengräbern bestatteten Leichen ukrainische Militärangehörige.¹¹⁷

Nach Angaben eines Bestatters, der in Butscha etwa 200 Leichen zusammensammelte:

Fast alle wurden durch Schüsse aus nächster Nähe getötet, entweder in den Kopf oder ins Auge... [darunter] etwa 50 Leichen mit gefesselten Händen... [mit] Spuren von Folter. Ihre Hände und Beine waren durchschossen. Einige hatten Schädelbrüche durch Schläge mit stumpfen Gegenständen.¹¹⁸

Ein anderer Bestatter bestätigte, dass die gemeinschaftlich getöteten Bewohner mit gefesselten Händen und Spuren von Folter aufgefunden wurden.¹¹⁹ Die russischen Besatzungstruppen gingen von Tür zu Tür und trieben Männer im wehrfähigen Alter zusammen, um sie öffentlich zu exekutieren.¹²⁰ Einem Zeugen zufolge richteten russische Soldaten Menschen hin „nur weil sie eine Tätowierung des ukrainischen Staatswappens hatten“¹²¹. Am 4. März zwangen russische Soldaten rund 40 Einwohner, dabei zuzusehen wie fünf Männer sich entkleideten und mit dem Hemd über dem Kopf hinknieten, und schossen

<https://www.hrw.org/news/2022/04/26/urgently-help-ukraine-civilians-flee-mariupol>;

<https://www.npr.org/sections/pictureshow/2022/04/22/1094234731/possible-mass-graves-near-mariupol-shown-in-satellite-images>

¹¹⁴ <https://apnews.com/article/russia-ukraine-zelenskyy-kyiv-europe-evacuations-665fd06b92852547d7b27627b99509a6>;

<https://www.nytimes.com/interactive/2022/04/11/world/europe/bucha-terror.html?searchResultPosition=1>;

<https://www.nytimes.com/2022/04/04/world/europe/bucha-ukraine-bodies.html>; <https://www.bbc.com/news/60981238>. Siehe auch Amnesty *He's Not Coming Back*.

¹¹⁵ <https://www.nytimes.com/interactive/2022/04/11/world/europe/bucha-terror.html?searchResultPosition=1>;

<https://www.france24.com/en/live-news/20220421-bucha-a-street-filled-with-bodies>; <https://www.bbc.com/news/world-europe-61442387>

¹¹⁶ <https://www.ohchr.org/en/press-briefing-notes/2022/05/plight-civilians-ukraine>

¹¹⁷ <https://www.hrw.org/news/2022/04/21/ukraine-russian-forces-trail-death-bucha>

¹¹⁸ <https://www.hrw.org/news/2022/04/21/ukraine-russian-forces-trail-death-bucha>

¹¹⁹ <https://www.hrw.org/news/2022/04/21/ukraine-russian-forces-trail-death-bucha>

¹²⁰ <https://www.reuters.com/investigates/special-report/ukraine-crisis-bucha-killings-soldiers/>

¹²¹ <https://www.bellingcat.com/news/2022/04/04/russias-bucha-facts-versus-the-evidence/>; <https://vot-tak.tv/novosti/03-04-2022-rasstrely-zhitelej-buchi/>

anschließend mindestens einem von ihnen in den Hinterkopf.¹²² Ein Zeuge berichtete, eine große Blutlache entlang der Mauer eines offenbar als russisches Hauptquartier genutzten Gebäudes in der Nähe gesehen zu haben.¹²³ Diese öffentlichen Hinrichtungen sind zusätzlich zu Artikel II (a) genozidale Handlungen nach Artikel II (b), da sie sowohl den ermordeten UkrainerInnen als auch denjenigen, die gezwungen waren, der Hinrichtung oder schweren Misshandlung eines Angehörigen mitanzusehen, schweren Schaden zufügen.¹²⁴

Zusätzlich zu den Hinrichtungen aus nächster Nähe dokumentierten die Ermittler auch, dass die russischen Streitkräfte auf Einwohner von Butscha schossen, die sich im Freien aufhielten oder in Häusern Schutz suchten. Eine Untersuchung von Amnesty International ergab, dass russische Soldaten Granaten in Häuser warfen und auf praktisch jeden Bewohner schossen, der sich im Freien aufhielt.¹²⁵ Ein Soldat warnte einen Anwohner: „Wir haben den Befehl, [jeden auf der Straße] zu erschießen.“¹²⁶ Während dieser Zeit wurden von Sprengfallen an den Leichen angebracht, eine Taktik, die die Tötungen maximiert, indem sie auf jene Einwohner abzielt, die die Leichen bergen, und die Ermittlungen durch die Zerstörung von Beweisen behindert.¹²⁷

Andere Stätten von Massenmord

In anderen Gebieten unter russischer Besatzung zeigten sich ähnliche Taktiken, wo Soldaten die Zivilbevölkerung terrorisierten und gemeinschaftlich exekutierten.¹²⁸ Am 27. Februar nahmen russische Streitkräfte in Staryj Bykiw mindestens sechs Männer fest und richteten sie hin. In verschiedenen ukrainischen Städten berichteten Einwohner, dass die russischen Streitkräfte auf der Straße offen auf Zivilisten feuerten.¹²⁹ In Irpin schossen russische Soldaten auf Anwohner auf offener Straße, überrollten Leichen mit Panzern.¹³⁰ Der stellvertretende Leiter des regionalen Leichenschauhauses von Tschernihiw berichtete von einer großen Zahl von Leichen, die mit Schüssen in den Hinterkopf im Stile einer Exekution eingeliefert wurden, 20 Prozent davon mit gefesselten Händen.¹³¹

Nach Angaben eines regionalen Beamten starben 100 Zivilisten in Sumy unter russischer Besatzung, darunter wurden auch Leichen gefunden, die in Handschellen und mit Folterspuren und Kopfschüssen.¹³² Außerdem sind russische Soldaten direkt in Häuser und Unterkünfte eingedrungen, um Zivilisten zu töten.¹³³ Berichten zufolge stürmten russische Soldaten am 7. März in Worsel einen Keller, warfen eine Rauchgranate hinein und schossen auf Zivilisten, die zu fliehen versuchten.¹³⁴

¹²² <https://www.hrw.org/news/2022/04/03/ukraine-apparent-war-crimes-russia-controlled-areas>

¹²³ <https://www.hrw.org/news/2022/04/03/ukraine-apparent-war-crimes-russia-controlled-areas>

¹²⁴ Kvočka et al. (IT-98-30/1), Abs. 149.

¹²⁵ Amnesty *He's Not Coming Back*, S. 7-9, 16.

¹²⁶ <https://www.nytimes.com/interactive/2022/04/11/world/europe/bucha-terror.html?searchResultPosition=1>

¹²⁷ <https://www.hrw.org/news/2022/04/21/ukraine-russian-forces-trail-death-bucha>

¹²⁸ <https://www.hrw.org/news/2022/04/03/ukraine-apparent-war-crimes-russia-controlled-areas>

¹²⁹ Amnesty *He's Not Coming Back*, S. 26...

¹³⁰ https://truth-hounds.org/wp-content/uploads/2022/04/final_22-march-5-april-3_eng_proof.pdf;

<https://www.france24.com/en/europe/20220422-in-ruined-kyiv-suburb-residents-ask-what-have-we-done-to-putin-to-be-slaughtered-like-this>

¹³¹ <https://www.theglobeandmail.com/world/article-ukraine-russia-chernihiv-civilian-deaths/>

¹³² https://truth-hounds.org/wp-content/uploads/2022/05/analytical-report_-6-20-april-2022-1.pdf 3

¹³³ <https://www.amnesty.org/en/latest/news/2022/04/ukraine-russian-forces-extrajudicially-executing-civilians-in-apparent-war-crimes-new-testimony/>;

¹³⁴ <https://www.hrw.org/news/2022/04/03/ukraine-apparent-war-crimes-russia-controlled-areas>

Nach Angaben des Anführers einer Einheit freiwilliger Soldaten im nahe gelegenen Dorf Motyschyn fuhr ein russischer Panzerwagen eine Straße entlang und schoss mit einem schweren Maschinengewehr wahllos auf Häuser.¹³⁵ Obwohl Mariupol unter russischer Kontrolle steht und daher für Untersuchungen vor Ort unmöglich sind, haben Analysen von Satellitenbildern in dem Gebiet die rasche und massive Ausweitung von Friedhöfen und Massengräbern seit Anfang März aufgedeckt.¹³⁶

Absichtliche Angriffe auf Zufluchtsorte, Evakuierungsrouten und humanitäre Korridore

Die russischen Streitkräfte attackierten systematisch Zufluchtsorte, Fluchtwege und Evakuierungskonvois, die mit Zügen, Booten, Autos oder Bussen unterwegs waren, darunter auch solche mit weißen Fahnen und Schildern mit der Aufschrift „Kinder“¹³⁷. Am 16. März führten die russischen Streitkräfte präzise Luftangriffe (mit lasergesteuerten Bomben) auf das örtliche Theater auf einem Platz im Herzen von Mariupol¹³⁸ durch, wobei fast 600 Zivilisten ums Leben kamen.¹³⁹ Nach Ansicht der OSZE ist es „unbestritten“, dass die „Zerstörung des Theaters, das durch Schilder auf beiden Seiten eindeutig als Aufenthaltsort von Kindern gekennzeichnet war und wo viele Zivilisten Schutz gesucht hatten, vorsätzlich erfolgte.“¹⁴⁰

Zum Zeitpunkt des Luftangriffs war das Theater als wichtigster Schutzraum der Stadt bekannt, weil sich dort Vorräte des Roten Kreuzes befanden und man dort Informationen zur Evakuierung finden konnte. Auf dem Pflaster neben dem Vorder- und Hintereingang war in großen Buchstaben das Wort „Kinder“ geschrieben worden. Die Schrift war vom Himmel und von Satelliten aus deutlich zu erkennen.¹⁴¹ Am 17. März traf russische Artillerie nahe Charkiw eine Schule und ein Gemeindezentrum und tötete nach ukrainischen Angaben mindestens 21 Menschen.¹⁴² Am 7. Mai bombardierten russische Flugzeuge eine Schule im Gebiet Luhansk und töteten etwa 60 Zivilisten, die dort Schutz suchten.¹⁴³

Einer eingehenden Untersuchung zufolge beschossen russische Streitkräfte zwischen Ende Februar und Anfang März durchgängig den einzigen verbliebenen Fluchtweg aus Motyschyn, der von Zivilisten genutzt werden konnte.¹⁴⁴ Vom 24. März 2022 bis Anfang April, während der 39-tägigen Belagerung von Tschernihiw, beschossen russische Streitkräfte den letzten verbliebenen Zugangsweg der Stadt zu den

¹³⁵ <https://www.nytimes.com/interactive/2022/04/11/world/europe/bucha-terror.html?searchResultPosition=1>

¹³⁶ <https://www.wsj.com/articles/mass-graves-in-ukraine-reveal-mounting-death-toll-11651829402>;

<https://www.washingtonpost.com/world/2022/04/24/mariupol-ukraine-last-days/?variant=15bc93f5a1ccb65>;

<https://www.washingtonpost.com/world/2022/04/21/new-mass-grave-manhush-near-mariupol/>;

<https://www.theguardian.com/world/2022/apr/23/in-mariupol-putin-now-rules-a-wasteland-pitted-with-mass-graves>;

<https://www.hrw.org/news/2022/04/26/urgently-help-ukraine-civilians-flee-mariupol>;

<https://www.npr.org/sections/pictureshow/2022/04/22/1094234731/possible-mass-graves-near-mariupol-shown-in-satellite-images>

¹³⁷ <https://www.npr.org/2022/03/31/1089705434/ukraine-russia-war-mariupol-zaporizhzhia>

¹³⁸ Die örtlichen Behörden entfernten 2015 das Wort „russisch“ aus dem Namen des Theaters und ordneten im Juli 2021 an, dass alle Aufführungen in ukrainischer Sprache stattfinden müssen. <https://apnews.com/article/Russia-ukraine-war-mariupol-theater-c321a196fbd568899841b506afcac7a1>

¹³⁹ Abs. 26 https://www.ohchr.org/sites/default/files/2022-03/HRMMU_Update_2022-03-26_EN.pdf;

<https://www.reuters.com/world/europe/thousands-civilians-mariupol-may-have-died-past-month-un-tells-reuters-2022-03-29/>

¹⁴⁰ OSZE Bericht S. 48.

¹⁴¹ <https://apnews.com/article/Russia-ukraine-war-mariupol-theater-c321a196fbd568899841b506afcac7a1>;

<https://www.bbc.com/news/world-europe-60835106>

¹⁴² <https://www.cbsnews.com/news/russia-ukraine-war-meresa-mayor-kharkiv-21-killed-school-community-center-shelling/>

¹⁴³ <https://www.cnn.com/2022/05/08/europe/luhansk-school-bombing-ukraine-russia-intl/index.html>

¹⁴⁴ <https://www.youtube.com/watch?v=OUHU5UjnGtw>

Avant-propos du Dr. Azeem Ibrahim

Ce rapport est le premier à aborder l'une des questions les plus controversées et les plus importantes de l'invasion de l'Ukraine par la Russie : la guerre a-t-elle un caractère génocidaire ? Alors que les combats se poursuivent, les outils modernes ont rendu nécessaire l'examen de cette question et la révélation de sa vérité.

Le mot génocide étant si communément utilisé – et également contesté – il est inutile de lui donner une définition trop vague. Il est essentiel d'établir clairement les faits en utilisant les possibilités offertes par les méthodes d'enquête modernes et de procéder à une analyse juridique conformément au droit applicable.

Ceci est un projet de l'Institut New Lines et du Centre Raoul Wallenberg, qui a réuni trois équipes d'experts pour analyser le sujet. Il comprenait une équipe de juristes et d'experts en génocide, un second groupe d'enquêteurs spécialisés dans le renseignement de sources ouvertes (OSINT), et des linguistes qui ont pu utiliser les nombreuses sources primaires que cette guerre a déjà créées – les interceptions de communications et les témoignages.

Le New Lines Institute et le Centre Raoul Wallenberg ont effectué un travail approfondi sur les génocides des Rohingyas et des Ouïghours, notamment en produisant le premier rapport établissant un génocide au Xinjiang en application de la Convention sur le génocide de 1948.

Nous concluons que la Russie porte la responsabilité de l'État pour les violations de l'article II et de l'article III (c) de la Convention sur le génocide à laquelle elle est liée. Nous concluons également qu'il existe indubitablement un risque très sérieux de génocide, déclenchant l'obligation de prévention des États en vertu de l'article I de la Convention sur le génocide.

Ceci est le premier rapport de ce type, mais pas le dernier mot sur le sujet. Nous espérons que d'autres suivront.

Dr Azeem Ibrahim
Directeur, Initiatives spéciales
Institut New Lines for Strategy and Policy
Washington, DC

Résumé exécutif

Ce rapport présente une enquête indépendante sur les violations de la Convention sur le génocide commises par la Russie lors de son invasion de l'Ukraine et établit:

- 1) des motifs raisonnables de conclure que la Russie est responsable (i) d'une incitation directe et publique à commettre un génocide, et (ii) d'un génocide fondé sur une intention de détruire en partie le groupe national ukrainien ; et
 - 2) l'existence d'un risque sérieux de génocide en Ukraine, qui déclenche l'obligation juridique de tous les États de prévenir le génocide.
- I. **Le groupe protégé.** Le groupe national ukrainien est reconnu au niveau national, international et expressément par la Russie dans les relations interétatiques officielles et est donc protégé par la Convention sur le génocide.
 - II. **L'incitation au génocide.** En vertu de l'article III (c) de la Convention sur le génocide, l'incitation directe et publique à commettre le génocide est un crime distinct, que le génocide s'ensuive ou non.
 - III. **L'incitation au génocide orchestrée par l'État russe.**
 - a) **Le déni de l'existence d'une identité ukrainienne.** Des hauts fonctionnaires russes et les commentateurs des médias d'État nient de façon répétée l'existence d'une identité ukrainienne distincte, laissant entendre que ceux qui s'identifient comme Ukrainiens menacent l'unité de la Russie ou se complaisent dans le nazisme, et méritent donc d'être punis. La négation de l'existence de groupes protégés est un indicateur spécifique de génocide selon le guide des Nations Unies pour l'évaluation du risque d'atrocités de masse.
 - b) **L'accusation dans un miroir.** L'"accusation dans un miroir" est la forme d'incitation la plus puissante et historiquement récurrente, dans laquelle l'auteur accuse le groupe ciblé de planifier les mêmes atrocités qu'il a l'intention de commettre, présentant le groupe victime comme une menace existentielle et faisant apparaître la violence à son encontre comme défensive et nécessaire. Le Président Poutine et les responsables russes ont accusé l'Ukraine de commettre un génocide ou d'exterminer la population civile dans les zones contrôlées par les séparatistes soutenus par la Russie, comme prétexte pour envahir l'Ukraine.
 - c) **La "Dénazification" et la déshumanisation.** Les responsables russes et les médias d'État invoquent à plusieurs reprises la "dénazification" comme l'un des principaux objectifs de l'invasion et ont largement décrit les Ukrainiens comme des sous-hommes (« zombifiés », « bestiaux » ou « subordonnés »), des malades ou des contaminés (« racaille », « saleté », « désordre ») ou des menaces existentielles et l'incarnation du mal (« nazisme », « jeunesse hitlérienne », « Troisième Reich »). Cette rhétorique est utilisée pour dépeindre un segment important ou une génération entière d'Ukrainiens comme des nazis et des ennemis mortels, ce qui en fait des cibles légitimes ou nécessaires pour la destruction.
 - d) **La construction des Ukrainiens comme une menace existentielle.** Dans le contexte russe, la campagne d'incitation orchestrée par l'État lie ouvertement l'invasion actuelle à la guerre existentielle de l'Union soviétique contre l'Allemagne nazie, amplifiant l'impact de la propagande sur le public russe pour qu'il commette ou tolère des atrocités de masse. Le 5 avril 2022, Dmitry Medvedev, actuel vice-Président du Conseil de sécurité russe, a publié que : « s'étant transformée en Troisième Reich... l'Ukraine subira le même sort... ce qu'elle mérite ! Ces tâches ne peuvent être accomplies instantanément. Et elles ne se décideront pas seulement sur les champs de bataille ». La veille du très largement célébré Jour de la Victoire, qui marque la victoire soviétique sur l'Allemagne nazie, le Président Poutine a envoyé un télégramme aux séparatistes soutenus par la Russie, affirmant que les Russes se battent « pour libérer leur terre natale de la saleté nazie », et promettant que « la victoire

- sera la nôtre, comme en 1945 ». L'Église orthodoxe russe a publiquement soutenu ce parallèle historique et fait l'éloge de la lutte de la Russie contre les nazis.
- e) **Le conditionnement du public russe à commettre ou à tolérer des atrocités.** Le Kremlin a nié les atrocités commises par ses forces et a récompensé les soldats soupçonnés de massacres en Ukraine, ce qui a permis aux soldats de commettre d'autres atrocités et au public russe de les tolérer. Le Kremlin est en mesure d'inciter directement le public en canalisant et en amplifiant sa propagande par le biais d'un paysage médiatique contrôlé et d'une censure extrême autour de la guerre. Les pourvoyeurs de la propagande d'incitation sont tous des personnalités politiques, religieuses et médiatiques d'État très influentes, dont le Président Poutine. Il est de plus en plus largement prouvé que les soldats russes ont intériorisé la campagne de propagande de l'État et y répondent en reprenant son contenu lorsqu'ils commettent des atrocités. Parmi les déclarations rapportées de soldats, citons les menaces de violer « toutes les putes nazies », la « chasse aux nazis », « nous vous libérerons des nazis », « nous sommes ici pour vous nettoyer de la saleté » (après une exécution publique), entre autres.
- IV. **L'intention génocidaire.** Ce qui distingue le génocide en tant que crime est « l'intention de détruire, en tout ou en partie, [un groupe protégé], comme tel ». Cette intention peut être attribuée à un État par la preuve d'un plan général (découlant de déclarations, documents ou politiques officiels) ou peut être déduite d'un schéma systématique d'atrocités visant le groupe protégé. Les cinq actes génocidaires – meurtre, atteinte grave à l'intégrité, soumission intentionnelle à des conditions d'existence devant entraîner la destruction physique, des mesures visant à entraver les naissances, et le transfert forcé d'enfants vers un autre groupe – peuvent également indiquer une intention génocidaire lorsqu'ils sont considérés dans leur ensemble.
- a) **Un plan génocidaire.** Un « plan général » visant à détruire en partie le groupe national ukrainien peut être démontré par l'incitation au génocide à l'origine de l'invasion actuelle ou par les schémas ou méthodes frappants d'atrocités suggérant une politique militaire.
- V. **Le schéma génocidaire de destruction visant les Ukrainiens.**
- a) **Les massacres de masse.** Les forces russes ont rassemblé des civils ukrainiens pour les exécuter en masse dans les territoires occupés. Ces exécutions sont caractérisées par des méthodes de mise à mort communes : mains liées, torture et balles dans la tête à bout portant. Le massacre bien documenté de Boutcha, pourrait être le signe de tactiques cohérentes employées par les forces russes dans les zones occupées actuellement inaccessibles. Le nombre de fosses communes dans les zones contrôlées par les Russes augmente rapidement, comme l'ont montré les enquêteurs et les images satellites, mais l'ampleur du massacre ne sera connue que lorsque l'accès aux sites contrôlés par les forces russes sera sécurisé.
- b) **Les attaques délibérées contre les abris, les voies d'évacuation et les couloirs humanitaires.** Les forces russes attaquent systématiquement les abris et les voies d'évacuation avec précision, ce qui indique une politique militaire, tuant et piégeant les civils dans les zones assiégées ou en conflit.
- c) **Le bombardement indiscriminé de zones résidentielles.** Les forces russes ont largement utilisé des armes à effet généralisé et indiscriminé ou des armes à sous-munitions, ciblant des zones densément peuplées dans au moins huit oblasts (provinces) d'Ukraine.
- d) **Les sièges militaires russes : l'infliction délibérée et systématique de conditions mettant la vie en danger.** Tout en bombardant sans relâche les Ukrainiens dans les zones assiégées de l'intérieur et de l'extérieur, les forces russes ont simultanément et délibérément infligé des conditions de vie visant à entraîner leur destruction physique.
- i. **La destruction des infrastructures vitales.** Les forces russes suivent un schéma brutal similaire lorsqu'elles assiègent les villes ukrainiennes, en frappant d'abord les sources d'eau, d'électricité et de communication, puis en ciblant les installations médicales, les

- entrepôts de céréales et les centres de distribution de l'aide, démontrant une stratégie et une politique militaire consistant à infliger délibérément des conditions fatales aux résidents ukrainiens. Ces actions coordonnées de l'armée russe visant à priver les résidents ukrainiens des produits de première nécessité et à les piéger dans ces conditions destructrices, démontrent que les sièges sont prévus pour entraîner leur destruction physique. Au 15 avril, 1,4 million de personnes dans l'est de l'Ukraine touché par le conflit n'ont pas accès à l'eau potable et 4,6 millions de personnes supplémentaires n'ont pas un accès adéquat à l'eau.
- ii. **Les attaques contre les soins de santé.** Au 25 mai, l'Organisation mondiale de la santé a recensé 248 attaques contre le système de santé ukrainien. Les attaques constantes et délibérées des forces russes contre les maternités sont particulièrement probantes de l'intention génocidaire en ce qu'elles constituent quatre des cinq actes génocidaires consistant à tuer ou à blesser gravement, à exacerber les conditions générales qui menacent la vie, et à empêcher les femmes ukrainiennes d'accoucher en toute sécurité.
 - iii. **La destruction et la saisie de produits de première nécessité, d'aide humanitaire et de céréales.** Les forces russes ont détruit et saisi de vastes stocks de céréales, notamment en expropriant et en transportant des centaines de milliers de tonnes vers la Russie, et ont bloqué ou saisi à plusieurs reprises l'aide humanitaire ou les travailleurs cherchant à évacuer les civils, utilisant la famine comme arme de guerre.
 - iv. **Les autres sites où les conditions de vie sont menacées.** Les forces russes ont détenu des Ukrainiens dans d'autres sites où ils ont été privés de produits de première nécessité, ce qui a parfois entraîné des décès plus immédiats par suffocation ou famine.
 - e) **Les viols et les violences sexuelles.** Les rapports faisant état de violences sexuelles et de viols dans les zones occupées par les Russes suggèrent une tendance généralisée et systématique, avec des viols collectifs, des viols dans les maisons ou les abris, des viols de parents devant les enfants et vice versa, et l'esclavage sexuel. Le viol et la violence sexuelle peuvent constituer des actes génocidaires multiples, dont par exemple des mesures de prévention des naissances, et infliger des destructions physiques et biologiques à long terme bien documentées. L'ampleur réelle de la violence sexuelle liée à cette guerre n'apparaîtra qu'avec le temps, mais ne sera probablement jamais complètement révélée.
 - f) **Le transfert forcé des Ukrainiens.** La Russie a signalé le transfert de plus d'un million de personnes de l'Ukraine vers la Russie depuis le début de l'invasion, dont plus de 180 000 enfants. Des réfugiés et des fonctionnaires ont déclaré avoir été transférés par la force ou la menace de la force. Selon des responsables ukrainiens, la législation russe est en cours de réforme pour accélérer l'adoption d'enfants du Donbass, tandis que les enfants ukrainiens envoyés de force en Russie sont contraints de suivre des cours de russe. Le transfert forcé d'enfants ukrainiens vers la Russie est un acte génocidaire au sens de l'article II (e) de la Convention sur le génocide.
- VI. **L'intention de détruire le groupe national ukrainien en partie.** L'intention de détruire un groupe « en partie » n'est pas seulement déterminée par le nombre de victimes ukrainiennes, qui est largement sous-estimé. L'ampleur des atrocités visant les Ukrainiens doit être évaluée par rapport à la zone d'activité ou de contrôle de la Russie. Les forces russes ont laissé une série de destruction physique concentrée lors de leur retrait des zones occupées, notamment des exécutions massives à bout portant, des actes de torture, la destruction d'infrastructures vitales, des viols et des violences sexuelles. Le ciblage sélectif de dirigeants ou d'activistes ukrainiens en vue de leur disparition ou de leur assassinat est une preuve supplémentaire de l'intention de détruire en partie le groupe national ukrainien, car ces figures sont emblématiques du groupe ou essentielles à sa survie.
- VII. **L'obligation de prévenir le génocide.** Les États ont l'obligation juridique de prévenir le génocide au-delà de leurs frontières dès lors qu'ils prennent conscience du risque sérieux de génocide – un seuil que ce rapport établit clairement, et dont les États ne peuvent

désormais nier la connaissance. La Convention sur le génocide impose aux États une obligation juridique minimale de prendre des mesures raisonnables pour contribuer à la prévention du génocide et à la protection des civils ukrainiens vulnérables contre le risque imminent de génocide.

Ce rapport a été élaboré grâce aux contributions et à la consultation de nombreux experts indépendants, dont les suivants :

Yonah Diamond

Prof. Steven T. Katz

Prof. John Packer

Prof. Hiroaki Kuromiya

Erin Farrell Rosenberg

Prof. Errol Mendes

Prof. Susan Benesch

Prof. Norman M. Naimark

Rayhan Asat

Dr. Melanie O'Brien

Adejoké Babington-Ashaye

Dr. Ewelina U. Ochab

Christopher Atwood

Prof. Maxim Pensky

Santiago A. Canton

Emily Prey

Hon. Irwin Cotler

Amb. Allan Rock

Prof. David Crane

Dean Michael Scharf

Dato Param Cumaraswamy

Amb. David J. Scheffer

Amb. Kelley Currie

Prof. Marci Shore

Prof. Tanya L. Domi

Dr. David Simon

Dr. Tatyana Eatwell

Prof. Timothy Snyder

Mark Ellis

Dr. Gregory H. Stanton

Zoe Gladstone

Chief Charles Taku

Prof. Max Hilare

Dr. György Tatár

Mofidul Hoque

Robert Tyler

Table des matières

<i>Avant-propos du Dr. Azeem Ibrahim</i>	1
<i>Résumé exécutif</i>	2
<i>Introduction</i>	9
<i>Méthodologie</i>	9
<i>Le cadre juridique de la responsabilité de l'État</i>	10
1. La Convention sur le génocide	10
2. La prévention : l'objectif central de la Convention sur le génocide	11
3. L'attribution de la responsabilité de l'État	12
<i>Bref rappel historique</i>	13
<i>Le groupe national protégé</i>	13
I. L'incitation directe et publique à commettre un génocide	14
Le droit applicable	14
<i>La préparation du terrain pour l'incitation au génocide : Nier l'existence du groupe ukrainien</i>	15
Le prétexte à l'invasion : l'“accusation dans un miroir” et la construction d'une menace existentielle ukrainienne	17
<i>La “dénazification” et la déshumanisation</i>	17
Le conditionnement du public russe à commettre et à tolérer des atrocités	20
II. La preuve de l'intention génocidaire	22
Le droit applicable	22
Le plan général	23
La déduction de l'intention génocidaire à partir d'un schéma de destruction ciblant les Ukrainiens	24
<i>Les massacres terrestres/les meurtres collectifs</i>	24
<i>Les autres sites de massacres</i>	26
<i>Les attaques délibérées contre les abris, les voies d'évacuation et les couloirs humanitaires</i>	26
<i>Le bombardement indiscriminé de zones résidentielles</i>	28
<i>Les sièges militaires russes : l'infliction délibérée et systématique de conditions mettant la vie en danger</i>	29
<i>La destruction d'infrastructures vitales</i>	29
<i>Les attaques contre les soins de santé</i>	30
<i>La destruction et la saisie de produits de première nécessité, d'aide humanitaire et de céréales</i>	30
<i>Les autres sites de conditions mettant la vie en danger</i>	31
<i>Les viols et violences sexuelles</i>	31
<i>Le transfert forcé d'Ukrainiens</i>	33
<i>La destruction de sites culturels et sacrés</i>	34
<i>L'intention de détruire en partie</i>	34

L'attribution de l'intention génocidaire	35
<i>III. L'obligation de prévenir le génocide</i>	36
Le risque imminent de génocide	36
La nature de l'obligation de prévenir	37
<i>Conclusion.....</i>	38
<i>Postface de l'honorable Irwin Cotler.....</i>	39
<i>Annexes.....</i>	40

Introduction

Ce rapport est une enquête indépendante sur les violations de la Convention pour la prévention et la répression du crime de génocide, commises par la Russie dans le cadre de son invasion de l'Ukraine. Elle est réalisée comme une réponse urgente aux atrocités en cours. La Convention sur le génocide impose des obligations juridiques à tous les États parties, y compris la Russie, de prendre des mesures pour prévenir le génocide dès qu'un risque sérieux se présente ou pour l'arrêter lorsqu'il se déroule. L'obligation de prévenir le génocide est une obligation juridique autonome et, comme l'indique le nom de la Convention, elle est déclenchée avant qu'un génocide ne se produise¹. Ce rapport conclut raisonnablement que la Russie est responsable de l'incitation à commettre le génocide et du génocide sur le fondement d'une intention de détruire en partie le groupe national ukrainien. Le rapport conclut également de manière définitive qu'il existe un risque sérieux de génocide, ce qui déclenche l'obligation de prévention.

Le Tribunal de Nuremberg a historiquement déclaré en 1947 que « les crimes contre le droit international sont commis par des [individus] et non par des entités abstraites »². Ce rapport est destiné à renforcer les processus pénaux parallèles en cours au niveau international, visant à identifier et à tenir les auteurs individuels responsables de tous les crimes graves, dont le génocide, les crimes contre l'humanité, les crimes de guerre et l'agression. Les atrocités documentées et compilées dans ce rapport devraient servir à faire avancer ces enquêtes et poursuites pénales. Cependant, ce rapport a pour but de tenir les États – les principaux acteurs des relations interétatiques – au courant de leurs obligations juridiques actuelles et contraignantes en vertu de la Convention sur le génocide afin de s'assurer qu'ils s'y conforment pleinement.

Méthodologie

Ce rapport se fonde en grande partie sur des sources ouvertes vérifiées et couvre la période allant jusqu'au 22 mai 2022, mais il doit être lu dans le contexte d'une situation qui évolue rapidement sur le terrain. Si la seule source d'une déclaration est une source officielle, le corps du texte le précise explicitement. Le rapport est organisé en trois sections principales : l'incitation à commettre un génocide, les preuves de l'intention génocidaire, et l'obligation de prévenir le génocide.

Dans les affaires de génocide, la Cour internationale de justice (CIJ) a appliqué une norme de preuve plus élevée que la prépondérance des probabilités, étant donné la gravité exceptionnelle des accusations³. Le présent rapport applique toutefois la norme des « motifs raisonnables de conclure » aux questions relatives aux violations de la Convention sur le génocide par les États, en raison de la nature non judiciaire de l'enquête, dans un contexte de guerre permanente et à ce stade précoce du processus d'enquête global⁴. Le rapport applique une deuxième norme dite « concluante » ou « pleinement convaincante » pour démontrer que le seuil de l'existence d'un risque sérieux de génocide a été atteint, déclenchant l'obligation de tous les États de le prévenir.

¹ Bosnia v Serbia Judgment 2007, para. 148

² Judgment of the Nuremberg International Military Tribunal 1946, p. 55, https://crimeofaggression.info/documents/6/1946_Nuremberg_Judgement.pdf.

³ CIJ Bosnia 2007 para. 209. La Cour a estimé qu'elle devait être « pleinement convaincue » que le crime ou les actes de l'article III ont été commis.

⁴ La Mission internationale indépendante d'établissement des faits sur le Myanmar a décrit cette norme comme étant, en ce qui concerne les constatations de fait, « rempli lorsqu'un ensemble suffisant et fiable d'informations de première main qui concordent avec d'autres informations permettait à une personne normalement prudente de conclure raisonnablement qu'un fait était survenu ou que des comportements récurrents avaient eu lieu » (para. 6) A/HRC/39/64

Le cadre juridique de la responsabilité de l'État

1. La Convention sur le génocide

Le crime de génocide en droit international est codifié dans la Convention sur le génocide, un traité que l'Union soviétique (aujourd'hui la Russie) a signé et ratifié respectivement en 1949 et 1954,⁵. Les obligations de la Russie en vertu de la convention sur le génocide sont *erga omnes*, ou dues à la communauté internationale dans son ensemble, ce qui découle du statut de *jus cogens* de l'interdiction du génocide⁶. La Convention sur le génocide prévoit la responsabilité pénale des individus pour le génocide et les actes connexes, tandis que les États peuvent être tenus responsables de tels actes en vertu d'un cadre juridique distinct, bien que se chevauchant parfois⁷. Il est important de noter que la norme de preuve pour les violations d'un traité en vertu du droit international est inférieure à celle requise pour les procédures pénales⁸. La responsabilité de l'État pour les violations du droit international découle d'actes internationalement illicites attribués à l'État ou, dans le cas du génocide, d'un comportement illicite d'une gravité exceptionnelle qui est attribuable à l'État. Ce rapport n'envisage pas la responsabilité pénale individuelle mais plutôt la question de savoir si la Russie porte la responsabilité de l'État pour les violations de la Convention sur le génocide, un accord juridiquement contraignant entre ses 152 États parties. Le rapport applique la Convention sur le génocide comme source principale de droit, à la lumière de la jurisprudence internationale, du droit international coutumier, de la pratique des États, et des travaux universitaires pertinents.

L'article I de la Convention sur le génocide impose aux États parties des obligations concernant le génocide qui, « qu'il soit commis en temps de paix ou en temps de guerre, est un crime du droit des gens qu'ils s'engagent à prévenir et à punir »⁹.

L'article II définit le génocide comme suit :

Le génocide s'entend de l'un quelconque des actes ci-après, commis dans l'intention de détruire, en tout ou en partie, un groupe national, ethnique, racial ou religieux, comme tel :

⁵ *The Convention on the Prevention and Punishment of the Crime of Genocide* (Genocide sur le Convention) was adopted by unanimous vote, UN General Assembly resolution 260 (III) of 9 December 1948, https://www.un.org/en/genocideprevention/documents/atrocities-crimes/Doc.I_Convention%20on%20the%20Prevention%20and%20Punishment%20of%20the%20Crime%20of%20Genocide.pdf. There are currently 152 States parties, "Status of Treaties: Convention on the Prevention and Punishment of the Crime of Genocide," *United Nations Treaty Collection* https://treaties.un.org/pages/ViewDetails.aspx?src=TREATY&mtdsg_no=IV-1&chapter=4&clang=en#33.

⁶ *Bosnia and Herzegovina v Yugoslavia*, ICJ Judgment, 11 July 1996, para. 31; voir aussi Report of the International Law Commission on the work of its 53rd session (2001) pp 112-113, https://legal.un.org/ilc/documentation/english/reports/a_56_10.pdf.

⁷ *Bosnia v Serbia*, para. 167-69, 174. La CIJ fonde sa conclusion sur le fait que les États peuvent être jugés responsables de génocide et des actes connexes relevant de l'article III, en se fondant sur le libellé explicite de l'article IX de la Convention sur le génocide, qui prévoit la « responsabilité d'un État en matière de génocide ou de l'un quelconque des autres actes énumérés à l'article III ». Voir également P. Gaeta, "On What Conditions Can a State Be Held Responsible for Genocide?", *European Journal of International Law*, 2007, p. 643 ("For the international responsibility of the state to arise, however, there would be no need to demonstrate that the state as such – or one or more of its officials – harboured a genocidal intent in the criminal sense. This is a requirement that only pertains to the criminal liability of individuals.")

⁸ Sur la norme de preuve dans le cadre de la Convention sur le génocide, voir, entre autres, les documents suivants: Stephen Wilkinson, "Standards of Proof in International Humanitarian and Human Rights Fact-Finding and Inquiry Missions", the Geneva Academy of International Humanitarian Law and Human Rights, p. 20, <https://www.geneva-academy.ch/joomlatools-files/docman-files/Standards%20of%20Proof%20in%20Fact-Finding.pdf>.

⁹ GC Art. I.

- a) *Meurtre de membres du groupe;*
- b) *Atteinte grave à l'intégrité physique ou mentale de membres du groupe;*
- c) *Soumission intentionnelle du groupe à des conditions d'existence devant entraîner sa destruction physique totale ou partielle;*
- d) *Mesures visant à entraver les naissances au sein du groupe;*
- e) *Transfert forcé d'enfants du groupe à un autre groupe.*

Par conséquent, en vertu de l'article II, il y a trois éléments constitutifs : (1) la commission d'un des actes génocidaires commis contre (2) un groupe protégé et (3) avec l'intention de détruire le groupe en tout ou en partie. L'article III énumère les actes punissables, dont : « a) le génocide; b) l'entente en vue de commettre le génocide; c) l'incitation directe et publique à commettre le génocide; d) la tentative de génocide; e) et la complicité dans le génocide »¹⁰.

2. La prévention : l'objectif central de la Convention sur le génocide

La prévention est l'objectif premier de la Convention sur le génocide, comme l'implique le terme opérationnel de son titre – la Convention pour la prévention et la répression du crime de génocide – et la même obligation juridique expresse en vertu de l'article premier. La CIJ a clairement établi quand l'obligation de prévention est déclenchée :

l'obligation de prévention et le devoir d'agir qui en est le corollaire prennent naissance, pour un État, au moment où celui-ci a connaissance, ou devrait normalement avoir connaissance, de l'existence d'un risque sérieux de commission d'un génocide¹¹.

L'obligation de prévenir le génocide n'est pas limitée au territoire de l'État, mais s'étend à tout endroit où il est « en mesure d'agir pour s'acquitter des obligations en question »¹². La Convention de Vienne sur le droit des traités (CVDT), ou "traité des traités", à laquelle la Russie est également partie, fixe les paramètres d'interprétation des traités. L'article 31 prévoit :

Un traité doit être interprété de bonne foi suivant le sens ordinaire à attribuer aux termes du traité dans leur contexte et à la lumière de son objet et de son but¹³.

Les traités sont interprétés en fonction de leur préambule et des accords connexes¹⁴. Le préambule de la Convention fait référence à la résolution de l'Assemblée générale des Nations Unies qui a mandaté sa rédaction et affirmé le crime de génocide en droit international comme suit :

¹⁰ GC Art. III.

¹¹ Bosnia v. Serbia, para. 431.

¹² ICJ Bosnia v Serbia, para 183.

¹³ Convention de Vienne sur le droit des traités, 23 Mai 1969, (CVDT), https://legal.un.org/ilc/texts/instruments/french/conventions/1_1_1969.pdf.

¹⁴ CVDT, *supra* note 13, à l'article 31 (2)(a). En termes de "contexte," voir aussi Raphael Lemkin's *Axis Rule in Occupied Europe*, pour l'origine du terme "génocide" et précurseur de la Convention sur le génocide. Lemkin a défini le génocide comme "not necessarily mean the immediate destruction of a nation ... rather to signify a coordinated plan of different actions aiming at the destruction of essential foundations of the life of national groups, with the aim of annihilating the groups themselves. The objective of such a plan would be disintegration of the political and social institutions of culture, language, national feelings, religion, and the economic existence of national groups and the destruction of the personal security, liberty, health, dignity and even the lives of the individuals belonging to such groups." Raphael Lemkin, *Axis Rule in Occupied Europe* (Washington, D.C., 1944), p. 79.

le refus du *droit à l'existence* à des groupes humains entiers...qui inflige de grandes pertes à l'humanité, qui se trouve ainsi privée des apports culturels et autres de ces groupes, et est contraire à la loi morale ainsi qu'à l'esprit et aux fins des Nations Unies¹⁵.

L'objet et le but du traité sont expressément énoncés tant dans le titre de la Convention que dans son article I : obliger les parties contractantes à prévenir et à punir le génocide. Selon la CIJ, l'objet de la Convention est de « sauvegarder l'existence même de certains groupes humains »¹⁶. Cet idéal constitue « le fondement et la mesure de toutes les dispositions qu'elle renferme »¹⁷. Le présent rapport doit être lu à la lumière de cet objectif premier qui est de prévenir le génocide avant la destruction totale ou partielle et de sauvegarder le groupe protégé¹⁸.

3. L'attribution de la responsabilité de l'État

Les Articles de 2001 de la Commission du droit international (CDI) sur la responsabilité de l'État pour fait internationalement illicite fournissent les règles du droit international coutumier ou général, selon la CIJ, pour l'attribution d'un comportement illicite à un État¹⁹. En vertu des Articles sur la responsabilité de l'État, les actes illicites seront attribués à l'État lorsqu'ils sont perpétrés par une personne ou une entité qui est : (1) un organe de l'État en vertu du droit de l'État (*de jure*) ou qui agit en « complète dépendance » de l'État (*de facto*)²⁰; (2) habilitée par le droit de l'État à exercer des prérogatives d'autorité gouvernementale²¹; ou (3) agissant sur les instructions, ou sous la direction ou le « contrôle effectif » d'organes de l'État, selon une jurisprudence constante²². Les actes des personnes ou entités exerçant l'autorité gouvernementale sont même attribuables à l'État

¹⁵ UN General Assembly, *The Crime of Genocide*, 11 December 1946, A/RES/96, <https://www.refworld.org/docid/3b00f09753.html>.

¹⁶ ICJ Advisory Opinion, *Reservations to the Convention on the Prevention and Punishment of the Crime of Genocide*, May 28th, 1951, p. 12,

¹⁷ Ibid.

¹⁸ En vertu de l'article 31(3) de la CVDT, les termes du traité doivent être interprétés à la lumière (a) des accords ultérieurs et (b) de pratique ultérieurement suivie dans l'application du traité par laquelle est établi l'accord des parties à l'égard de l'interprétation du traité et « (c) de toute règle pertinente de droit international applicable dans les relations entre les parties ». CVDT, *supra* note 13, à l'article 31(2-3). En outre, l'article 31(4), prévoit qu' : « Un terme sera entendu dans un sens particulier s'il est établi que telle était l'intention des parties ». En vertu de l'article 32, des moyens complémentaires d'interprétation, y compris les « travaux préparatoires du traité », peuvent être utilisés pour confirmer le sens des termes d'un traité ou de ses dispositions ou pour « déterminer le sens lorsque l'interprétation donnée conformément à l'article 31 [soit]: « a) Laisse le sens ambigu ou obscur; ou b) Conduit à un résultat qui est manifestement absurde ou déraisonnable ».

¹⁹ La CDI a été créée par l'Assemblée générale des Nations Unies (AGNU) en 1947 pour s'acquitter du mandat que lui confère l'article 13(1)(a) de la Charte des Nations Unies de « développer la coopération internationale dans le domaine politique et encourager le développement progressif du droit international et sa codification »; en conséquence, ses vues, telles qu'adoptées par l'AGNU, font autorité. Voir également *Bosnia v. Serbia*, para. 149, 401.

²⁰ Responsabilité de l'État pour fait internationalement illicite, 2001, article 4, *Comportement des organes de l'État*, affirme que « 1. Le comportement de tout organe de l'État est considéré comme un fait de l'État d'après le droit international, que cet organe exerce des fonctions législative, exécutive, judiciaire ou autres, quelle que soit la position qu'il occupe dans l'organisation de l'État, et quelle que soit sa nature en tant qu'organe du gouvernement central ou d'une collectivité territoriale de l'État. 2. Un organe comprend toute personne ou entité qui a ce statut d'après le droit interne de l'État ». https://legal.un.org/ilc/texts/instruments/french/commentaries/9_6_2001.pdf; voir aussi *Bosnia*, para. 392 et *Nicaragua*, para. 109.

²¹ Ibid. Article 5, *Comportement d'une personne ou d'une entité exerçant des prérogatives de puissance publique*, affirme que : « Le comportement d'une personne ou entité qui n'est pas un organe de l'État au titre de l'article 4, mais qui est habilitée par le droit de cet État à exercer des prérogatives de puissance publique, pour autant que, en l'espèce, cette personne ou entité agisse en cette qualité, est considéré comme un fait de l'État d'après le droit international ».

²² Ibid. Article 8, *Comportement sous la direction ou le contrôle de l'État*, affirme que : « Le comportement d'une personne ou d'un groupe de personnes est considéré comme un fait de l'État d'après le droit international si cette personne ou ce groupe de personnes, en adoptant ce comportement, agit en fait sur les instructions ou les directives ou sous le contrôle de cet État ». Voir *Bosnia v Serbia*, paras. 396-407.

lorsqu'ils excèdent leur autorité ou leurs instructions²³. Le comportement des forces armées et des fonctionnaires russes, en tant qu'organes de l'État²⁴, et des personnes ou entités agissant sous leur contrôle effectif, y compris les opérateurs de médias appartenant à l'État et les fonctionnaires ou entités contrôlés par le gouvernement russe au sein des “républiques” autoproclamées, est attribuable à la Russie²⁵. Le présent rapport examine si les personnes ou entités qui ont incité à commettre le génocide en vertu de l'article III (c) ou le génocide en vertu de l'article II sont attribuables à la Russie²⁶.

Bref rappel historique

En décembre 1991, l'Ukraine a obtenu son indépendance totale (92 % des Ukrainiens ont voté pour), suivi de la reconnaissance internationale en tant qu'État souverain, bien qu'une identité nationale ukrainienne unique ait longtemps précédé l'indépendance officielle. En juin 1996, le parlement ukrainien a ratifié une nouvelle constitution, reconnaissant l'ukrainien comme la langue de l'État, parmi de nombreux autres indices de la nation. En avril 2021, la Russie a envoyé plus de cent mille soldats dans les zones frontalières ukrainiennes – la plus forte mobilisation depuis 2014. Le 21 février 2022, le Kremlin a officiellement reconnu les régions de Louhansk et de Donetsk comme des républiques indépendantes. Le 23 février 2022, le Président russe Vladimir Poutine a ordonné aux forces russes d'envahir l'Ukraine, ce qu'elles ont fait le lendemain²⁷.

Le groupe national protégé

La jurisprudence a défini un groupe protégé par ses caractéristiques positives, c'est-à-dire le groupe “comme tel”²⁸, et un groupe national spécifiquement comme « un ensemble de personnes considérées comme partageant un lien juridique basé sur une citoyenneté commune, jointe à une réciprocité de droits et de devoirs »²⁹. Le peuple ukrainien partage une nationalité et une citoyenneté internationalement reconnues ainsi qu'une identité commune. En fait, selon des études récentes, la grande majorité des Ukrainiens s'identifient comme Ukrainiens, y compris ceux qui parlent russe et vivent dans des régions majoritairement russophones³⁰. La Russie elle-même a toujours reconnu une identité nationale ukrainienne distincte dans ses relations internationales et bilatérales. En fait, dans un accord avec l'Ukraine, la Russie reconnaît explicitement l'existence d'une minorité nationale ukrainienne en Russie et d'une minorité nationale russe en Ukraine, et donc d'une majorité ukrainienne, comme suit :

« Les parties garantissent le développement libre et égalitaire de la minorité nationale russe [rossienne] en Ukraine et de la minorité nationale ukrainienne dans la Fédération de Russie.

²³ *Ibid.* Article 7 affirme que « Le comportement d'un organe de l'État ou d'une personne ou entité habilitée à l'exercice de prérogatives de puissance publique est considéré comme un fait de l'État d'après le droit international si cet organe, cette personne ou cette entité agit en cette qualité, même s'il outrepassé sa compétence ou contrevient à ses instructions ».

²⁴ Voir la règle 149 de l'étude du CICR sur le droit international humanitaire coutumier, https://ihl-databases.icrc.org/customary-ihl/eng/docs/v1_rul_rule149#Fn_EC46E6AE_00001.

²⁵ L'OSCE a noté que la Russie est responsable de la conduite d'« officials instated and/or controlled by the government of the Russian Federation within the self-proclaimed 'republics' of Luhansk and Donetsk ». Voir OSCE à la p. 89.

²⁶ Pour une analyse similaire, voir *Bosnia v. Serbia*, paras. 384-415.

²⁷ <https://www.pbs.org/newshour/world/a-historical-timeline-of-post-independence-ukraine>

²⁸ *Bosnia 2007 Judgment*, paras. 193-195.

²⁹ ICTR, *The Prosecutor v. Akayesu*, Case No. ICTR-96-4-T. Judgment (2 September 1998), para. 512.

³⁰ <https://www.washingtonpost.com/politics/2022/03/07/ukraine-russian-speakers/>

Les Parties créeront des conditions favorables en vue de préserver leur originalité nationale, leur culture, leur langue, la satisfaction de leurs besoins spirituels et religieux »³¹.

Les Ukrainiens sont définis comme un groupe national au niveau national et international, et constituent donc un groupe protégé par la Convention sur le génocide. En outre, les Ukrainiens ont été reconnus comme tels à plusieurs reprises par la Russie elle-même dans le cadre de ses relations officielles avec l'Ukraine.

I. L'incitation directe et publique à commettre un génocide

Dans cette section, nous allons : (1) exposer les éléments juridiques et empiriques de « l'incitation directe et publique à commettre un génocide » ; et (2) appliquer ces facteurs à la situation actuelle en analysant la propagande de l'État ou sous contrôle russe, qui a précédé l'invasion de l'Ukraine.

Le droit applicable

La Convention sur le génocide prévoit l'acte distinct, punissable ou internationalement illicite, de « l'incitation directe et publique à commettre le génocide » en vertu de l'article III (c). Bien que la CIJ n'ait pas encore examiné la question de la responsabilité des États pour la violation de l'article III (c), le droit pénal international et les ouvrages savants sur les trajectoires historiques bien documentées du génocide, fournissent des indications pour déterminer la responsabilité de l'État. Selon la jurisprudence internationale pénale, l'incitation directe et publique à commettre un génocide est un crime en soi en vertu de la Convention sur le génocide, que le génocide ou les actes génocidaires s'ensuivent ou non (par opposition à l'instigation)³². La constatation de l'incitation dépend plutôt du « *potentiel* de cette communication à causer un génocide »³³. Dans le contexte de la criminalité individuelle, les quatre éléments du crime sont les suivants : (1) public, (2) direct, (3) incitation (encouragement ou provocation à commettre un génocide), et (4) l'intention de détruire, en tout ou en partie, le groupe protégé, comme tel³⁴. Cette section appliquera les trois premiers éléments, la section suivante examinant la question de l'attribution de l'intention génocidaire à l'État sur la base soit d'une déclaration officielle d'un plan général, soit d'une inférence d'intention à partir d'un schéma d'atrocités.

L'élément public considère si l'incitation est dirigée vers le grand public, y compris par le biais des médias³⁵. L'élément direct considère si le public a immédiatement compris l'implication du message, qui est principalement déterminé par sa signification dans le contexte, y compris l'environnement à ce moment-là et les nuances culturelles³⁶. L'incitation n'a pas besoin d'être explicite pour être directe, notamment en cas de troubles graves, de guerre ou de « situation

³¹ Accord bilatéral entre le Gouvernement de la Fédération de Russie et le Gouvernement de l'Ukraine sur la collaboration dans les domaines de la culture, de la science et de l'éducation <https://docs.cntd.ru/document/902056509> ; La Russie a en outre reconnu une « société ukrainienne » devant le Conseil des droits de l'homme. Voir Liste thématique des recommandations de l'EPU à l'Ukraine (2ème cycle).

³² Akayesu, para. 562; Nahimana AC 678; SCC Mugesera case, para. 85.

³³ Nahimana, para. 1015.

³⁴ Akayesu, para. 556-560. Voir aussi, *Atrocity speech law : foundation, fragmentation, fruition*, Gordon, Gregory, p. 185, décrivant le contenu des éléments: (« (1) “direct” (whether the persons for whom the message was intended immediately grasped the implication thereof—from this one can deduce that the message can be implicit); (2) “public” (a call for criminal action to a number of individuals in a public place or to members of the general public via mass media); (3) incitement (illegal urging to commit genocide parsed by reference to purpose and context); and (4) mens rea (the intent to destroy, in whole or in part, a national, ethnic, racial, or religious group, as such) »).

³⁵ Akayesu, para. 556.

³⁶ Nahimana (Media Case) Appeal Judgment, paras. 698-701; ICTR Bikindi TC Judgment, para 387

explosive »³⁷. Les types d'incitation bien documentés, particulièrement pertinents dans cette situation, incluent la déshumanisation, l'accusation des victimes de comploter ou de commettre des atrocités (“accusation dans un miroir”), et l'approbation ou la célébration de la violence, entre autres³⁸. Parmi les autres caractéristiques de l'incitation figurent l'influence de l'orateur, la susceptibilité du public à commettre un génocide, le contexte historique et social des messages, la disponibilité d'autres sources d'information et le fait que le public ait été conditionné par la répétition de l'incitation³⁹.

La préparation du terrain pour l'incitation au génocide : Nier l'existence du groupe ukrainien

Alors même qu'ils ont signé des traités reconnaissant la nationalité ukrainienne au niveau international, les responsables russes et les commentateurs des médias d'État ont longtemps nié la légitimité d'une identité ukrainienne distincte du public russe. Dès avril 2016, Dmitri Medvedev, alors Premier ministre et actuel vice-Président du Conseil de sécurité russe, a nié l'existence d'un État ukrainien légitime⁴⁰. Le 26 février 2020, l'ancien assistant du Président Poutine, Vladislav Surkov, largement considéré comme l'architecte du Poutinisme et de la politique ukrainienne de la Russie⁴¹, a déclaré qu'« il n'y a pas d'Ukraine. Il y a une ukrainité. C'est-à-dire un trouble spécifique de l'esprit... il n'y a pas de nation »⁴².

De hauts responsables russes ont nié à plusieurs reprises l'existence de la langue, de la culture et de l'identité nationale ukrainiennes, laissant entendre au contraire que ceux qui s'identifient comme Ukrainiens menacent l'« unité » des Russes et des Ukrainiens⁴³. L'Institut russe d'études stratégiques (RISS), un groupe de réflexion du gouvernement russe qui informe la politique « dans le domaine de la sécurité nationale »⁴⁴, a une longue histoire de négation du droit à l'existence de l'Ukraine. En 2014, après la saisie des territoires de Crimée et du Donbass, le

³⁷ Nahimana, para. 1004; Bikindi TC Judgment, para. 387. Après la mort du Président Habaryimana, dans un contexte de tensions et de troubles accrus, l'intensité des émissions et des appels à la population pour qu'elle agisse contre les Tutsis a augmenté. Nahimana Trial Judgment, para. 481.

³⁸ *Atrocity speech law : foundation, fragmentation, fruition*, Gordon, Gregory, p. 284 (décrivant d'autres types d'incitation, dont, entre autres, « euphemisms and metaphors; justification during contemporaneous violence; condoning and congratulating past violence... and victim-sympathizer conflation ».)

³⁹ <https://dangerousspeech.org/wp-content/uploads/2020/08/Dangerous-Speech-A-Practical-Guide.pdf> 10-24. Voir aussi Benesch *Vile Crime or Inalienable Right: Defining Incitement to genocide*, 498; et UN Rabat Plan of Action, para. 29.

⁴⁰ <https://www.themoscowtimes.com/2016/04/05/russian-prime-minister-ukraine-has-no-industry-or-state-a52385>

⁴¹ Architect of “Putinism”: <https://www.theatlantic.com/international/archive/2014/11/hidden-author-putinism-russia-vladislav-surkov/382489/>, Ukraine policy: <https://blogs.lse.ac.uk/lseih/2020/07/01/there-is-no-ukraine-fact-checking-the-kremlins-version-of-ukrainian-history/>, <https://www.reuters.com/article/us-ukraine-crisis-russia-surkov-insight/ex-rebel-leaders-detail-role-played-by-putin-aide-in-east-ukraine-idUSKBN1870TJ>

⁴² <https://actualcomment.ru/surkov-mne-interesno-deystvovat-protiv-realnosti-2002260855.html>

⁴³ Le 8 octobre 2018, le vice-Président de la Douma d'État Pyotr Tolstoy a déclaré lors du premier épisode de son talk-show sur la télévision publique russe Channel One, “Tolstoy. Sunday,” que la langue ukrainienne était « artificielle » et « en grande partie non parlée en Ukraine », <https://www.1tv.ru/shows/tolstoy-voskresene/vypuski/tolstoy-voskresene-vypusk-ot-07-10-2018>. Dans un article publié en mars 2019 par le site médiatique d'État RT Russian, Vladimir Bortko, alors vice-Président de la commission de la culture de la Douma d'État russe, soutenait que les Ukrainiens... « parlent de leur propre langue, de leur propre culture... [et que] l'Ukraine veut se positionner comme une nation distincte. Ils essaient de mettre en évidence une sorte de différence, mais elle n'existe pas... ». L'article citait un professeur de langue insistant sur le fait que « La langue littéraire ukrainienne... est très artificielle ».

<https://russian.rt.com/ussr/article/607001-rossiya-belorussiya-proishozhdenie-ukraina-klimkin>. En janvier 2022, lors d'une session plénière du parlement russe, Anatoly Vasserman, membre de la Commission de la Douma d'État russe sur l'éducation, a affirmé que la langue ukrainienne n'existe pas et que « Les Ukrainiens sont une partie inaliénable du peuple russe ». <https://www.gazeta.ru/social/news/2022/01/25/17192923.shtml>. Il a décrit l'ukrainien comme un « dialecte » du russe, le comparant à l'argot criminel russe. <https://twitter.com/adagamov/status/1486054196373864452>

⁴⁴ <https://en.riss.ru/about-us/>

centre a publié un recueil d'essais intitulé « L'Ukraine est la Russie », qui était « dédié à l'unité du monde russe » et décrit l'«Ukrain-nité» comme « un occidentalisme régional sud-russe particulier »⁴⁵. En mars 2016, l'analyste de RISS Oleg Nemensky a affirmé que « la majorité du public ukrainien n'a rien à voir avec cette culture [ukrainienne] »⁴⁶. En février 2020, Poutine a répété la notion selon laquelle les peuples d'Ukraine et de Russie sont « un seul peuple », et a suggéré que l'Église orthodoxe d'Ukraine, qui s'était vu accorder l'autocéphalie en 2018, détruisait « l'unité de l'Église orthodoxe russe »⁴⁷.

En juillet 2021, Poutine a publié un essai intitulé « Sur l'unité historique des Russes et des Ukrainiens », dans lequel il réaffirme que les Ukrainiens et les Russes sont « un seul peuple, un seul tout »⁴⁸. Dans cet essai, Poutine affirme que « l'Ukraine moderne est entièrement le produit de l'ère soviétique » et que « la véritable souveraineté de l'Ukraine n'est possible qu'en partenariat avec la Russie »⁴⁹. Il suggère en outre que lorsque le gouvernement ukrainien rejette l'idée que les Russes et les Ukrainiens sont le même peuple, il cède aux néo-nazis et au nazisme⁵⁰.

Le 21 février 2022, trois jours avant le début de l'invasion à grande échelle, Poutine a prononcé un discours dans lequel il a insisté sur le fait que « l'Ukraine moderne a été entièrement créée par la Russie ou, pour être plus précis, par la Russie bolchevique et communiste » et que la Russie était « prête à montrer ce qu'une véritable décommunisation signifierait pour l'Ukraine »⁵¹. Dans son discours annonçant l'invasion de l'Ukraine, Poutine a exhorté les Ukrainiens à rejeter leurs élus afin de renforcer l'Ukraine et la Russie « de l'intérieur comme un tout unique, malgré l'existence de frontières étatiques »⁵². Le 5 avril 2022, le vice-Président du Conseil de sécurité, Dmitri Medvedev, a posté sur Telegram ce qui suit : « L'Ukrain-nité, qui est alimentée par le poison anti-russe et est consumée par le mensonge concernant sa propre identité, – tout cela est un grand faux. Ce phénomène n'a jamais existé dans l'histoire. Et il n'existe pas aujourd'hui »⁵³.

La propagande officielle russe niant l'existence d'un groupe national ukrainien désigne implicitement ceux qui se considèrent comme distinctement ukrainiens comme méritant d'être punis, soit en menaçant l'unité de la Russie, et donc coupables de trahison, ce que Poutine a déclaré être « le plus grave crime possible »⁵⁴, soit en se livrant au nazisme, comme le suggère l'essai de Poutine. Il convient de noter que la négation de l'existence de groupes protégés ou d'éléments de leur identité est un indicateur du risque spécifique de génocide selon le Cadre d'analyse des Nations Unies pour les crimes d'atrocité⁵⁵.

⁴⁵ <https://www.livelib.ru/book/1001469412-ukraina-eto-rossiya-mihail-smolin>

⁴⁶ <https://riss.ru/article/9462/>

⁴⁷ <https://putin.tass.ru/en/ob-ukraine/> Le chef de l'Église orthodoxe russe, le patriarche Kirill de Moscou, a en outre souligné que les Russes et les Ukrainiens « sont sortis des mêmes fonts baptismaux de Kiev, sont unis par la foi orthodoxe et liés par un destin historique commun ». <http://www.patriarchia.ru/db/text/5926180.html>

⁴⁸ <http://en.kremlin.ru/events/president/news/66181> (ajoutant que sa position n'est « pas motivée par des considérations à court terme ou par le contexte politique actuel ».)

⁴⁹ Ibid.

⁵⁰ Ibid.

⁵¹ <http://kremlin.ru/events/president/news/67828>

⁵² <http://en.kremlin.ru/events/president/news/67843>

⁵³ https://t.me/medvedev_telegram/34

⁵⁴ <https://www.nytimes.com/2022/04/17/world/europe/ukraine-war-russia-atrocities.html>

⁵⁵ Voir UN Framework Indicator 9.2.

Le prétexte à l'invasion : l'«accusation dans un miroir» et la construction d'une menace existentielle ukrainienne

L'expression «accusation dans un miroir» est l'une des caractéristiques les plus courantes et les plus puissantes de l'incitation, qui consiste à accuser le groupe ciblé de commettre les atrocités que l'accusateur lui-même a l'intention de lui infliger⁵⁶. En présentant un groupe cible comme une menace existentielle, la violence à son encontre apparaît comme défensive et nécessaire⁵⁷. Le prétexte officiel de la Russie pour son invasion ressemble à certaines des formes d'accusation récurrentes les plus extrêmes dans un miroir, notamment les déclarations des auteurs pendant l'Holocauste et avant le massacre de Srebrenica⁵⁸. Le 8 février 2022, lors d'un important renforcement des troupes russes, Poutine a répondu à l'hésitation de l'Ukraine à respecter les accords de paix de Minsk par la phrase lourde de sens « que tu le veuilles ou non, prends-le, ma beauté », en référence à une rime russe vulgaire sur le viol nécrophile, impliquant l'intention d'infliger une destruction similaire à l'Ukraine et une vision de l'Ukraine comme un cadavre⁵⁹. Le 15 février 2022, le Président Poutine a prononcé un discours dans lequel il a accusé l'Ukraine de génocide dans le Donbass⁶⁰, une allégation sans fondement qu'il répète depuis des années et qui a été reprise par de hauts responsables russes et les médias d'État. Le 17 février 2022, la Mission Permanente de la Russie auprès des Nations Unies a diffusé un document au Conseil de sécurité de l'ONU accusant l'Ukraine d'« exterminer la population civile » dans les zones contrôlées par les groupes séparatistes soutenus par la Russie⁶¹. Les médias d'État russes ont beaucoup parlé des Russes fuyant les persécutions du gouvernement ukrainien – une accusation répétée depuis longtemps qui a servi de prétexte à l'annexion de la Crimée par la Russie en 2014⁶². Le 21 février 2022, dans un autre discours national trois jours avant l'invasion, Poutine a répété les affirmations selon lesquelles l'Ukraine est une invention illégitime et que les Ukrainiens amassent des troupes, bombardent les zones tenues par les séparatistes soutenus par la Russie et torturent les Russes qui y sont détenus⁶³. Le 26 février, après le début de l'invasion, un essai publié sur une plateforme contrôlée par le Kremlin, et retiré par la suite, faisait l'éloge de Poutine pour avoir « décidé de ne pas laisser la *solution de la question ukrainienne aux générations futures* »⁶⁴.

La «dénazification» et la déshumanisation

Au cours de la période précédant l'invasion, les responsables russes ont invoqué à plusieurs reprises la terminologie «nazie» pour désigner les dirigeants ukrainiens, et la «dénazification» comme l'un des objectifs de l'invasion⁶⁵. Toutefois, cette rhétorique n'a cessé de prendre de l'ampleur, suggérant qu'un segment substantiel, voire la majorité de la population, était nazi, une terminologie utilisée pour présenter les Ukrainiens comme une menace existentielle pour les Russes. Le 31 mars 2022, le vice-Président de la Douma d'État, Pyotr Tolstoy, a écrit que la situation du nazisme en Ukraine « est encore pire que nous le pensions » et que « les jeunes Ukrainiens ont été transformés en

⁵⁶ Voir <https://dangerousspeech.org/wp-content/uploads/2020/08/Dangerous-Speech-A-Practical-Guide.pdf> 15-16.

⁵⁷ Id. 16.

⁵⁸ Id.

⁵⁹ Commentaire: <http://kremlin.ru/events/president/news/67735>, interprétation comme référence à la rime: <https://meduza.io/shapito/2022/02/09/terpi-moya-krasavitsa>

⁶⁰ <http://en.kremlin.ru/events/president/news/67774>

⁶¹ <https://www.theguardian.com/world/live/2022/feb/17/russia-ukraine-news-troops-border-latest-live-putin-biden-kyiv-russian-invasion-threat?page=with:block-620e7dc98f0866a40a9d7c6c#block-620e7dc98f0866a40a9d7c6c>

⁶² <https://www.nytimes.com/2022/02/19/world/europe/putin-ukraine-genocide.html>

⁶³ <https://www.nytimes.com/2022/02/23/world/europe/putin-speech-russia-ukraine.html>

⁶⁴ <https://web.archive.org/web/20220226051154/https://ria.ru/20220226/rossiya-1775162336.html>

⁶⁵ <https://www.nytimes.com/2022/03/17/world/europe/ukraine-putin-nazis.html>;

<https://www.washingtonpost.com/world/2022/02/24/putin-denazify-ukraine/>

jeunesses hitlériennes »⁶⁶. Le 26 mars 2022, Margarita Simonyan, rédactrice en chef du réseau d'information RT, et chef du groupe de médias gérant Sputnik et RIA Novosti, a offert des commentaires similaires lors d'une émission nationale, déclarant : « Je pensais aussi qu'ils n'étaient pas si nombreux... ce n'est pas possible que notre peuple, qui a combattu le nazisme avec nous, que soudainement tant d'entre eux soient devenus [nazis]. Mais hélas... »⁶⁷.

Alors que l'invasion se poursuit, les hauts fonctionnaires, et les commentateurs des médias d'État depeignent plus largement les Ukrainiens en termes déshumanisants pour justifier les atrocités. Le 17 mars 2022, Tolstoï est apparu sur Channel One et a affirmé que la Russie avait « perdu au moins une génération d'Ukrainiens. Les jeunes ont été zombifiés »⁶⁸. Le 26 mars 2022, l'influente propagandiste Margarita Simonyan a affirmé que « ce n'est pas par hasard que nous les appelons nazis... Ce qui fait de vous un nazi, c'est votre nature bestiale, votre haine bestiale et votre volonté bestiale d'arracher les yeux des enfants sur la base de leur nationalité », ajoutant qu'« une partie importante de l'Ukraine, du peuple ukrainien, s'est avérée être en proie à une frénésie nazie »⁶⁹.

De plus en plus, cette propagande est utilisée pour justifier des atrocités au-delà du champ de bataille. La population civile et les élites ukrainiennes sont décrites par les Russes comme leurs ennemis mortels, dont certains doivent être “liquidés”. Dans un éditorial de RIA Novosti du 3 avril intitulé « Ce que la Russie devrait faire avec l'Ukraine », l'auteur Timofey Sergeytsev fait référence aux Ukrainiens dans les termes suivants : « une partie considérable de la population – très probablement une majorité – a été soumise au régime nazi et entraînée dans son programme... » qui est « une plus grande menace... que le nazisme allemand du style d'Hitler » ; une « partie importante des masses... sont des nazis passifs et des complices » ; « une grande partie de la population nazifiée » et « une société nazie ». En outre, il affirme que les élites ukrainiennes « doivent être liquidées car la rééducation est impossible » ; « la dénazification inclura inévitablement la déukrainisation » ; et « l'ukrainisme est... un élément subordonné d'une civilisation différente et étrangère »⁷⁰. Dans son message télégraphique du 5 avril, Medvedev utilise une rhétorique fictive, bien que vivante et détaillée, ce qui tend à la rendre plus crédible, pour justifier la violence contre une génération entière d'Ukrainiens qu'il décrit comme des nazis :

Depuis 30 ans, un segment passionné d'Ukrainiens prie pour le Troisième Reich. Littéralement. Le symbolisme nazi qui provoque le dégoût peut être trouvé sur des photos de pratiquement toutes les unités militaires d'Ukraine prises par notre armée – il y a des bannières, de la littérature, des affiches. Même des tasses avec des croix gammées ! ... *Il n'est pas étonnant que, s'étant transformée en Troisième Reich, et ayant inscrit dans ses manuels d'histoire les noms de traîtres et de sbires nazis, l'Ukraine subisse le même sort. Ce genre d'Ukraine n'a que ce qu'il mérite !... Ces tâches difficiles ne peuvent être accomplies instantanément. Et elles ne se décideront pas seulement sur les champs de bataille*⁷¹. [C'est nous qui soulignons]

⁶⁶ https://t.me/petr_tolstoy/1300

⁶⁷ <https://www.ntv.ru/peredacha/SvoyaPravda/m78960/o693638/video/>, clip: <https://twitter.com/ntvru/status/1507605586447327234>

⁶⁸ https://t.me/petr_tolstoy/1286

⁶⁹ <https://www.ntv.ru/peredacha/SvoyaPravda/m78960/o693638/video/>, clip: <https://twitter.com/ntvru/status/1507605586447327234>

⁷⁰ <https://ria.ru/20220403/ukraina-1781469605.html>; « Les élites bandéristes doivent être éliminées ; leur rééducation est impossible. Le “bog” social, qui les a soutenus activement et passivement par son action et son inaction, doit passer par les épreuves de la guerre et intérioriser l'expérience vécue comme ... le rachat de sa culpabilité ».

⁷¹ https://t.me/medvedev_telegram/34

Le 8 avril 2022, l'animateur du talk-show phare de Rossia-1, Vladimir Solovyov, a déclaré qu'« il n'y aura pas d'Ukraine après [Zelenskyy] »⁷². Solovyov a été un fervent partisan de l'invasion et s'est régulièrement engagé dans une rhétorique extrême. Le 29 mars, il a déclaré dans son talk-show qu'il existait un « consensus patriotique » en Russie selon lequel il fallait « en finir » avec la « racaille nazie ». Le 21 avril, Solovyov a partagé sur Telegram un extrait d'une interview avec un journaliste des médias d'État russes affirmant que « les jeunes là-bas [en Ukraine] ont été zombifiés ». Le 21 mai 2022, Solovyov a partagé (puis supprimé) une publication Telegram de la chaîne Telegram russe populaire « Kremlin laundress », affirmant que « l'Ukraine est une tumeur nazie », similaire à un « cancer du cerveau », et que les Russes « libèrent une partie de la Russie »⁷³.

Le 5 mai 2022, la politologue russe et professeur à l'université MGIMO Elena Ponomareva a soutenu sur Rossia-1 que « l'Ukraine est un endroit où cette renaissance [d'un projet nazi mondial] commence... comme l'antisémitisme contre les Russes, contre tout ce qui est lié à la Russie »⁷⁴. Cette définition reflète le vague mouvement nazi perçu comme anti-russe par le Kremlin. Le 8 mai 2022, un jour avant le Jour de la Victoire, connu comme la fête nationale la plus importante et la plus largement célébrée en Russie, marquant la victoire soviétique sur l'Allemagne nazie lors de la Seconde Guerre mondiale, également connue en Russie sous le nom de « Grande Guerre de la Patrie »⁷⁵, Poutine a envoyé un télégramme aux séparatistes soutenus par la Russie dans l'est de l'Ukraine, affirmant que les Russes « se battaient côte à côte pour libérer leur terre natale de la saleté nazie » et jurant que « la victoire sera la nôtre, comme en 1945 »⁷⁶.

Les autorités religieuses ont renforcé le récit louant l'invasion avec des sous-entendus et une signification spirituelle. Le 13 mars, le chef de l'Église orthodoxe russe, le patriarche Kirill de Moscou, a fait don d'une icône orthodoxe au général et directeur de la Garde nationale russe Viktor Zolotov afin d'« inspirer les jeunes soldats » qui sont « sur la voie de la défense de la patrie »⁷⁷. Le général Zolotov a accepté l'icône, affirmant qu'elle « protégerait l'armée russe et accélérerait notre victoire » sur les « nazis »⁷⁸. Le 15 mars 2022, Aleksandr Shchipkov, premier vice-président du département synodal de l'Église orthodoxe russe du Patriarcat de Moscou pour les relations avec la société et les médias, a pris la parole lors d'une conférence théologique, affirmant que l'Ukraine était le « plus brillant exemple » du « nazisme », et ajoutant :

Sa Sainteté le Patriarche Kirill maintient un lien étroit avec le peuple de Dieu... particulièrement visible pendant les jours d'épreuves. Cela inclut maintenant, alors que la Russie combat l'idéologie la plus inhumaine de l'histoire – le nazisme⁷⁹.

Dans le contexte culturel et national de l'histoire russe, ces références à la Seconde Guerre mondiale lient ouvertement l'invasion actuelle à la guerre existentielle de l'Union soviétique contre l'Allemagne nazie – amplifiant l'impact de la propagande sur son public en lui injectant un puissant élément d'identité russe, et imposant un devoir personnel aux soldats et aux conscrits potentiels⁸⁰. Cette incitation fait écho à d'autres catalyseurs du génocide récurrents dans l'histoire, notamment

⁷² <https://smotrim.ru/video/2399418>, clip: <https://twitter.com/francska1/status/1512348114254020609>

⁷³ Screenshot: <https://twitter.com/ABarbashin/status/1528399289554243586>, original post:

<https://t.me/kremlinprachka/19077>, lien mort du compte de Solovyov: <https://t.me/SolovievLive/108219>

⁷⁴ <https://smotrim.ru/video/2408041>, clip: <https://twitter.com/JuliaDavisNews/status/1522403876040855554>

⁷⁵ <https://news.cornell.edu/media-relations/tip-sheets/history-repeats-endlessly-ukraine-specter-wwii-looms>

⁷⁶ <http://kremlin.ru/events/president/news/68363>

⁷⁷ <https://web.archive.org/web/20220418063718/https://rosguard.gov.ru/News/Article/general-armii-viktor-zolotov-prinyal-iz-ruk-svyatejshego-patriarxa-moskovskogo-i-vseya-rusi-kirilla-ikonu-avgustovskoj-ikonny-bozhiej-materiy-dlya-gl>

⁷⁸ Ibid.

⁷⁹ <http://www.patriarchia.ru/db/text/5908596.html>

⁸⁰ <https://www.nytimes.com/2022/03/17/world/europe/ukraine-putin-nazis.html>

en justifiant la violence par la vertu et les biens futurs, ou par un devoir personnel et national de libérer et d'unir les Russes et les Ukrainiens⁸¹.

Les messages de propagande sont collectivement chargés de termes qui se sont avérés avoir incité à d'autres génocides⁸², décrivant les Ukrainiens ou l'ukrainité comme des sous-hommes (« zombifiés », « nature bestiale », « élément subordonné d'une civilisation différente et étrangère »), malades ou contaminés (« désordre de l'esprit », « alimenté par un poison anti-russe », « libérer leur patrie de la saleté nazie »), et comme l'incarnation du mal et une menace existentielle (« une plus grande menace que... le nazisme allemand », « un projet nazi mondial », « les jeunesses hitlériennes », etc.).

Le conditionnement du public russe à commettre et à tolérer des atrocités

Le Kremlin a nié à plusieurs reprises que ses forces aient commis des atrocités, les qualifiant de « fausses », permettant ainsi aux soldats de commettre et à l'opinion publique russe de tolérer de nouvelles atrocités⁸³. Le Kremlin a même célébré les soldats de la 64e brigade de fusiliers à moteur de la Garde séparée, soupçonnés de massacres à Boutcha. Le 18 avril, M. Poutine a décerné à la brigade un titre honorifique pour avoir « protégé la souveraineté de la Russie », saluant le « grand héroïsme et le courage de l'unité... un modèle dans l'accomplissement de son devoir militaire, sa bravoure, son dévouement et son professionnalisme »⁸⁴. Les soldats russes d'un âge militaire impressionnable sont encore endoctrinés par la lecture obligatoire de l'essai de Poutine sur « l'unité des Russes et des Ukrainiens » et par des « programmes télévisés d'information » quotidiens (autres que le dimanche)⁸⁵.

Tous ceux qui diffusent des messages de propagande encourageant la violence contre les Ukrainiens occupent des postes très influents, dont ceux de dirigeants politiques, de personnalités religieuses et de journalistes des médias d'État qui ont le quasi-monopole de la diffusion des informations dont dépend la population⁸⁶. Leurs incitations ont d'autant plus d'influence que des mesures de censure sans précédent ont été imposées récemment, en plus de l'environnement médiatique déjà restrictif. Au début de l'invasion, la Russie a adopté une loi prévoyant de nouvelles sanctions pénales pour la « diffusion d'informations délibérément fausses sur » les forces armées, qui punissent d'une peine pouvant aller jusqu'à 15 ans de prison ; elle a proposé une autre loi permettant d'interdire les médias étrangers⁸⁷ ; elle a bloqué les principaux organes de presse étrangers ainsi que Facebook et Instagram (plus tard, un tribunal de Moscou a confirmé l'interdiction, et les zones tenues par les séparatistes soutenus par la Russie ont bloqué l'accès à ces

⁸¹ Benesch, *Dangerous Speech* 84-86.

⁸² Voir Benesch and Maynard, *Dangerous Speech and Dangerous Ideology: An Integrated Model for Monitoring and Prevention*, p. 80.

⁸³ https://t.me/medvedev_telegram/34

⁸⁴ <http://www.kremlin.ru/events/president/letters/68234>; <https://www.cnn.com/2022/04/19/europe/russia-bucha-brigade-honorary-title-putin-intl/index.html>

⁸⁵ <https://www.nytimes.com/2022/04/17/world/europe/ukraine-war-russia-atrocities.html>

⁸⁶ Voir *Dangerous Speech*, aux pp 77-79. Rien n'indique que les propriétaires, animateurs ou rédacteurs des médias d'État aient pris leurs distances par rapport à la propagande incitative. En fait, la rédactrice en chef de RT News et chef du groupe de médias qui gère Sputnik et RIA Novosti, Margarita Simonyan, a elle-même explicitement suggéré qu'une « une partie importante de la nation ukrainienne s'est avérée être en proie à la frénésie nazie », qu'elle définit comme consistant en une « bestial nature ». Voir aussi Nahimana TJ, para. 1024.

⁸⁷ <http://ips.pravo.gov.ru:8080/default.aspx?pn=0001202203040007>; <https://www.reuters.com/business/media-telecom/russian-draft-law-paves-way-fast-retaliation-against-foreign-media-2022-04-05/>

plateformes)⁸⁸ ; et elle a restreint l'accès à Twitter⁸⁹. D'autres médias étrangers et sources d'information indépendantes ont pareillement fermé leurs portes sous la pression⁹⁰. En contrôlant le paysage médiatique, l'État alimente plus directement sa propagande d'incitation des soldats par le biais des seules sources d'information restantes, notamment les plateformes en ligne, telles que les populaires Telegram ou VK. Le contrôle accru de l'État sur les médias permet également au Kremlin d'endoctriner le grand public pour qu'il tolère, voire soutienne, l'invasion et ses atrocités sans résistance intérieure populaire.

En fait, certains éléments indiquent que les soldats russes sont encouragés par des utilisateurs de médias sociaux ou des proches en Russie à perpétrer des atrocités, en raison de la propagande vicieuse décrivant les Ukrainiens, y compris les civils, comme étant des nazis. Selon une analyse des réactions des utilisateurs russes à la nouvelle de la tuerie de Boutcha sur les chaînes nationalistes Telegram, au moins la moitié de l'échantillon a exhorté l'armée russe à être plus violente, avec des commentaires comme « peine de mort pour tous les khokhols (un terme péjoratif pour les Ukrainiens), il n'y a pas de place pour eux dans ce monde, il est temps de détruire cette putain de race » et « nous devons tuer ces enculés »⁹¹. Dans un enregistrement d'une conversation téléphonique publiée, il est dit à un soldat russe de « tirer sur les enfoirés... tant que ce n'est pas vous. Qu'ils aillent se faire foutre. Putain de drogués et de nazis »⁹².

De nombreux éléments de preuve démontrent que les soldats russes ont intériorisé la propagande d'État et ont exprimé des intentions génocidaires ou commis des atrocités en réponse à cette propagande, bien qu'un lien de causalité ne soit pas nécessaire pour conclure à une incitation. Une Ukrainienne qui a réussi à fuir Marioupol a raconté au New York Times que lorsqu'elle a demandé à un soldat russe à un poste de contrôle de la diriger vers l'Ukraine, il lui a répondu : « Nous allons exterminer tout le monde là-bas, allez en Russie »⁹³. Selon le responsable d'une ligne d'assistance téléphonique pour les victimes soutenue par l'UNICEF, des soldats ont explicitement menacé de violer « toutes les putes nazies »⁹⁴. Selon des témoins à Boutcha, les forces russes ont fait du porte-à-porte, prétendant qu'elles « chassaient les nazis », et ont rassemblé des hommes en âge de servir dans l'armée⁹⁵. À une occasion, une foule a été rassemblée sur une place pour regarder cinq hommes agenouillés, la tête couverte. Après l'exécution de l'un d'entre eux d'une balle dans la nuque, un commandant a déclaré à la foule : « ... c'est de la saleté. Nous sommes ici pour vous nettoyer de cette saleté »⁹⁶. Un résident de l'Hostomel se souvient qu'un officier supérieur russe a dit à une fillette de huit ans « nous allons vous libérer des nazis »⁹⁷.

⁸⁸ <https://www.reuters.com/legal/transactional/russian-backed-separatist-region-east-ukraine-blocks-facebook-instagram-2022-05-11/>

⁸⁹ <https://www.nytimes.com/2022/03/04/world/europe/russia-censorship-media-crackdown.html>;
<https://www.cbc.ca/news/world/russia-laws-ukraine-invasion-war-critics-1.6382168>;

<https://www.theguardian.com/world/2022/mar/04/russia-completely-blocks-access-to-facebook-and-twitter>;

<https://www.reuters.com/technology/twitter-says-its-site-is-being-restricted-russia-2022-02-26/>.

⁹⁰ <https://apnews.com/article/russia-ukraine-technology-business-moscow-facebook-456db70cbe8e9bb639fca9fe2d793b10>; <https://www.bloomberg.com/news/articles/2022-05-10/putin-s-crackdown-pushes-independent-russian-media-into-crypto>

⁹¹ “We’ve Got to Kill Them”: Responses to Bucha on Russian Social Media Groups, pp 2-5.

⁹² <https://www.theatlantic.com/magazine/archive/2022/06/ukraine-mass-murder-hate-speech-soviet/629629/>

⁹³ <https://www.nytimes.com/2022/05/18/podcasts/the-daily/the-battle-for-azovstal-a-soldiers-story.html> à 15:56-16:52.

⁹⁴ ⁹⁴ <https://www.cnn.com/2022/04/22/europe/ukraine-sexual-violence-allegations-russia-cmd-intl/index.html>

⁹⁵ <https://www.hrw.org/news/2022/04/21/ukraine-russian-forces-trail-death-bucha>;

<https://www.reuters.com/investigates/special-report/ukraine-crisis-bucha-killings-soldiers/>;

<https://apnews.com/article/russia-ukraine-zelenskyy-kyiv-europe-evacuations-665fd06b92852547d7b27627b99509a6>;
Amnesty He’s Not Coming Back, p. 7.

⁹⁶ <https://www.hrw.org/news/2022/04/03/ukraine-apparent-war-crimes-russia-controlled-areas>

⁹⁷ <https://www.nytimes.com/2022/03/20/world/europe/russian-soldiers-video-kyiv-invasion.html>

En vertu du cadre juridique de la responsabilité de l'État, il existe des motifs raisonnables de conclure que la campagne de propagande croissante de la Russie équivaut cumulativement à une incitation directe et publique à commettre un génocide contre les Ukrainiens en tant que groupe, en partie. Le lien de causalité direct entre cette incitation autorisée par l'État et les atrocités ne fait qu'augmenter à mesure que l'invasion se poursuit. Le comportement des personnalités qui diffusent les messages d'incitation est imputable à l'État, car il s'agit dans tous les cas d'organes de l'État *de jure* ou *de facto*, dont notamment le chef de l'État, les principaux membres de la Douma et les chefs des services de sécurité, ou de médias d'État appartenant au Kremlin ou placés sous son contrôle effectif. En tant que tel, il existe des motifs raisonnables de conclure que la Russie porte la responsabilité de l'État pour la violation de l'article III (c) de la Convention sur le génocide.

II. La preuve de l'intention génocidaire

La section suivante décrit 1) le droit applicable sur la manière dont l'intention génocidaire peut être démontrée par un plan général ou concerté ou déduite d'une série de campagnes destructrices visant le groupe national ukrainien et 2) expose les preuves qui peuvent établir l'intention génocidaire.

Le droit applicable

Ce qui distingue le génocide en tant que crime international unique est l'« intention » de détruire un groupe protégé en tout ou en partie⁹⁸. Les tribunaux internationaux reconnaissent qu'en l'absence d'aveux, une enquête sur la pensée des auteurs des crimes est un exercice futile, voire impossible⁹⁹. De ce fait, les tribunaux s'intéressent plutôt à d'autres manifestations de l'intention, notamment un « plan général » ou un schéma systématique d'atrocités dirigées contre un groupe spécifique, à partir desquels ils peuvent déduire une intention spécifique¹⁰⁰, ou « d'actions qui ont eu une séquence logique et cohérente »¹⁰¹. Un plan général peut être prouvé, entre autres, par des déclarations officielles, des directives, une politique et « les similitudes dans les modes d'exécution »¹⁰².

La jurisprudence et la pratique internationales ont également examiné les actes génocidaires spécifiques de l'article II comme éclairant la question de l'intention génocidaire où, comme l'a

⁹⁸ Voir GJC p. 10.

⁹⁹ ICTY, *Prosecutor v. Jelisic Appeals Judgment; ICTR Akayesu Trial Judgment*, para. 523.

¹⁰⁰ Bosnia, para. 373.

¹⁰¹ “Guatemala: Memory of Silence,” *Commission for Historical Clarification*, February 1999, para. 120, décrivant les actes de génocide comme “obeying a higher, strategically planned policy.” Voir aussi para. 111, “Considering the series of criminal acts and human rights violations which occurred in the regions and periods indicated and which were analysed for the purpose of determining whether they constituted the crime of genocide, the CEH concludes that the reiteration of destructive acts, directed systematically against groups of the Mayan population, within which can be mentioned the elimination of leaders and criminal acts against minors who could not possibly have been military targets, demonstrates that the only common denominator for all the victims was the fact that they belonged to a specific ethnic group and makes it evident that these acts were committed ‘with intent to destroy, in whole or in part’ these groups.” Les plaidoiries de la Bosnie-Herzégovine décrivent utilement la déduction de l'intention de l'État : « ce dessein opérationnel de destruction du groupe... est aisément décelable par induction au travers de l'analyse de l'ensemble des conduites criminelles axées contre ce groupe ». ICJ, *Bosnia v. Serbia*, Oral pleadings, 20 April 2006, CR/2006/34, para. 33. Voir aussi Bosnia Judgment 371. La notion d'« intention » de l'État peut être comprise conceptuellement comme l'attribution d'une « faute » à l'État. Beatrice I. Bonafè, *The Relationship Between State and Individual Responsibility for International Crimes*, pp. 123-24.

¹⁰² *Prosecutor v Krstic (Judgment)* (International Criminal Tribunal for the former Yugoslavia, Trial Chamber, Case No IT-98-33-T, 2 August 2001) para. 572 (les preuves montrant la planification du génocide comprenaient « le nombre et la nature des forces engagées, l'utilisation par les unités d'un même langage codé pour échanger des informations sur les massacres, l'ampleur des exécutions et les similarités dans les modes d'exécution sont autant d'indices tendant à établir qu'il avait été décidé de tuer tous les hommes musulmans de Bosnie en âge de porter les armes »).

affirmé la CIJ, « la caractérisation des actes et leur articulation les uns par rapport aux autres peuvent contribuer à la déduction de l'intention »¹⁰³. Les actes visés à l'article II sont constitutifs du génocide et, par conséquent, peuvent indiquer une intention génocidaire lorsqu'ils sont considérés dans leur ensemble. Si le meurtre est la méthode la plus immédiate de destruction physique, le génocide peut être commis par « l'un quelconque » des autres actes énumérés, qui contribuent à une destruction plus progressive du groupe, en tout ou en partie, en particulier lorsqu'ils sont commis de manière systématique¹⁰⁴. Les sections suivantes doivent être considérées en particulier à la lumière de la jurisprudence sur le génocide commis avec l'intention de détruire le groupe « en partie ».

La CIJ a pris en considération trois facteurs tirés de la jurisprudence pour interpréter si la partie d'un groupe visée atteint le niveau du génocide fondé sur l'intention de détruire « en partie ». Le premier est de savoir si la partie ciblée est substantielle ou « suffisamment importante pour que sa disparition ait des effets sur le groupe tout entier »¹⁰⁵. Le second est le domaine de contrôle de l'auteur du crime : « il est largement admis qu'il peut être conclu au génocide lorsque l'intention est de détruire le groupe au sein d'une zone géographique précise... [et donc] la zone dans laquelle l'auteur du crime exerce son activité et son contrôle doit être prise en considération... [ou] les possibilités s'offrant »¹⁰⁶. Le troisième est le critère « qualitatif », ou la « place au sein du groupe tout entier »¹⁰⁷ de la partie visée, notamment les dirigeants du groupe, ou les individus emblématiques du groupe ou essentiels à sa survie¹⁰⁸.

Le plan général

Les déclarations officielles ou officiellement approuvées par la Russie citées dans la section précédente sur l'incitation et prises dans leur ensemble peuvent indiquer un « plan général » visant à détruire en partie le groupe national ukrainien, démontrant ainsi une intention génocidaire. Les plus hauts responsables et les médias d'État russes ont nié l'existence d'une nation ukrainienne, exprimé un vague objectif de « dénazification » de l'Ukraine et qualifié un important segment non défini de la population (ou « eux ») de nazis ou de menaces mortelles, faisant de ce groupe une cible légitime de destruction. Tolstoï et Medvedev, vice-Présidents de la Douma et du Conseil de sécurité, ont tous deux dépeint toute une génération d'Ukrainiens comme des nazis (« les jeunes Ukrainiens ont été transformés en Jeunesses hitlériennes » et « Au cours des 30 dernières années, un segment passionné d'Ukrainiens a prié pour le Troisième Reich. Littéralement »). Le message posté dans un télégramme le 5 avril par Medvedev, bien après le début de l'invasion, est peut-être la déclaration la plus révélatrice d'un plan génocidaire à long terme par un haut fonctionnaire occupant une position d'autorité particulière sur l'établissement de la sécurité : « Il n'est pas

¹⁰³ *Croatia v. Serbia*, para. 130.

¹⁰⁴ Pour une discussion plus approfondie sur le spectre de la violence génocidaire non meurtrière trop souvent négligée dans les décisions des procureurs, voir *Global Justice Center, Beyond Killing: Gender, Genocide, and Obligations Under International Law*, Dec. 2018, disponible à <https://globaljusticecenter.net/files/Gender-and-Genocide-Whitepaper-FINAL.pdf>.

¹⁰⁵ *Bosnia v. Serbia*, para. 198.

¹⁰⁶ *Id.* para. 199.

¹⁰⁷ *Prosecutor v. Krstic*, Case No. ICTY-IT-98-33, Judgment, paras. 12 et 587 (« Si une portion donnée du groupe est représentative de l'ensemble du groupe, ou essentielle à sa survie, on peut en conclure qu'elle est substantielle au sens de l'article [II] du Statut »), et citant le rapport final de la Commission d'experts établie en vertu de la résolution 780 du Conseil de sécurité (1992) « que l'intention de détruire une partie spécifique d'un groupe tels que ses chefs politiques et administratifs, religieux, universitaires et intellectuels, ou industriels, « peut faire naître une forte présomption de génocide, quel que soit le nombre de ceux qui sont effectivement tués » ».

¹⁰⁸ *Bosnia 200; Prosecutor v. Zdravko Tolimir*, Appeals Judgment, 8 Apr. 2015, para. 263, https://www.icty.org/x/cases/tolimir/acjug/en/150408_judgement.pdf; voir aussi *Croatia v. Serbia*, Separate Opinion of Judge Bhandari, paras. 15-21.

étonnant qu'après s'être transformée en Troisième Reich et avoir inscrit dans ses manuels d'histoire les noms des traîtres et des sbires nazis, l'Ukraine subisse le même sort. Ce genre d'Ukraine n'a que ce qu'il mérite !... Ces tâches difficiles ne peuvent être accomplies instantanément. Et elles ne se décideront pas seulement sur les champs de bataille »¹⁰⁹. Les soldats russes ont également fait des déclarations rapportées qui peuvent indiquer l'existence d'un plan de haut niveau (« nous exterminerons tout le monde là-bas [en Ukraine], allez en Russie », ou « nous sommes ici pour vous nettoyer de la saleté » après une exécution sommaire publique à Boutcha). En outre, l'ampleur et « les similitudes dans les modes d'exécution »¹¹⁰ dans les zones « géographiquement limitées » occupées par les forces russes peuvent être considérées comme la preuve d'un plan général visant à détruire en partie la communauté ukrainienne, si l'on considère la « zone géographiquement limitée »¹¹¹.

La déduction de l'intention génocidaire à partir d'un schéma de destruction ciblant les Ukrainiens

Les forces russes ont perpétré un ensemble d'atrocités constantes et généralisées contre les civils ukrainiens, collectivement, au cours de l'invasion.

Les massacres terrestres/les meurtres collectifs

Les forces russes ont rassemblé des civils ukrainiens pour les soumettre à des exécutions sommaires massives dans les zones occupées de l'Ukraine, notamment dans les oblasts (provinces) de Kiev, Sumy et Chernihiv caractérisés par des méthodes de mise à mort communes¹¹². Dans ces régions, des enquêteurs et des analystes nationaux et internationaux ont constaté que les fosses communes s'agrandissent rapidement et que les cadavres de civils ukrainiens sont souvent retrouvés les mains liées, torturés et abattus à bout portant¹¹³. L'ampleur des meurtres ne sera cependant connue que lorsque les enquêteurs auront obtenu l'accès aux sites contrôlés par les forces russes.

Boutcha

Les massacres documentés commis à Boutcha peuvent indiquer un schéma dans les territoires occupés par les Russes. Après le retrait des forces russes, les enquêteurs nationaux et internationaux ont documenté des exécutions sommaires généralisées d'habitants tués à bout portant, les mains liées et marquées par la torture¹¹⁴. Les observateurs ont constamment signalé que des corps de civils étaient éparpillés dans la ville, dont notamment le corps d'une femme retrouvée dans une cave après avoir été violée et tuée d'une balle dans la tête, et cinq cadavres torturés, les mains liées et accroupis,

¹⁰⁹ https://t.me/medvedev_telegram/34

¹¹⁰ Krstic T Judgment, para. 572

¹¹¹ *Bosnia v. Serbia*, para. 199.

¹¹² https://truth-hounds.org/wp-content/uploads/2022/05/analytical-report_-6-20-april-2022-1.pdf (2);

<https://www.politico.com/news/2022/05/09/kyiv-ukraine-russia-war-horrors-00030992>

¹¹³ <https://www.washingtonpost.com/world/2022/04/24/mariupol-ukraine-last-days/?variant=15bc93f5a1ccbb65>;

<https://www.washingtonpost.com/world/2022/04/21/new-mass-grave-manhush-near-mariupol/>;

<https://www.theguardian.com/world/2022/apr/23/in-mariupol-putin-now-rules-a-wasteland-pitted-with-mass-graves>;

<https://www.hrw.org/news/2022/04/26/urgently-help-ukraine-civilians-flee-mariupol>;

<https://www.npr.org/sections/pictureshow/2022/04/22/1094234731/possible-mass-graves-near-mariupol-shown-in-satellite-images>

¹¹⁴ <https://apnews.com/article/russia-ukraine-zelenskyy-kyiv-europe-evacuations-665fd06b92852547d7b27627b99509a6>; <https://www.nytimes.com/interactive/2022/04/11/world/europe/bucha-terror.html?searchResultPosition=1>;

<https://www.nytimes.com/2022/04/04/world/europe/bucha-ukraine-bodies.html>;

<https://www.bbc.com/news/60981238>. Voir aussi Amnesty He's Not Coming Back.

dans la cave d'un camp d'été pour enfants qui servait de base aux soldats russes¹¹⁵. Les Nations Unies ont recensé des centaines d'exécutions illégales de civils à Boutcha, une ville qui comptait environ 35 000 habitants avant la guerre, et dans d'autres localités au nord de Kiev¹¹⁶. Selon le responsable du funérarium municipal de Boutcha, seuls deux des corps que son équipe a enterrés dans des fosses communes étaient des soldats ukrainiens¹¹⁷.

Selon un employé des pompes funèbres, qui a recueilli environ 200 corps à Boutcha :

Presque tous ont été tués d'une balle tirée à courte distance, soit dans la tête, soit dans un œil... [dont] environ 50 corps aux mains liées... [avec] des signes de torture. Leurs mains et leurs jambes étaient transpercées de balles. Certains de ces crânes ont été brisés avec des objets contondants¹¹⁸.

Un autre employé des pompes funèbres a confirmé que les habitants tués sommairement ont été retrouvés les mains liées et marquées par la torture¹¹⁹. Les forces d'occupation russes ont fait du porte-à-porte pour rassembler les hommes en âge de servir dans l'armée en vue d'exécutions sommaires publiques¹²⁰. Selon un témoin, les soldats russes ont procédé à des exécutions « simplement parce qu'ils avaient un tatouage de l'emblème national de l'Ukraine »¹²¹. Le 4 mars, des soldats russes ont forcé une quarantaine d'habitants à regarder cinq hommes se déshabiller et s'agenouiller avec des chemises sur la tête, puis ils ont tiré sur au moins un d'entre eux à l'arrière de la tête¹²². Un témoin a déclaré avoir vu une grande mare de sang le long des murs de ce qui semblait être un quartier général russe à proximité¹²³. Ces exécutions publiques constitueraient en outre des actes génocidaires au sens de l'article II (b) infligeant un préjudice grave à la fois aux Ukrainiens assassinés et à ceux qui ont été forcés d'assister à l'exécution ou à de mauvais traitements graves à un proche¹²⁴.

Outre les exécutions à bout portant, les enquêteurs ont également constaté que les forces russes tiraient régulièrement sur les habitants de Boutcha se trouvant à l'extérieur ou s'abritant à l'intérieur. Une enquête d'Amnesty International a révélé que les soldats russes lançaient des grenades dans les maisons et tiraient sur pratiquement tous les habitants se trouvant à l'extérieur¹²⁵. Un soldat a averti un habitant que : « nous avons reçu l'ordre de tirer sur [toute personne se trouvant dans la rue] »¹²⁶. Pendant ce temps, des engins explosifs activés par les victimes ont été placés sur les cadavres, une tactique qui maximise les tueries en ciblant les résidents qui ramassent les corps et entrave les enquêtes en détruisant les preuves¹²⁷.

¹¹⁵ <https://www.nytimes.com/interactive/2022/04/11/world/europe/bucha-terror.html?searchResultPosition=1>;

<https://www.france24.com/en/live-news/20220421-bucha-a-street-filled-with-bodies>;

<https://www.bbc.com/news/world-europe-61442387>

¹¹⁶ <https://www.ohchr.org/en/press-briefing-notes/2022/05/plight-civilians-ukraine>

¹¹⁷ <https://www.hrw.org/news/2022/04/21/ukraine-russian-forces-trail-death-bucha#>

¹¹⁸ <https://www.hrw.org/news/2022/04/21/ukraine-russian-forces-trail-death-bucha>

¹¹⁹ <https://www.hrw.org/news/2022/04/21/ukraine-russian-forces-trail-death-bucha>

¹²⁰ <https://www.reuters.com/investigates/special-report/ukraine-crisis-bucha-killings-soldiers/>

¹²¹ <https://www.bellingcat.com/news/2022/04/04/russias-bucha-facts-versus-the-evidence/>; <https://vot-tak.tv/novosti/03-04-2022-rasstrely-zhitelej-buchi/>

¹²² <https://www.hrw.org/news/2022/04/03/ukraine-apparent-war-crimes-russia-controlled-areas>

¹²³ <https://www.hrw.org/news/2022/04/03/ukraine-apparent-war-crimes-russia-controlled-areas>

¹²⁴ Kvočka et al. (IT-98-30/1), para. 149.

¹²⁵ Amnesty He's Not Coming Back, p. 7-9, 16.

¹²⁶ <https://www.nytimes.com/interactive/2022/04/11/world/europe/bucha-terror.html?searchResultPosition=1>

¹²⁷ <https://www.hrw.org/news/2022/04/21/ukraine-russian-forces-trail-death-bucha>

Les autres sites de massacres

D'autres régions sous occupation russe ont révélé des tactiques similaires de soldats terrorisant et exécutant sommairement des civils. Le 27 février, à Staryi Bykiv, les forces russes ont rassemblé au moins six hommes et les ont exécutés¹²⁸. Dans plusieurs villes ukrainiennes, des habitants ont signalé que les forces russes tiraient ouvertement sur des civils dans la rue¹²⁹. À Irpin, des soldats russes ont tiré sur des habitants qui marchaient dans la rue et ont écrasé des corps avec des chars¹³⁰. Le directeur adjoint de la morgue régionale de Tchernihiv a fait état d'un grand nombre de cadavres arrivés avec des balles tirées à l'arrière de la tête, à la manière d'une exécution, dont 20% avec les mains liées¹³¹. Selon un responsable régional, 100 civils sont morts sous l'occupation russe à Sumy, dont des corps retrouvés menottés avec des signes de torture et des balles dans la tête¹³². Les soldats russes se sont en outre rendus directement dans les maisons et les abris pour tuer des civils¹³³. Le 7 mars, à Vorzel, des soldats russes auraient pris d'assaut une cave, jeté une grenade fumigène à l'intérieur et tiré sur les civils qui tentaient de s'échapper¹³⁴. Selon le chef d'une unité de soldats volontaires dans le village voisin de Motyzhyn, un véhicule blindé russe a traversé une rue en tirant au hasard sur les maisons avec une mitrailleuse lourde¹³⁵. Bien que Marioupol soit sous contrôle russe et reste donc bloquée pour les enquêtes au sol, les analyses d'images satellites ont révélé l'expansion rapide et massive des cimetières et des fosses communes dans la région à partir du mois de mars¹³⁶.

Les attaques délibérées contre les abris, les voies d'évacuation et les couloirs humanitaires

Les forces russes ont systématiquement attaqué les lieux d'hébergement, les itinéraires d'évacuation, et les convois d'évacuation en train, en bateau, en voiture ou en bus, y compris ceux portant des tissus blancs et des panneaux indiquant « enfants »¹³⁷.

Le 16 mars, les forces russes ont lancé des frappes aériennes de précision (bombes guidées par laser) sur le théâtre dramatique régional situé sur une place au cœur de Marioupol¹³⁸, tuant près de 600 civils¹³⁹. Selon l'OSCE, il est « incontestable » que la « destruction du théâtre, qui était

¹²⁸ <https://www.hrw.org/news/2022/04/03/ukraine-apparent-war-crimes-russia-controlled-areas>

¹²⁹ Amnesty Hes not coming back, p. 26...

¹³⁰ https://truth-hounds.org/wp-content/uploads/2022/04/final_22-march-5-april-3_eng_proof.pdf;
<https://www.france24.com/en/europe/20220422-in-ruined-kyiv-suburb-residents-ask-what-have-we-done-to-putin-to-be-slaughtered-like-this>

¹³¹ <https://www.theglobeandmail.com/world/article-ukraine-russia-chernihiv-civilian-deaths/>

¹³² https://truth-hounds.org/wp-content/uploads/2022/05/analytical-report_-6-20-april-2022-1.pdf

¹³³ <https://www.amnesty.org/en/latest/news/2022/04/ukraine-russian-forces-extrajudicially-executing-civilians-in-apparent-war-crimes-new-testimony/>;

¹³⁴ <https://www.hrw.org/news/2022/04/03/ukraine-apparent-war-crimes-russia-controlled-areas>

¹³⁵ <https://www.nytimes.com/interactive/2022/04/11/world/europe/bucha-terror.html?searchResultPosition=1>

¹³⁶ <https://www.wsj.com/articles/mass-graves-in-ukraine-reveal-mounting-death-toll-11651829402>;
<https://www.washingtonpost.com/world/2022/04/24/mariupol-ukraine-last-days/?variant=15bc93f5a1ccbb65>;
<https://www.washingtonpost.com/world/2022/04/21/new-mass-grave-manhush-near-mariupol/>;
<https://www.theguardian.com/world/2022/apr/23/in-mariupol-putin-now-rules-a-wasteland-pitted-with-mass-graves>;
<https://www.hrw.org/news/2022/04/26/urgently-help-ukraine-civilians-flee-mariupol>;
<https://www.npr.org/sections/pictureshow/2022/04/22/1094234731/possible-mass-graves-near-mariupol-shown-in-satellite-images>

¹³⁷ <https://www.npr.org/2022/03/31/1089705434/ukraine-russia-war-mariupol-zaporizhzhia>

¹³⁸ Les autorités locales ont supprimé le mot « russe » du nom du théâtre en 2015 et ont ordonné que toutes les représentations soient données en ukrainien en juillet 2021. <https://apnews.com/article/Russia-ukraine-war-mariupol-theater-c321a196fbd568899841b506afcac7a1>

¹³⁹ Para. 26 https://www.ohchr.org/sites/default/files/2022-03/HRMMU_Update_2022-03-26_EN.pdf;
<https://www.reuters.com/world/europe/thousands-civilians-mariupol-may-have-died-past-month-un-tells-reuters-2022-03-29/>

clairement marqué comme abritant des enfants par des panneaux des deux côtés, et dans lequel de nombreux civils s'étaient réfugiés, était délibérée »¹⁴⁰. Au moment de la frappe aérienne, le théâtre était connu pour être le principal abri de la ville, le lieu de ravitaillement de la Croix-Rouge et d'informations relatives à l'évacuation, et les mots « enfants » étaient peints en lettres géantes sur le trottoir flanquant les entrées avant et arrière, clairement visibles du ciel et des satellites¹⁴¹. Le 17 mars, l'artillerie russe a frappé une école et un centre communautaire près de Kharkiv, tuant au moins 21 personnes, selon des responsables ukrainiens¹⁴². Le 7 mai, l'aviation russe a bombardé une école dans l'oblast de Louhansk, tuant une soixantaine de civils qui s'y abritaient¹⁴³.

Entre fin février et début mars, selon une enquête approfondie, les forces russes ont continuellement bombardé la seule voie d'évacuation restante pour les civils fuyant Motyzhyn¹⁴⁴. Du 24 mars 2022 au début avril, pendant le siège de Tchernihiv qui a duré 39 jours, les forces russes ont attaqué la seule voie d'accès restante de la ville vers les zones contrôlées par les Ukrainiens à l'époque¹⁴⁵. Au début mars, un représentant du CICR a déclaré qu'une route d'évacuation convenue depuis Marioupol avait été minée¹⁴⁶. Le 6 mars, les forces russes ont bombardé de manière persistante un carrefour principal sur la route de Kiev, visant des centaines de civils fuyant le nord, jusqu'à toutes les dix minutes, selon des témoins¹⁴⁷. À Irpin, ce jour-là, les forces russes ont bombardé un pont en ruine alors que les personnes évacuées fuyaient, tuant au moins quatre personnes, selon le New York Times (l'attaque a été vérifiée par des photos et des vidéos)¹⁴⁸. Le 8 avril, les forces russes ont bombardé une gare à Kramatorsk où environ 4 000 civils attendaient d'être évacués, tuant 57 personnes et entraînant une centaine d'hospitalisations¹⁴⁹.

Les forces russes ont également tiré sur d'autres convois d'évacuation, tuant des civils fuyant les violences dans les oblasts de Kiev, Kharkiv et Tchernihiv, y compris immédiatement après leur avoir accordé la permission de partir¹⁵⁰. Le 28 février, les forces russes ont ouvert le feu sur des véhicules civils dans les régions de Tchernihiv et de Kiev alors qu'aucune force ukrainienne ne se trouvait à proximité, tuant et blessant des passagers, dont la plupart des membres d'une famille évacuant l'Hostomel¹⁵¹. Le 12 mars, les forces russes ont tiré à l'arme lourde sur un convoi civil de 12 à 15 voitures fuyant Makariv après les avoir laissé passer, tuant un certain nombre de passagers, selon un survivant¹⁵². Le 15 mars, selon un témoin oculaire, les soldats russes ont tiré sur un convoi

¹⁴⁰ OSCE Report, p. 48.

¹⁴¹ <https://apnews.com/article/Russia-ukraine-war-mariupol-theater-c321a196fbd568899841b506afcac7a1>;
<https://www.bbc.com/news/world-europe-60835106>.

¹⁴² <https://www.cbsnews.com/news/russia-ukraine-war-merafa-mayor-kharkiv-21-killed-school-community-center-shelling/>

¹⁴³ <https://www.cnn.com/2022/05/08/europe/luhansk-school-bombing-ukraine-russia-intl/index.html>

¹⁴⁴ <https://www.youtube.com/watch?v=OUHU5UjnGtw>

¹⁴⁵ <https://www.hrw.org/news/2022/03/31/ukraine-civilians-besieged-chernihiv-need-access-essentials>;

<https://www.newyorker.com/news/dispatch/the-siege-of-chernihiv>

¹⁴⁶ https://www.bbc.com/news/live/world-europe-60635927?ns_mchannel=social&ns_source=twitter&ns_campaign=bbc_live&ns_linkname=6225c463980bea49f4b7b73c%26Evacuation%20route%20out%20of%20Mariupol%20was%20mined%2C%20Red%20Cross%20says%262022-03-07T08%3A47%3A05%2B00%3A00&ns_fee=0&pinned_post_locator=urn:asset:db771701-6dc4-4ec6-80c5-bf4be97ab054&pinned_post_asset_id=6225c463980bea49f4b7b73c&pinned_post_type=share

¹⁴⁷ <https://www.hrw.org/news/2022/03/08/ukraine-russian-assault-kills-fleeing-civilians>

¹⁴⁸ <https://www.washingtonpost.com/world/2022/03/06/russian-forces-shelling-irpin/>;

<https://www.washingtonpost.com/world/2022/03/06/russian-forces-shelling-irpin/>

¹⁴⁹ <https://www.cnn.com/2022/04/14/europe/ukraine-russia-atrocities-eyewitness-intl-cmd/index.html>; https://truth-hounds.org/wp-content/uploads/2022/05/analytical-report_-6-20-april-2022-1.pdf

¹⁵⁰ https://truth-hounds.org/wp-content/uploads/2022/05/analytical-report_-6-20-april-2022-1.pdf 6

¹⁵¹ <https://www.cnn.com/2022/05/13/europe/ukraine-russia-kharkiv-atrocities-intl/index.html>.

¹⁵² <https://www.hrw.org/news/2022/05/02/ukraine-russian-forces-fired-civilian-vehicles>

¹⁵² Amnesty hes not coming back, p. 17.

après l'avoir autorisé à quitter Havronshchyna, tuant des passagers¹⁵³. Le 12 avril, les forces russes ont tiré sur des convois évacuant des villes de l'Oblast de Kiev, tuant notamment cinq civils dans une voiture¹⁵⁴. Le 14 avril, les forces russes ont bombardé un bus civil dans l'Oblast de Kharkiv, tuant sept personnes et en blessant 27¹⁵⁵.

Ces attaques contre les abris et les voies d'évacuation détruisent les possibilités de refuge ou de fuite pour les civils ukrainiens, tout en les piégeant souvent dans des zones où les forces russes privent la population de produits de première nécessité, comme nous le verrons plus loin.

Le bombardement indiscriminé de zones résidentielles

En plus d'attaquer délibérément les zones de refuge des Ukrainiens, les forces russes ont fait un usage intensif d'armes à effet généralisé et indiscriminé, ou de bombes à sous-munitions¹⁵⁶, ciblant des zones densément peuplées dans au moins huit oblasts d'Ukraine, dont Tchernihiv, Dnipropetrovsk, Donetsk, Kharkiv, Kherson, Mykolaiv, Odesa et Sumy, tuant des centaines de civils¹⁵⁷. À Tchernihiv, des habitants ont rapporté que les forces russes ont utilisé à plusieurs reprises des armes à sous-munitions et ont pris pour cible une file de civils qui attendaient du pain, tuant au moins 12 personnes et en blessant des dizaines d'autres qui ont été emmenées dans un hôpital qui a été bombardé le lendemain par les forces russes¹⁵⁸. À Borodyanka, les 1er et 2 mars, les forces russes ont lancé une série soutenue d'importantes frappes aériennes qui ont touché huit immeubles résidentiels, où vivaient 600 familles, et tué au moins 40 résidents – alors que plusieurs s'y s'abritaient par peur d'être abattus à l'extérieur¹⁵⁹. Le 7 avril, selon le bureau du procureur ukrainien, 26 personnes ont été tuées à la suite de bombardements contre des immeubles résidentiels à Borodianka pendant l'occupation russe¹⁶⁰. Le 10 avril, les forces russes ont bombardé des zones résidentielles dans l'oblast de Kharkiv, tuant 10 civils¹⁶¹.

Le 3 mars, les forces russes ont largué 8 bombes aériennes non guidées (“muettes”) en succession rapprochée à Chernihiv près de magasins d'alimentation, d'hôpitaux et d'une école maternelle, tuant 47 civils, dont la plupart faisaient la queue pour du pain¹⁶². Le même jour, dans la ville d'Izium, les frappes russes ont tué au moins huit civils et endommagé considérablement l'hôpital central¹⁶³. Les habitants ne cessent de rapporter que les forces russes tirent ouvertement sur les civils et bombardent les bâtiments résidentiels, les écoles, les églises, les hôpitaux – ce qui semble

¹⁵³ <https://www.nbcnews.com/news/world/russia-ukraine-war-attack-civilian-convoy-havronshchyna-war-crime-rcna25628>

¹⁵⁴ https://truth-hounds.org/wp-content/uploads/2022/05/analytical-report_-6-20-april-2022-1.pdf

¹⁵⁵ https://truth-hounds.org/wp-content/uploads/2022/05/analytical-report_-6-20-april-2022-1.pdf 5

¹⁵⁶ Interdites par la Convention de 2010 sur les armes à sous-munitions, à laquelle 110 États sont parties.

¹⁵⁷ HRW Intense et Lasting Harm; https://www.ohchr.org/sites/default/files/2022-03/HRMMU_Update_2022-03-26_EN.pdf Paras. 9-11; <https://www.hrw.org/news/2022/03/18/ukraine-deadly-attacks-kill-injure-civilians-destroy-homes>; TH; <https://www.hrw.org/news/2022/03/24/interview-weapons-war-ukraine>

¹⁵⁸ <https://www.washingtonpost.com/world/2022/04/05/chernihiv-scene-death-destruction/>

¹⁵⁹ Amnesty hes not coming back, p. 21-26.

¹⁶⁰ https://truth-hounds.org/wp-content/uploads/2022/05/analytical-report_-6-20-april-2022-1.pdf 6

¹⁶¹ https://truth-hounds.org/wp-content/uploads/2022/05/analytical-report_-6-20-april-2022-1.pdf 6

¹⁶² <https://www.amnesty.org/en/latest/news/2022/03/ukraine-russian-dumb-bomb-air-strike-kills-civilians-in-chernihiv-new-investigation-and-testimony/>; <https://www.hrw.org/news/2022/03/10/ukraine-russian-air-dropped-bombs-hit-residential-area>; <https://globalnews.ca/news/8808055/chernihiv-ukraine-war-aftermath/>

¹⁶³ <https://www.amnesty.org/en/latest/news/2022/03/ukraine-beleaguered-town-of-izium-at-breaking-point-after-constant-attack-from-russian-forces-new-testimony/>

s'apparenter à une politique militaire¹⁶⁴. Selon l'UNICEF, des centaines d'écoles ont été touchées par des armes explosives¹⁶⁵.

Les sièges militaires russes : l'infliction délibérée et systématique de conditions mettant la vie en danger

Tout en bombardant sans relâche les Ukrainiens de l'intérieur et de l'extérieur, les forces russes ont simultanément et délibérément imposé des sièges brutaux aux villes, ce qui constitue des actes systématiques au sens de l'article II (c) de la Convention sur le génocide¹⁶⁶. Les actions coordonnées de l'armée russe visant à priver les résidents ukrainiens des produits de première nécessité et à les piéger dans ces conditions qui mettent leur vie en danger démontrent que les sièges sont calculés pour entraîner leur destruction physique¹⁶⁷. Selon l'UNICEF, au 15 avril, 1,4 million de personnes dans l'est de l'Ukraine touché par le conflit n'ont pas accès à l'eau potable et 4,6 millions de personnes supplémentaires n'ont pas un accès adéquat à l'eau¹⁶⁸.

La destruction d'infrastructures vitales

Dans les villes assiégées, les forces russes ont suivi un schéma similaire en frappant très tôt les sources d'eau, d'électricité et de communication, puis en ciblant les installations médicales, les entrepôts de céréales¹⁶⁹, et les centres de distribution d'aide, ce qui témoigne d'une stratégie et d'une politique militaires visant à infliger délibérément des conditions fatales aux habitants ukrainiens¹⁷⁰.

À Boutcha, le 4 mars, une semaine après leur arrivée, les forces russes ont frappé le château d'eau et l'usine à gaz, privant les habitants d'eau, de gaz, et de chauffage¹⁷¹. De même, en fin mars, moins d'une semaine après que les forces russes aient assiégé Tchernihiv, une ville qui comptait environ 300 000 habitants avant la guerre, la majeure partie de la ville a perdu presque tout accès à l'eau, à l'électricité, au chauffage et aux communications téléphoniques¹⁷². Les médecins légistes estiment qu'environ 700 personnes sont mortes pendant le siège de Tchernihiv qui a duré 39 jours, parmi lesquelles certaines présentaient des signes de torture, alors que le nombre de morts continue à augmenter¹⁷³. Lorsque les forces russes ont commencé à attaquer Izioum, qui comptait environ 45 000 habitants avant la guerre, la ville entière est rapidement devenue entièrement dépendante de la nourriture personnelle et de l'aide humanitaire, qui ne parvenait qu'à seulement quelques civils, principalement ceux des grands abris anti-bombes¹⁷⁴.

¹⁶⁴ <https://www.nytimes.com/2022/04/05/world/asia/ukraine-civilians-russia-borodyanka.html>;
<https://www.hrw.org/news/2022/03/18/ukraine-deadly-attacks-kill-injure-civilians-destroy-homes>;
<https://www.washingtonpost.com/world/2022/04/07/izyum-eastern-ukraine-razing-towns/>;
<https://www.nytimes.com/interactive/2022/03/23/world/europe/ukraine-civilian-attacks.html?searchResultPosition=39>
¹⁶⁵ <https://www.unicef.org/press-releases/children-ukraine-need-end-war-their-futures-hang-balance>
¹⁶⁶ <https://www.washingtonpost.com/world/2022/04/07/izyum-eastern-ukraine-razing-towns/>
¹⁶⁷ https://truth-hounds.org/wp-content/uploads/2022/04/final_22-march-5-april-3_eng_proof.pdf;
<https://www.reuters.com/world/russia-blocked-evacuation-part-ukrainian-town-regional-governor-2022-03-10/>;
<https://www.bbc.com/news/world-europe-60938429>
¹⁶⁸ <https://www.unicef.org/press-releases/14-million-people-without-running-water-across-war-affected-eastern-ukraine>
¹⁶⁹ <https://www.washingtonpost.com/world/2022/05/05/ukraine-grain-theft-russia-hunger-war/>
¹⁷⁰ Voir https://truth-hounds.org/wp-content/uploads/2022/05/analytical-report_-6-20-april-2022-1.pdf 10
¹⁷¹ <https://www.hrw.org/news/2022/03/30/devastation-and-loss-bucha-ukraine>.
¹⁷² <https://www.hrw.org/news/2022/03/31/ukraine-civilians-besieged-chernihiv-need-access-essentials>
¹⁷³ <https://globalnews.ca/news/8808055/chernihiv-ukraine-war-aftermath/>;
https://truth-hounds.org/wp-content/uploads/2022/05/analytical-report_-6-20-april-2022-1.pdf
¹⁷⁴ <https://www.amnesty.org/en/latest/news/2022/03/ukraine-beleaguered-town-of-izium-at-breaking-point-after-constant-attack-from-russian-forces-new-testimony/>

De même, au début de son siège de Marioupol, la ville portuaire dont la population était d'environ 450 000 habitants avant la guerre, vers le 2 mars, l'armée russe a bombardé successivement les sources d'électricité, d'eau, de gaz et de communication de la ville¹⁷⁵.

Il apparaît également que la Russie a lancé des cyberattaques contre des infrastructures ukrainiennes essentielles, notamment ses systèmes de communication et son réseau électrique, ce qui pourrait priver des millions d'Ukrainiens de l'électricité dont ils ont besoin pour survivre, et notamment de l'accès aux informations sur la guerre¹⁷⁶. Les forces russes ont également détruit des tours de télévision, alors que les habitants âgés comptent sur les émissions télévisées pour obtenir des informations d'urgence¹⁷⁷.

Les attaques contre les soins de santé

Au 25 mai, l'Organisation mondiale de la santé (OMS) a recensé 248 attaques contre le système de santé ukrainien¹⁷⁸. Les attaques constantes des forces russes contre les centres périnataux et les maternités sont particulièrement probantes de l'intention génocidaire. Ces attaques constituent quatre des cinq actes génocidaires visés aux articles II (a)-(d) tuant ou causant des blessures graves aux civils à l'intérieur ou affectés, en exacerbant les conditions de vie déjà imposées et en empêchant les femmes ukrainiennes d'accoucher en toute sécurité. Les attaques contre les soins de santé à Marioupol constituent un exemple frappant. Le 9 mars, les forces russes ont bombardé la maternité et l'hôpital pour enfants de Marioupol, clairement identifiables et opérationnels¹⁷⁹. Le 26 mars, au tout début du siège, sur les six hôpitaux, deux étaient déjà détruits et trois étaient endommagés, tandis que les autres établissements fonctionnaient avec un personnel limité et sans chauffage, sans fournitures adéquates, sans électricité ni eau¹⁸⁰. Pendant les sièges russes, les habitants ont dit qu'ils devaient faire bouillir de la neige pour avoir de l'eau ou puiser de l'eau dans des chaudières¹⁸¹.

La destruction et la saisie de produits de première nécessité, d'aide humanitaire et de céréales

Selon des responsables ukrainiens et des travailleurs agricoles, les forces russes ont détruit des entrepôts et des fermes ou saisi des exploitations agricoles, des machines et de vastes stocks de céréales dans le territoire occupé par la Russie, expropriant et transportant notamment des centaines de milliers de tonnes de céréales vers la Russie¹⁸². Les forces russes ont à plusieurs reprises bloqué ou saisi des fournitures et des travailleurs humanitaires ou des convois cherchant à évacuer des

¹⁷⁵ <https://news.un.org/en/story/2022/04/1116422>; <https://www.washingtonpost.com/world/2022/03/30/mariupol-siege-voices-ukraine-war/>

¹⁷⁶ <https://apnews.com/article/russia-ukraine-kyiv-technology-business-hacking-0147e33bc1846a3f8039f9c65a1b4b50>; <https://www.reuters.com/world/europe/russian-hackers-tried-sabotage-ukrainian-power-grid-officials-researchers-2022-04-12/>; <https://www.nytimes.com/2022/05/10/us/politics/russia-cyberattack-ukraine-war.html>

¹⁷⁷ <https://www.amnesty.org/en/latest/news/2022/04/ukraine-russias-cruel-siege-warfare-tactics-unlawfully-killing-civilians-new-testimony-and-investigation/>

¹⁷⁸ <https://extranet.who.int/ssa/LeftMenu/PublicReportList.aspx?start=2022-02-24&end=2022-05-26&countryList=229&typeList=0>

¹⁷⁹ OSCE 46-47; <https://www.cnn.com/interactive/2022/03/europe/mariupol-maternity-hospital-attack/index.html>; Para. 18 https://www.ohchr.org/sites/default/files/2022-03/HRMMU_Update_2022-03-26_EN.pdf

¹⁸⁰ Para. 25 https://www.ohchr.org/sites/default/files/2022-03/HRMMU_Update_2022-03-26_EN.pdf; <https://www.washingtonpost.com/world/2022/04/24/mariupol-ukraine-last-days/?variant=15bc93f5a1ccbb65>; <https://www.bbc.com/news/world-europe-61208404>

¹⁸¹ <https://www.amnesty.org/en/latest/news/2022/04/ukraine-russias-cruel-siege-warfare-tactics-unlawfully-killing-civilians-new-testimony-and-investigation/>

¹⁸² <https://www.washingtonpost.com/world/2022/05/05/ukraine-grain-theft-russia-hunger-war/>; <https://www.ft.com/content/d28cc77d-9de3-4988-bdba-cfab77268ea3>

civils ukrainiens, et ont volé des produits de première nécessité aux habitants assiégés¹⁸³. En réponse à une question sur l'utilisation de la famine comme arme par la Russie, le directeur exécutif du Programme alimentaire mondial des Nations Unies, David Beasley, a affirmé : « Il ne fait aucun doute que la nourriture est utilisée comme arme de guerre de différentes manières ». En ce qui concerne les lignes d'approvisionnement des civils les plus démunis, M. Beasley s'est fait l'écho de la même préoccupation que d'autres porte-parole des Nations Unies en affirmant qu'il y a « des endroits où les forces russes ont assiégé la ville et ne nous permettent pas l'accès dont nous avons besoin »¹⁸⁴.

Les autres sites de conditions mettant la vie en danger

Dans un village situé au sud de Tchernihiv, des soldats russes ont enfermé plus de 350 personnes dans le sous-sol d'une école pendant 28 jours, entraînant la mort de dix d'entre elles par suffocation et dans des conditions mortelles¹⁸⁵. Des civils des régions de Kiev et de Tchernihiv interrogés par Human Rights Watch ont décrit leur détention pendant des jours ou des semaines dans des conditions insalubres et étouffantes, avec peu ou pas de nourriture, une eau insuffisante et aucun accès à des toilettes¹⁸⁶. Pendant l'occupation de Boutcha, six personnes vivant dans une maison de retraite sont mortes de faim, selon les employés du cimetière¹⁸⁷. Le 21 avril, le Président Poutine a directement ordonné un blocus complet de l'aciérie Azovstal « de sorte qu'une mouche ne puisse pas passer », alors qu'il y restait encore 1 000 civils à ce moment-là¹⁸⁸. Selon des images satellite, des vidéos publiées par des responsables ukrainiens et des témoins, les forces russes ont également mis en place des camps dits de « filtration », où les résidents sont interrogés, torturés et privés des produits de première nécessité¹⁸⁹.

Les viols et violences sexuelles

L'ampleur des témoignages de violences sexuelles et de viols dans les zones occupées par les Russes laisse penser qu'il s'agit d'un phénomène généralisé et systématique commis par les forces russes¹⁹⁰. La Mission de surveillance des droits de l'homme des Nations Unies en Ukraine continue « de recevoir des allégations de viols, y compris de viols collectifs, de tentatives de viol, de nudité forcée, de menaces de violence sexuelle à l'encontre de femmes et de filles, d'hommes et de garçons civils »¹⁹¹. Des résidents locaux, des coroners, des bénévoles, des fonctionnaires ukrainiens et des enquêteurs internationaux ont également mis en évidence un schéma de violences sexuelles à

¹⁸³ <https://www.hrw.org/news/2022/04/03/ukraine-apparent-war-crimes-russia-controlled-areas>

¹⁸⁴ <https://www.cbsnews.com/video/full-interview-world-food-programme-chief-david-beasley-on-face-the-nation/>;
voir aussi <https://news.un.org/en/story/2022/03/1115252>

¹⁸⁵ <https://www.hrw.org/news/2022/05/02/older-people-no-longer-invisible-casualties-war-ukraine>

¹⁸⁶ <https://www.hrw.org/news/2022/05/18/ukraine-executions-torture-during-russian-occupation>

¹⁸⁷ <https://www.hrw.org/news/2022/05/02/older-people-no-longer-invisible-casualties-war-ukraine>

¹⁸⁸ <https://www.theguardian.com/world/2022/apr/21/russian-forces-accused-of-secret-burials-of-civilians-in-mariupol>

¹⁸⁹ <https://www.cnn.com/2022/05/23/europe/russia-ukraine-filtration-camps-intl-cmd/index.html>;
<https://www.bbc.com/news/world-europe-61208404>; <https://www.washingtonpost.com/world/2022/05/06/ukraine-mariupol-russian-filtration-camp-video/>; <https://www.washingtonpost.com/world/2022/03/27/russian-camps-outside-mariupol/>; https://truth-hounds.org/wp-content/uploads/2022/04/final_22-march-5-april-3_eng_proof.pdf (Camp de filtration dans l'Oblast de Donetsk)

¹⁹⁰ <https://www.cnn.com/2022/04/22/europe/ukraine-sexual-violence-allegations-russia-cmd-intl/index.html>;

<https://www.hrw.org/news/2022/04/03/ukraine-apparent-war-crimes-russia-controlled-areas>;

<https://www.theguardian.com/world/2022/apr/03/all-wars-are-like-this-used-as-a-weapon-of-war-in-ukraine>;

https://truth-hounds.org/wp-content/uploads/2022/04/final_22-march-5-april-3_eng_proof.pdf

¹⁹¹ <https://ukraine.un.org/en/181201-press-briefing-head-un-human-rights-monitoring-mission-ukraine-matilda-bogner>;
Si les femmes et les filles constituent la majorité des victimes, les hommes et les garçons ont également été la cible de violences sexuelles. Voir par exemple, <https://www.theguardian.com/world/2022/may/03/men-and-boys-among-alleged-victims-by-russian-soldiers-in-ukraine>

travers l'Ukraine, notamment dans les oblasts de Donetsk, Kharkiv, Kherson, Kyiv, Mykolaiv, et Vinnystia¹⁹². Les rapports font état de viols collectifs de mères et de leurs enfants ensemble, de viols au domicile des victimes ou dans des abris, et de viols de parents devant les enfants et vice versa¹⁹³. Human Rights Watch a vérifié des actes brutaux de violence sexuelle dans un village de la région de Kharkiv sous contrôle russe à l'époque, où un soldat russe a violé à plusieurs reprises une villageoise sous la menace d'une arme et lui a lacéré le cou et le visage dans une école abritant principalement des femmes et des filles¹⁹⁴. Selon la médiatrice ukrainienne, des soldats russes ont violé un garçon de 11 ans à Boutcha, tandis que sa mère était attachée à une chaise et forcée de regarder¹⁹⁵. Amnesty International a recueilli le récit d'une femme dans un village à l'est de Kiev, dans lequel « deux soldats russes étaient entrés dans sa maison, avaient tué son mari, puis l'avaient violée à plusieurs reprises sous la menace d'une arme, tandis que son jeune fils se cachait dans une chaufferie à proximité »¹⁹⁶. Ces cas infligent des actes génocidaires supplémentaires et des atteintes mentales graves aux membres de la famille forcés d'en être témoins.

Le viol et la violence sexuelle peuvent être des éléments probants du génocide, en tant que preuves à la fois de l'intention génocidaire et des actes visés aux articles II (b), (c), et (d), et de l'article II (a) lorsqu'ils sont suivis d'une exécution ou d'une mort causée par la torture¹⁹⁷. Le viol et la violence sexuelle infligent une destruction physique et biologique à long terme bien documentée par le biais d'un traumatisme extrême, entraînant des suicides, des maladies sexuellement transmissibles et une incapacité ou un refus de procréer.

Pour conclure que l'ISIS a imposé des mesures de prévention des naissances à la communauté yazidie par le biais du viol, la Commission d'enquête sur la République arabe syrienne a cité le témoignage d'un expert en psychologie traumatique qui a soigné des centaines de femmes et de filles yazidies après avoir été détenues par l'ISIS. Selon ce témoignage, les femmes et les filles « ne voulaient pas se marier ou envisager des relations avec des hommes maintenant ou à l'avenir »¹⁹⁸. Selon la médiatrice ukrainienne, les soldats russes ont dit aux femmes et aux filles détenues dans un sous-sol pendant 25 jours qu'« ils les violeraient de sorte qu'elles ne voudraient plus avoir de contacts sexuels avec aucun homme, pour les empêcher d'avoir des enfants ukrainiens »¹⁹⁹. En 2016, la Commission d'enquête a estimé que les viols génocidaires constituaient des mesures de prévention des naissances en vertu de l'article II (d), comme l'a également reconnu la CIJ lorsque « la capacité de procréer des membres du groupe en est affectée »²⁰⁰.

Au cours des deux premières semaines d'avril, la médiatrice ukrainienne pour les droits de l'homme, Lyudmyla Denisova, a reçu 400 cas signalés de viols commis par les troupes russes²⁰¹. Il y a

¹⁹² <https://www.theguardian.com/world/2022/apr/25/evidence-ukraine-women-raped-before-being-killed-say-doctors-russia-war>

¹⁹³ <https://reliefweb.int/report/ukraine/sexual-violence-and-ukraine-conflict-april-2022>;

<https://news.yahoo.com/russian-soldiers-accused-of-raping-women-men-and-children-in-ukraine-224021315.html>

¹⁹⁴ <https://www.hrw.org/news/2022/04/03/ukraine-apparent-war-crimes-russia-controlled-areas>

¹⁹⁵ <https://news.yahoo.com/russian-soldiers-accused-of-raping-women-men-and-children-in-ukraine-224021315.html>

¹⁹⁶ <https://www.amnesty.org/en/latest/news/2022/04/ukraine-russian-forces-extrajudicially-executing-civilians-in-apparent-war-crimes-new-testimony/>

¹⁹⁷ Croatia para. 166. La Commission d'enquête a constaté qu'ISIS a commis l'acte interdit par l'article II (c) en réduisant en esclavage sexuel des femmes et des filles yazidies, soumises à des viols multiples, tout en étant privées de nourriture, d'eau et de soins médicaux. They came to destroy, para. 140.

¹⁹⁸ COI they came to destroy, para. 145. Voir aussi les conclusions de Human Rights Watch concernant la guerre du Kosovo: "One purpose that rape in the war may have served was discouraging women from reproducing in the future," disponible à https://www.hrw.org/legacy/reports/2000/fry/Kosov003-02.htm#P186_35892

¹⁹⁹ <https://www.bbc.com/news/world-europe-61071243>

²⁰⁰ Croatia para. 166.

²⁰¹ https://twitter.com/KyivIndependent/status/1519320459115966466?s=20&t=P2P4ZfCgUNW523B_VELFeQ

également eu des rapports sur ce qui s'apparenterait à de l'esclavage sexuel²⁰². À Boutcha, la médiatrice a signalé que des soldats russes ont retenu et violé systématiquement un groupe d'environ 25 femmes et filles âgées de 14 à 24 ans dans un sous-sol pendant 25 jours, ce qui a entraîné neuf grossesses²⁰³. Selon un témoin de première main enregistré par l'ONU, il existe une crainte généralisée parmi les Ukrainiens que le viol soit utilisé par la Russie comme une arme de guerre²⁰⁴.

D'autres cas suggèrent que le meurtre a été précédé ou précipité par un viol ou a donné lieu à des pensées suicidaires. Près de Kiev, les cadavres de femmes nues ont été retrouvés au bord de la route, et partiellement brûlés²⁰⁵. À Borodianka, le corps d'un homme a été retrouvé lourdement meurtri, avec un sac sur la tête, les mains liées et le pantalon baissé²⁰⁶. Un psychologue ukrainien a raconté avoir traité trois victimes âgées de 16 à 20 ans qui souffraient toutes de pensées suicidaires après des viols collectifs perpétrés par des soldats russes, « toutes racontant en gros la même histoire » (ce qui indique une pratique systématique) de trois à cinq soldats ayant envahi leur maison, les forçant à de la servitude domestique et les soumettant à des viols collectifs²⁰⁷.

Il existe également des enregistrements, diffusés par les services secrets ukrainiens (SBU), de soldats russes avouant avoir commis des viols et avoir été encouragés par leurs épouses à en commettre²⁰⁸. L'ampleur de la violence sexuelle liée à cette guerre n'apparaîtra qu'avec le temps, mais elle ne sera probablement jamais totalement révélée. Les raisons pour lesquelles les survivants ne sont pas disposés à signaler un viol, même à leur famille, sont nombreuses : stigmatisation, auto-culpabilisation, traumatisme extrême, honte, préoccupations en matière de sécurité ou manque de services et d'options en matière de justice²⁰⁹. Les survivantes de violences sexuelles dans les conflits peuvent être exclues de leur communauté, rejetées par leur famille ou jugées inaptes au mariage, en particulier dans les sociétés plus patriarcales²¹⁰. En Ukraine, deux femmes ayant survécu à un viol dans le district de Brovary ont déclaré avoir été victimisées une deuxième fois lorsque leur communauté les a accusées de collaborer ou de recevoir des faveurs spéciales de la part des soldats russes en échange de relations sexuelles²¹¹.

Le transfert forcé d'Ukrainiens

Le transfert à grande échelle d'enfants russes vers la Russie ou un territoire contrôlé par la Russie peut constituer un « transfert forcé d'enfants du groupe vers un autre groupe », conformément à l'article II (e) de la Convention sur le génocide. La dernière semaine d'avril, le ministre russe des Affaires étrangères a annoncé que plus d'un million de personnes avaient été transférées d'Ukraine

²⁰² <https://reliefweb.int/report/ukraine/sexual-violence-and-ukraine-conflict-april-2022>

²⁰³ <https://www.bbc.com/news/world-europe-61071243>;

<https://www.nytimes.com/interactive/2022/04/11/world/europe/bucha-terror.html?searchResultPosition=1>; L'esclavage sexuel est un crime contre l'humanité en vertu du Statut de Rome, article 7(1)(g).

²⁰⁴ <https://news.un.org/en/story/2022/04/1116422>

²⁰⁵ <https://www.theguardian.com/world/2022/apr/03/all-wars-are-like-this-used-as-a-weapon-of-war-in-ukraine>

²⁰⁶ <https://www.cnn.com/2022/04/14/europe/ukraine-russia-atrocities-eyewitness-intl-cmd/index.html>

²⁰⁷ https://zona.media/translate/2022/04/19/rape_eng

²⁰⁸ <https://twitter.com/ServiceSsu/status/1513867211315757056?s=20&t=Hp8zz3A32TfIMFIKnQnGMQ>;

²⁰⁹ Voir Statements by the UN Human Rights High Commissioner and the Head of UN Human Rights Monitoring Mission in Ukraine, <https://www.ohchr.org/en/statements-and-speeches/2022/05/ukraine-update-human-rights-council-special-session> (“Survivors are often unwilling to be interviewed because of fear and stigma”); et <https://ukraine.un.org/en/181201-press-briefing-head-un-human-rights-monitoring-mission-ukraine-matilda-bogner> (“In general, however, we found that victims of sexual violence and their families and friends are reluctant to speak due to stigma... Over time the scale of these violations will become clearer.”)

²¹⁰ https://newlinesinstitute.org/wp-content/uploads/Final-Edits_Gender-and-Genocide-Conference-Report_ep-Final.pdf, p. 6.

²¹¹ <https://www.cnn.com/2022/05/09/europe/ukraine-russian-soldiers-brovary-rape-victims/index.html>

en Russie depuis le 24 février, dont plus de 180 000 enfants selon le ministère russe de la Défense²¹². Alors que la Russie affirme que les évacuations sont volontaires, il est clair que les Ukrainiens sont en grande partie contraints de fuir en raison de l'invasion de la Russie, et les réfugiés et les fonctionnaires ont également déclaré avoir été transférés par la force ou la menace de la force²¹³. Selon le Commissaire ukrainien aux droits de l'homme, plus de 121 000 enfants ont été déportés de force vers la Russie, où des modifications sont apportées à la législation afin d'accélérer l'adoption des enfants du Donbass²¹⁴. Selon des responsables ukrainiens, des enfants ukrainiens ont été transférés de force dans des régions reculées de Russie, où ils seront contraints de suivre des cours en russe²¹⁵. À la fin mars, le ministère ukrainien des Affaires étrangères a signalé le transfert forcé de plus de 2 000 enfants de la région du Donbass vers la Russie. Le ministère russe de la Défense a confirmé par la suite qu'un nombre similaire d'enfants avaient été transférés de la région vers la Russie sans que l'Ukraine ne soit impliquée²¹⁶. Le 18 avril, des responsables ukrainiens ont indiqué que les forces russes avaient transféré de force 40 000 habitants de Marioupol vers la Russie²¹⁷. Outre les actes relevant de l'article II(e), ces transferts à grande échelle par la force peuvent être qualifiés de nettoyage ethnique. La CIJ a indiqué que le nettoyage ethnique ou le fait de « rendre une région ethniquement homogène en utilisant la force ou l'intimidation pour en chasser les personnes appartenant à des groupes donnés »... peut « permettre de déceler l'existence d'une intention spécifique [de détruire] »²¹⁸.

La destruction de sites culturels et sacrés

Au 2 mai, l'UNESCO a constaté les dommages causés à 120 sites culturels et sacrés depuis le 24 février²¹⁹. Le 12 mars, les forces russes ont visé et endommagé l'un des sites chrétiens orthodoxes les plus sacrés d'Ukraine lors d'une frappe aérienne²²⁰. À Izyum, les bombardements russes ont endommagé une autre église orthodoxe ukrainienne qui a survécu à la Seconde Guerre mondiale²²¹. À Irpin, les habitants ont indiqué que les forces russes ont délibérément visé le centre culturel d'Irpin par des tirs d'artillerie, dans le but d'effacer le patrimoine ukrainien de la ville²²². Selon la jurisprudence, les attaques contre des sites culturels et religieux peuvent « légitimement être tenues compte pour établir l'intention de détruire le groupe physiquement »²²³.

L'intention de détruire en partie

Comme indiqué ci-dessus, la « partie » ciblée du groupe peut constituer un génocide si l'on tient compte de la taille ou de la prééminence de cette partie et du contrôle exercé par l'auteur. Au 24 mai 2022, le Bureau du Haut-Commissaire des Nations Unies aux droits de l'homme a

²¹² <https://www.reuters.com/world/more-than-1-mln-people-evacuated-ukraine-russia-since-feb-24-says-lavrov-2022-04-30/>; <https://www.nytimes.com/live/2022/04/30/world/ukraine-russia-war-news>

²¹³ <https://www.washingtonpost.com/world/2022/03/30/ukraine-mariupol-russia-evacuation-filtration/>; <https://www.nytimes.com/live/2022/04/30/world/ukraine-russia-war-news>

²¹⁴ <https://www.forbes.com/sites/ewelinaochab/2022/04/10/ukrainian-children-forcibly-transferred-and-subjected-to-illegal-adoptions/?sh=5072c55c30e0>

²¹⁵ <https://www.businessinsider.com/russia-forcibly-moved-mariupol-children-6000-miles-away-ukraine-official-2022-4>

²¹⁶ <https://www.reuters.com/world/europe/moscow-says-1847-children-among-thousands-transported-ukraine-russia-2022-05-03/>

²¹⁷ <https://www.hrw.org/news/2022/04/26/urgently-help-ukraine-civilians-flee-mariupol>

²¹⁸ Bosnia, para. 190.

²¹⁹ <https://www.unesco.org/en/articles/damaged-cultural-sites-ukraine-verified-unesco>

²²⁰ <https://www.nytimes.com/2022/03/13/world/europe/monastery-shelling-ukraine.html>

²²¹ <https://www.washingtonpost.com/world/2022/04/07/izyum-eastern-ukraine-razing-towns/>

²²² <https://www.cbc.ca/news/politics/ukraine-russia-irpin-putin-war-crimes-atrocity-1.6440301>

²²³ Para. 344, citant Krstic, TCJ, para. 580

officiellement enregistré 3 930 civils tués et 4 532 blessés dans la guerre²²⁴, mais il prévient que le nombre de morts est plus élevé de plusieurs milliers, car la documentation est retardée dans les zones d'hostilités intenses²²⁵. La « partie » du groupe qui est ciblée n'est pas seulement démontrée par le simple nombre estimé de civils tués, un sous-comptage drastique. L'ampleur des atrocités visant les Ukrainiens doit être évaluée par rapport à la zone d'activité ou de contrôle de la Russie²²⁶. Les forces russes ont laissé une série de destruction physique concentrée lors de leur retrait des zones occupées, dont notamment des exécutions massives à bout portant, des actes de torture, la destruction d'infrastructures vitales, des viols et des violences sexuelles.

Enfin, la dimension qualitative de la partie ciblée du groupe doit être prise en compte, dont en particulier ses dirigeants politiques et communautaires ou d'autres membres emblématiques, car ces figures sont représentatives du groupe ou essentielles à sa survie. Les forces russes ont fait disparaître de force, torturé et tué des chefs de gouvernement et des dirigeants communautaires locaux²²⁷, comme à Hostomel²²⁸, Tchernihiv²²⁹, Motyzyhn, Nova Kakhovka et Melitol²³⁰, y compris la famille entière du maire de Motyzyhn jetée dans une fosse commune²³¹. Selon une ONG locale, depuis le 9 avril, les forces russes ont enlevé au moins 11 maires²³². Dans une lettre adressée au Haut-Commissariat des Nations Unies aux droits de l'homme, les États-Unis ont informé le Haut-Commissaire de renseignements indiquant que « les forces russes établissent des listes d'Ukrainiens identifiés à tuer ou à envoyer dans des camps à la suite d'une occupation militaire »²³³. D'autres membres du groupe qui peuvent jouer un rôle de direction plus informel ou qui sont emblématiques des Ukrainiens sont également visés. Dans les camps dits de « filtration », selon des témoins, des Ukrainiens sont torturés, disparaissent ou sont tués pour tout semblant de loyauté envers l'Ukraine, d'expression de l'identité nationale ukrainienne ou d'activisme²³⁴. En résumé, l'ensemble des atrocités concentrées commises par les forces russes à l'encontre des Ukrainiens dans les zones occupées par la Russie et la sélection d'Ukrainiens ou de dirigeants identifiables en vue de leur destruction physique témoignent d'une intention de détruire en partie le groupe national ukrainien.

L'attribution de l'intention génocidaire

L'ensemble des atrocités visant les civils ukrainiens, et commises par l'armée russe ou les séparatistes soutenus par la Russie, est attribuable à la Russie du fait qu'ils sont des personnes et entités agissant en tant qu'organes de l'État ou sous le contrôle effectif d'agents de l'État. La même conclusion concernant l'attribution d'actes génocidaires à l'État que la Mission indépendante d'établissement des faits des Nations Unies sur le Myanmar a tirée concernant les « opérations de

²²⁴ Ukraine: Civilian casualty update 23 May 2022. (n.d.). OHCHR.

²²⁵ <https://www.theguardian.com/world/2022/may/10/ukraine-civilian-deaths-higher-official-toll-un-warns>

²²⁶ Bosnia, para. 199.

²²⁷ (p. 55, 59, 60 OSCE); <https://thehill.com/policy/international/598700-ukrainian-officials-say-russian-forces-have-abducted-third-mayor>; <https://www.washingtonpost.com/world/2022/04/07/izyum-eastern-ukraine-razing-towns/>

²²⁸ <https://www.hrw.org/news/2022/05/02/ukraine-russian-forces-fired-civilian-vehicles>

²²⁹ <https://www.washingtonpost.com/world/2022/04/05/chernihiv-scene-death-destruction/>

²³⁰ <https://www.bbc.com/news/world-europe-60858363>

²³¹ <https://www.amnesty.org/en/latest/news/2022/04/ukraine-russian-forces-extrajudicially-executing-civilians-in-apparent-war-crimes-new-testimony/>; <https://apnews.com/article/russia-ukraine-zelensky-kyiv-europe-evacuations-665fd06b92852547d7b27627b99509a6>; Truth Hounds report; para. 38 https://www.ohchr.org/sites/default/files/2022-03/HRMMU_Update_2022-03-26_EN.pdf

²³² https://truth-hounds.org/wp-content/uploads/2022/05/analytical-report_-6-20-april-2022-1.pdf 13

²³³ <https://www.washingtonpost.com/context/read-u-s-letter-to-the-u-n-alleging-russia-is-planning-human-rights-abuses-in-ukraine/93a8d6a1-5b44-4ae8-89e5-cd5d328dd150/>

²³⁴ <https://www.cnn.com/2022/05/23/europe/russia-ukraine-filtration-camps-intl-cmd/index.html>;

<https://www.cbsnews.com/news/russia-ukraine-camps-pliant-population/>

nettoyage » menées par l'armée et d'autres forces du Myanmar contre les Rohingyas s'applique ici : « l'ampleur de l'implication de l'État est inéluctable »²³⁵.

Les premières enquêtes ont directement attribué certaines des atrocités les plus destructrices aux forces russes. Selon l'OSCE, « dans la plupart des cas [de destruction à grande échelle de biens civils,] les angles d'attaque, les munitions utilisées et les objets touchés démontrent clairement que ces attaques sont attribuables à la Russie »²³⁶. Des journalistes d'investigation et Amnesty International ont établi la présence ou l'implication des forces d'occupation russes sur de multiples sites d'exécutions extrajudiciaires massives et de torture de civils. Dans les environs de Boutcha, ces forces comprenaient la force de sécurité russe Vityaz, les gardes de la 76e division d'assaut aérien (une force parachutiste sous les ordres du ministre russe de la Défense, Sergei Shoigu) et des unités tchéchènes liées au chef de la République tchéchène, et fervent partisan de Poutine, Ramzan Kadyrov²³⁷. Vityaz est sous le commandement de la Garde nationale, Rosgvardiya, et dirigée par Viktor Zolotov, qui rend compte directement au Président Poutine. Les autorités ukrainiennes ont identifié la 64e brigade d'infanterie motorisée séparée de Russie comme responsable des atrocités commises à Boutcha, dont notamment le meurtre de civils par privation de nourriture²³⁸. En outre, des ONG, des journalistes et des experts en armement ont établi que nombre des vastes attaques aux armes à sous-munitions étaient directement imputables aux forces russes, notamment à la 79e brigade d'artillerie à roquettes lancée directement de la Russie et sous le commandement du colonel général Alexander Zhuravlyov²³⁹.

III. L'obligation de prévenir le génocide

Comme l'a jugé la CIJ, « l'obligation de prévention et le devoir d'agir qui en est le corollaire prennent naissance, pour un État, au moment où celui-ci a connaissance, ou devrait normalement avoir connaissance, de l'existence d'un risque sérieux de commission d'un génocide »²⁴⁰. L'ensemble des destructions commises par les forces russes à l'encontre des Ukrainiens, documentées dans le présent rapport, peut guider la communauté internationale et les États individuels dans leur évaluation de la question de savoir si un génocide est en cours ou, à tout le moins, s'il existe un risque sérieux de génocide, déclenchant l'obligation de prévention correspondante.

Le risque imminent de génocide

Le Cadre d'analyse des Nations Unies pour la prévention des crimes d'atrocité fournit un guide supplémentaire pour évaluer le degré d'existence d'un tel risque grave de génocide, y compris les facteurs de risque spécifiques au génocide : 1) les tensions entre groupes et 2) les signes d'intention de détruire un groupe protégé, et leurs indicateurs²⁴¹. En ce qui concerne le premier facteur de risque, la plupart des indicateurs sont bien présents dans la situation actuelle, notamment la négation par la Russie de l'existence d'un groupe ukrainien, l'histoire des atrocités commises en

²³⁵ Detailed findings of the Independent International Fact-Finding Mission on Myanmar, Sept. 16, 2019, A/HRC/42/CRP.5, para. 222

²³⁶ OSCE report, p. 28

²³⁷ <https://www.reuters.com/investigates/special-report/ukraine-crisis-bucha-killings-soldiers/>; voir aussi Amnesty pp. 6-16, <https://www.amnesty.org/en/documents/eur50/5561/2022/en/>.

²³⁸ <https://www.nytimes.com/2022/04/29/world/europe/bucha-russian-soldiers-atrocities.html>

²³⁹ <https://www.hrw.org/report/2022/05/11/intense-and-lasting-harm/cluster-munition-attacks-ukraine>; <https://www.cnn.com/2022/05/12/world/russia-general-ukraine-syria-cluster-bombs-intl-cmd/index.html>

²⁴⁰ Bosnia v Serbia, para. 431.

²⁴¹ https://www.un.org/en/genocideprevention/documents/about-us/Doc.3_Framework%20of%20Analysis%20for%20Atrocity%20Crimes_EN.pdf 18-19. Voir aussi JBI Risk Factors for Genocide, pp. 2-4.

toute impunité et les conflits passés pour les ressources ou la participation politique²⁴². À cet égard, la CIJ a souligné la pertinence d'un « climat particulièrement haineux » pour la question d'un risque grave, un climat qui existe indubitablement là où les soldats russes ont été conditionnés pour intérioriser des messages assimilant les Ukrainiens aux nazis²⁴³. Les signes d'intention génocidaire au titre du deuxième facteur de risque visant les Ukrainiens ont tous été amplement démontrés dans ce rapport, dont la documentation de l'incitation, la destruction physique ciblée, la violence généralisée ou systématique, les mesures qui affectent gravement les droits reproductifs ou envisagent le transfert forcé d'enfants, la violence déshumanisante, l'utilisation d'armes interdites, les expressions fortes d'approbation du contrôle du groupe protégé²⁴⁴, et les attaques contre les maisons, les fermes, et les symboles et biens culturels ou religieux²⁴⁵.

Il existe également un certain nombre de facteurs déclencheurs supplémentaires, ou d'événements susceptibles de déclencher le début d'un génocide, notamment les hostilités armées, les mesures perçues comme menaçant la souveraineté d'un État (demande croissante des pays voisins d'adhérer à l'OTAN, que la Russie a considéré comme étant une menace pour sa sécurité nationale, nécessitant des « mesures de rétorsion »²⁴⁶), les actes d'incitation ou de propagande haineuse, et la commémoration d'épisodes traumatiques ou historiques qui peuvent exacerber les tensions (l'invasion de dénazification rappelant l'épisode historique traumatisant de la Russie pendant la Seconde Guerre mondiale).

Les éléments du présent rapport établissant l'existence manifeste d'un risque sérieux de génocide sont entièrement fondés sur des sources ouvertes, dont les États ne peuvent nier la connaissance.

La nature de l'obligation de prévenir

La Convention sur le génocide impose aux États une obligation juridique minimale de prendre chacun des mesures raisonnables pour contribuer à la prévention du génocide, une obligation qui s'étend de manière extraterritoriale et s'applique indépendamment du fait que les actions d'un État suffisent ou non à prévenir le génocide. Les États ayant des liens politiques forts avec la Russie ont davantage le devoir d'user de leur influence à cet égard, car le devoir de prévention varie d'un État à l'autre en fonction de sa :

capacité [...] à influencer effectivement l'action des personnes susceptibles de commettre, ou qui sont en train de commettre, un génocide. Cette capacité est elle-même fonction, entre autres, de l'éloignement géographique de l'État considéré par rapport au lieu des événements, et de l'intensité des liens politiques et de tous ordres entre les autorités dudit État et les acteurs directs de ces événements²⁴⁷.

La CIJ a très clairement défini cette obligation comme exigeant des États parties qu'ils mettent « en œuvre tous les moyens qui sont raisonnablement à leur disposition en vue d'empêcher, dans la

²⁴² https://www.un.org/en/genocideprevention/documents/about-us/Doc.3_Framework%20of%20Analysis%20for%20Atrocity%20Crimes_EN.pdf, p. 18.

²⁴³ Bosnia v. Serbia, para 438.

²⁴⁴ Voir le traitement réservé par la Russie aux forces russes responsables d'atrocités. Par exemple, Poutine a décerné à la brigade soupçonnée d'avoir commis des atrocités à Boutcha un titre honorifique pour avoir « protégé la souveraineté de la Russie », saluant le « grand héroïsme et le courage de l'unité... un modèle dans l'accomplissement de son devoir militaire, sa bravoure, son dévouement et son professionnalisme ».

²⁴⁵ https://www.un.org/en/genocideprevention/documents/about-us/Doc.3_Framework%20of%20Analysis%20for%20Atrocity%20Crimes_EN.pdf, p. 19.

²⁴⁶ <https://apnews.com/article/russia-ukraine-putin-kyiv-western-europe-4e2a185188fa94200161b831d6692683>

²⁴⁷ Bosnia v. Serbia, para 430.

mesure du possible, le génocide »²⁴⁸. Dans ce contexte, tous les États doivent employer tous les moyens raisonnablement disponibles pour influencer les dirigeants russes, publiquement et en privé, afin qu'ils prennent des mesures pour protéger les civils ukrainiens vulnérables du risque imminent de génocide, notamment en obtenant des garanties pour des zones et des corridors humanitaires sécuritaires, l'accès aux soins médicaux et aux produits de première nécessité, et des processus de responsabilisation pour les crimes d'atrocité commis par les soldats russes.

Conclusion

En 1995, les détails du massacre de plus de 7 000 garçons et hommes musulmans bosniaques à Srebrenica n'ont été révélés à la communauté internationale que lorsqu'il était trop tard pour empêcher un génocide qui s'est produit en quelques jours²⁴⁹. En 2022, nous avons les moyens de suivre avec précision des atrocités similaires au fur et à mesure qu'elles se déroulent et de réagir en conséquence.

Ce rapport établit des motifs raisonnables de conclure que la Russie porte la responsabilité de l'État pour (a) l'incitation directe et publique à commettre un génocide et (b) un ensemble d'atrocités dont on peut déduire l'intention de détruire en partie le groupe national ukrainien, en violation de l'article II et de l'article III (c). En outre, le rapport établit de manière concluante l'existence d'un risque sérieux de génocide, déclenchant l'obligation juridique de tous les États de prévenir le génocide en vertu de l'article I de la Convention sur le génocide.

²⁴⁸ Id. Bosnia, p. 430.

²⁴⁹ Voir Report of the Secretary General, Fall of Srebrenica, Aftermath of the Fall of Srebrenica, p. 72, <https://documents-dds-ny.un.org/doc/UNDOC/GEN/N99/348/76/IMG/N9934876.pdf?OpenElement>

Postface de l'honorable Irwin Cotler

Le Centre Raoul Wallenberg pour les droits de la personne et l'Institut New Lines ont travaillé sans relâche pour compiler des preuves complètes des atrocités commises par la Russie dans sa violation de chacune des normes fondamentales de l'ordre international fondé sur des règles. J'espère que les preuves accablantes présentées ici seront utilisées par les parlementaires, les conseillers juridiques et les tribunaux pour rendre un jugement rapide, demander des comptes à la Russie, et faire respecter notre obligation urgente de protection et de prévention. Nous comprenons qu'il existe une réticence à invoquer la Convention sur le génocide – et que cela pourrait inviter à un débat sur la définition plutôt que sur les mesures nécessaires à prendre – mais en l'occurrence, les atrocités systématiques visant les Ukrainiens nous obligent à tirer une conclusion opportune sur le droit applicable. Ce dont nous sommes témoins aujourd'hui, c'est d'une incitation indéniable au génocide menée par des responsables du Kremlin, qui dépeignent intentionnellement les Ukrainiens comme des sous-hommes et des menaces existentielles pour la Russie. En considérant toutes les atrocités systématiques commises par les forces russes à l'encontre des Ukrainiens, on peut en déduire et attribuer une intention génocidaire visant à détruire en partie le groupe national ukrainien. Les preuves rassemblées, l'analyse et le cadre prédictif appliqué ici montrent clairement qu'il existe, au minimum, un risque sérieux de génocide. Les États sont désormais informés et ont l'obligation juridique de prendre toutes les mesures raisonnables pour empêcher la Russie de commettre de nouvelles atrocités. Lorsque la communauté internationale réfléchit à la plus grande menace pour l'ordre international et la paix et la sécurité européennes de l'histoire moderne, nous ne pouvons plus dire en bonne conscience que nous ne savions pas. Nous savons maintenant, et nous devons agir.

Honorable Irwin Cotler, Président international du Centre Raoul Wallenberg pour les droits de la personne, Montréal, QC.

Annexes

Ce rapport a été réalisé avec la contribution et après consultation de nombreux experts indépendants, dont les suivants qui ont accepté d'être identifiés publiquement :

Yonah Diamond

Yonah Diamond est un avocat international spécialisé dans la prévention des atrocités et la défense des prisonniers politiques au Centre Raoul Wallenberg pour les droits de la personne. Il est co-auteur et membre du comité directeur du rapport juridique intitulé *Cameroon's Unfolding Catastrophe : Evidence of Human Rights Violations and Crimes against Humanity*. Il est l'auteur principal du rapport d'experts indépendants intitulé *The Uyghur Genocide : An Examination of China's Breaches of the Genocide Convention*. Diamond a participé à ce projet en tant qu'auteur principal.

Professeur John Packer

Le professeur John Packer est professeur inaugural de la bourse Neuberger-Jesin pour l'étude de la résolution de conflits internationaux à la Faculté de droit et directeur du Centre de recherche et d'enseignement sur les droits de la personne de l'Université d'Ottawa. Pendant plus de 20 ans, il a travaillé pour des organisations intergouvernementales (HCNUR, OIT, HCNUDH, DAPNU, OSCE), notamment dans le cadre d'enquêtes sur les violations graves des droits de l'homme, notamment en Irak, en Afghanistan et en Birmanie/Myanmar. Il a été conseiller juridique principal et premier directeur du Bureau du Haut-Commissaire pour les minorités nationales de l'Organisation pour la sécurité et la coopération en Europe. Le professeur Packer a participé à ce projet en tant que conseiller principal.

Erin Farrell Rosenberg

Erin Farrell Rosenberg est chercheuse invitée à l'Urban Morgan Institute for Human Rights de la faculté de droit de l'Université de Cincinnati. Elle est une avocate spécialisée dans le droit pénal international et les réparations, ayant travaillé au TPIY et à la Cour pénale internationale pendant une décennie. Elle est l'ancienne conseillère principale du Centre pour la prévention du génocide au Musée commémoratif de l'Holocauste des États-Unis, où elle a été l'auteure principale de la série de rapports intitulée *Practical Prevention : How the Genocide Convention's Obligation to Prevent Applies to Burma*. Elle est membre du comité de rédaction du Journal of International Criminal Justice (JICJ) et du groupe de travail de l'ABA sur les crimes contre l'humanité. Rosenberg a participé à ce projet en tant que conseiller principal.

Professeure Susan Benesch

La professeure Susan Benesch a fondé et dirige le Dangerous Speech Project (dangerousspeech.org), dont l'objectif est d'étudier les discours susceptibles d'inspirer la violence - et de trouver des moyens de les prévenir, sans porter atteinte à la liberté d'expression. Avocate internationale spécialisée dans les droits de l'homme, elle est également associée à la faculté du Berkman Klein Center for Internet & Society de l'Université Harvard.

Rayhan Asat

Rayhan Asat est une avocate spécialisée dans les droits de l'homme, établie à Washington DC. Diplômée de la Harvard Law School et ancienne avocate spécialisée dans la lutte contre la corruption dans un grand cabinet d'avocats américain, elle est spécialisée dans le droit international des droits de l'homme. Elle est actuellement chercheuse principale au Centre Raoul Wallenberg pour les droits de la personne et est également fondatrice et présidente de l'American Turkic International Lawyers Association.

Adejoké Babington-Ashaye

Adejoké Babington-Ashaye est une experte en droit international. Elle est activement engagée dans la fourniture d'un soutien technique et de conseils pour les poursuites nationales et les enquêtes sur les crimes internationaux par le biais de l'ONUDC et de la Fondation Wayamo, et a été enquêteur à la Cour pénale internationale (2005 - 2010). Mme Babington-Ashaye a également été ancienne conseillère principale à la Banque mondiale (2012 - 2021) et ancienne juriste associée à la Cour internationale de justice (2010 - 2012).

Christopher Atwood

Christopher Atwood est un étudiant diplômé de l'Institut Harriman de l'Université de Columbia. Il effectue des recherches sur les perceptions régionales de l'identité, de la culture et des communications. Il a conseillé plusieurs organisations de médias, de publicité et de marketing ainsi que des ONG en Ukraine et en Russie.

Santiago A. Canton

Santiago A. Canton est directeur du programme Peter D. Bell Rule of Law au Dialogue interaméricain et chercheur international invité à l'American University Washington College of Law. En 1998, il a été le premier rapporteur spécial pour la liberté d'expression dans le système interaméricain. De 2001 à 2012, il a été secrétaire exécutif de la Commission interaméricaine des droits de l'homme de l'Organisation des États américains. En 2005, M. Canton a reçu le Grand Prix Chapultepec de l'Association interaméricaine de presse pour sa contribution à la promotion, au développement, au renforcement et à la défense des principes de la liberté d'expression.

Honorable Irwin Cotler

L'Honorable Irwin Cotler est le président international du Centre Raoul Wallenberg pour les droits de la personne, professeur émérite de droit à l'Université McGill, ancien ministre de la Justice et procureur général du Canada, et député de longue date, et avocat international des droits de la personne.

Professeur David Crane

Le professeur David Crane est professeur de pratique à la faculté de droit de l'Université de Syracuse. Il enseigne le droit international, le droit pénal international, le droit international humanitaire, le droit de la sécurité nationale et d'autres sujets connexes. Il est également le fondateur de la campagne "I am Syria" et de "Impunity Watch". Auparavant, M. Crane a été le procureur en chef du Tribunal international pour les crimes de guerre en Afrique de l'Ouest, connu sous le nom de Tribunal spécial pour la Sierra Leone, nommé par le secrétaire général des Nations Unies, Kofi Annan, de 2002 à 2005.

Dato Param Cumaraswamy

Dato Param Cumaraswamy est un éminent juriste international qui a été président du Conseil du barreau de Malaisie de 1986 à 1988 et rapporteur spécial des Nations Unies sur l'indépendance des juges et des avocats par la Commission des droits de l'homme des Nations Unies de 1994 à 2003. Il a beaucoup écrit sur l'indépendance de la profession juridique et du pouvoir judiciaire et sur l'importance des droits de l'homme. Il a donné de nombreuses conférences sur une variété de sujets juridiques, notamment sur le rôle d'un pouvoir judiciaire indépendant et responsable dans la promotion de la démocratie.

Ambassadrice Kelley Currie

L'ambassadrice Kelley Currie est une avocate spécialisée dans les droits de l'homme qui a servi en qualité d'ambassadrice itinérante des États-Unis pour les questions mondiales relatives aux femmes

(2019 - 2021) et de représentante des États-Unis auprès du Conseil économique et social des Nations Unies (2017 - 2019). Tout au long de sa carrière en politique étrangère, l'ambassadrice Currie s'est spécialisée dans les droits de l'homme, les réformes politiques, le développement, et les questions humanitaires. Elle est actuellement chercheuse principale adjointe au Center for New American Security et chercheuse principale non résidente au New Lines Institute.

Professeure Tanya L. Domi

La professeure Tanya L. Domi est professeure adjointe à l'école des affaires internationales et publiques de l'Université Columbia et membre affilié de l'Institut Harriman. Mme Domi a mené des recherches sur l'intégration européenne des pays des Balkans occidentaux et sur l'élargissement de l'OTAN dans la région.

Dr. Tatyana Eatwell

Dr. Tatyana Eatwell est une avocate du cabinet Doughty Street Chambers à Londres, au Royaume-Uni, spécialisée dans le droit international public et le droit international des droits de l'homme. Elle est intervenue dans des appels pénaux très médiatisés devant la Cour suprême du Royaume-Uni concernant l'interprétation du droit international sur, par exemple, les crimes de guerre, le terrorisme et la torture, et l'application du droit international dans les procédures nationales. Elle est titulaire d'un doctorat de l'Université de Cambridge en droit international public. Sa thèse porte sur les questions d'attribution et est intitulée "State Responsibility for the Unlawful Conduct of Armed Groups" (à paraître chez Cambridge University Press en 2022).

Mark Ellis

Mark Ellis est le directeur de l'Association internationale du barreau et le président du groupe consultatif créé par les Nations Unies sur les questions relatives aux conseils de la défense du Mécanisme pour les tribunaux pénaux internationaux. Ellis a également été conseiller juridique de la Commission internationale indépendante sur le Kosovo et a été désigné par l'OSCE pour conseiller sur la création du Tribunal des crimes de guerre de Serbie. Il a participé activement au Haut Tribunal irakien et a agi en tant que consultant juridique auprès de l'équipe de défense de Nuon Chea aux Chambres extraordinaires au sein des tribunaux cambodgiens (CETC).

Zoe Gladstone

Zoe Gladstone est titulaire d'un JD de l'Université d'Ottawa où elle s'est spécialisée dans les droits de l'homme et le droit international. Elle possède une expérience professionnelle variée dans le secteur public, notamment au ministère de la Justice et au ministère des Affaires étrangères du Canada, en tant qu'ancienne gestionnaire de projet au Centre Raoul Wallenberg pour les droits de la personne, et en tant que stagiaire en politique et en droit à la Human Rights Foundation.

Professeur Max Hilaire

Le professeur Max Hilaire est professeur à l'Université de New York, à Prague. Il est titulaire d'un M.A., d'un M.Phil et d'un doctorat en relations internationales de l'Université Columbia de New York. Il est spécialisé dans le droit international public, les droits internationaux de l'homme et le droit international humanitaire, le droit des Nations Unies et le droit des relations étrangères des États-Unis. Il est l'ancien professeur et président du département des sciences politiques de l'Université d'État Morgan. Il a été deux fois boursier Fulbright et a reçu un certain nombre de prix Fulbright-Hayes et d'autres prix d'excellence pour les professeurs. Il est l'auteur de plusieurs ouvrages, dont le plus récent est *The Evolution and Transformation of International Law*.

Mofidul Hoque

Mofidul Hoque est l'administrateur fondateur du Liberation War Museum au Bangladesh et le directeur du Centre d'études sur le génocide et la paix. Il est récipiendaire de la deuxième plus

haute distinction civile en Bangladesh, l'Ekushey Padak, et est reconnu internationalement pour son travail en tant que spécialiste du génocide, activiste et chercheur.

Professeur Steven T. Katz

Le professeur Steven T. Katz est titulaire de la chaire Alvin J. et Shirley Slater d'études juives sur l'Holocauste à l'Université de Boston et est l'ancien directeur du Centre Elie Wiesel d'études juives. Il a précédemment enseigné au Dartmouth College et a publié de nombreux ouvrages sur l'Holocauste et la philosophie juive.

Professeur Hiroaki Kuromiya

Le professeur Hiroaki Kuromiya est un professeur d'histoire émérite de l'Université de l'Indiana. Il étudie l'Ukraine moderne et contemporaine dans le contexte plus large de l'histoire eurasiennne. Kuromiya a écrit sur le Donbass, historique et contemporain, l'Holodomor, la Grande Terreur, et d'autres sujets et thèmes, principalement pendant l'ère stalinienne.

Professeur Errol Mendes

Le professeur Errol Mendes est avocat, auteur et professeur. Il a été conseiller auprès de sociétés, de gouvernements, de groupes de la société civile et des Nations Unies. Ses intérêts en matière d'enseignement, de recherche et de conseil comprennent le droit constitutionnel et les droits de l'homme, le droit international public, y compris le droit humanitaire et le droit pénal international, ainsi que le droit des affaires et du commerce international.

Professeur Norman M. Naimark

Le professeur Norman M. Naimark est le professeur Robert et Florence McDonnell d'études est-européennes à l'Université de Stanford. Naimark s'intéresse à l'histoire moderne de l'Europe de l'Est et de la Russie, ainsi qu'au génocide et au nettoyage ethnique au XXe siècle. Il est l'auteur de *Genocide : A World History*. M. Naimark a obtenu son doctorat en histoire à l'Université de Stanford en 1972. En plus de ses innombrables postes universitaires, il a été décoré de la Croix d'officier de l'Ordre du mérite de la République fédérale d'Allemagne en 1996.

Dr. Melanie O'Brien

Dr. Melanie O'Brien est professeure associée de droit international à la faculté de droit de l'Université d'Australie occidentale. Elle est présidente de l'International Association of Genocide Scholars et membre du WA International Humanitarian Law Committee de la Croix-Rouge australienne. Les domaines de recherche et de supervision d'O'Brien comprennent le droit pénal international, les études sur le génocide, le droit international des droits de l'homme, le droit international humanitaire, la théorie juridique féministe, le droit international public, le droit pénal comparé, le maintien de la paix et le droit militaire. Les travaux d'O'Brien sur le mariage forcé ont été cités par la Cour pénale internationale, et elle a été *amicus curiae* devant la CPI.

Dr. Ewelina U. Ochab

Dr. Ewelina U. Ochab est une défenseuse des droits de l'homme, auteur et co-fondatrice de la Coalition for Genocide Response. Elle travaille sur le thème du génocide, et plus particulièrement sur la persécution des minorités ethniques et religieuses dans le monde. Ses principaux projets portent sur le génocide perpétré par Daesh en Syrie et en Irak, les atrocités commises par Boko Haram en Afrique de l'Ouest, la situation des musulmans rohingyas au Myanmar et des Ouïghours en Chine. Elle a rédigé plus de 30 rapports pour l'ONU et a présenté des exposés oraux et écrits au Conseil des droits de l'homme, au Forum des Nations Unies sur les questions relatives aux minorités, à PACE et à d'autres forums internationaux et régionaux.

Professeur Maxim Pensky

Le professeur Max Pensky est professeur de philosophie à l'Université de Binghamton, l'Université de l'État de New York, où il est codirecteur fondateur de l'Institut pour la prévention du génocide et des atrocités de masse (I-GMAP). Il a été boursier de l'Université Goethe de Francfort ainsi que des Universités d'Oxford et de Cornell.

Emily Prey

Emily Prey est analyste principale au New Lines Institute for Strategy and Policy. Elle est experte en genre, spécialisée dans le génocide et la justice transitionnelle et titulaire d'un master en analyse de genre et sécurité humaine de la Fletcher School of Law and Diplomacy. Elle a contribué au rapport d'experts indépendants intitulé *Le génocide des Ouïghours : Un examen des violations de la Convention sur le génocide par la Chine*.

Ambassadeur Allan Rock

L'ambassadeur Allan Rock est président émérite et professeur de droit à l'Université d'Ottawa. Il a pratiqué pendant 20 ans comme avocat plaquant à Toronto avant d'être élu au Parlement, où il a occupé plusieurs postes au sein du Cabinet. Il a ensuite été ambassadeur du Canada auprès des Nations Unies à New York, où il a dirigé les efforts du Canada pour obtenir l'adoption unanime par les États membres de l'ONU de la responsabilité de protéger.

Dean Michael Scharf

Dean Michael Scharf est codoyen de la faculté de droit de la Case Western Reserve University depuis 2013. Il est également directeur général du Public International Law and Policy Group, une ONG nommée pour le prix Nobel de la paix. Il a dirigé des projets de justice transitionnelle financés par l'USAID en Ouganda, en Côte d'Ivoire, en Libye, et en Turquie (pour la Syrie), ainsi que des projets de piraterie maritime au Kenya, à Maurice et aux Seychelles. M. Scharf a également occupé de nombreux postes au sein du Département d'État américain en tant qu'avocat.

Ambassadeur David J. Scheffer

L'ambassadeur David J. Scheffer est le professeur international Francqui, KU Leuven, et a été le premier ambassadeur itinérant américain pour les questions de crimes de guerre (1997-2001). Scheffer a participé à la création des tribunaux pénaux internationaux pour l'ex-Yougoslavie et le Rwanda, du tribunal spécial pour la Sierra Leone et du tribunal pour les Khmers rouges. Il a également dirigé l'équipe de négociation américaine lors des pourparlers des Nations Unies sur la Cour pénale internationale. M. Scheffer est professeur émérite de clinique et directeur émérite du Center for International Human Rights à la Northwestern Pritzker School of Law.

Professeur Marci Shore

La Professeure Marci Shore est professeure associée d'histoire à l'Université Yale et régulièrement invitée à l'Institut für die Wissenschaften vom Menschen de Vienne. Elle est la traductrice de *The Black Seasons* de Michał Głowiński et l'auteur de *Caviar and Ashes: A Warsaw Generation's Life and Death in Marxism, 1918-1968*, *The Taste of Ashes: The Afterlife of Totalitarianism in Eastern Europe*, and *The Ukrainian Night: An Intimate History of Revolution*. Elle a reçu une bourse Guggenheim pour son projet actuel sur la phénoménologie en Europe centrale et orientale, dont le titre provisoire est le suivant *Eyeglasses Floating in the Sky: Central European Encounters that Took Place while Searching for Truth*.

Dr. David Simon

Dr. David Simon est membre du comité exécutif du Consortium of Higher Education Centers for Holocaust, Genocide, and Human Rights Studies. M. Simon étudie la manière dont les États et les sociétés commettent et vivent les atrocités de masse, ainsi que leur rétablissement ultérieur. Il est

directeur des études de premier cycle à Yale et a été consultant pour plusieurs agences des Nations Unies, notamment le PNUD, l'INUFR, le Bureau du conseiller spécial pour la prévention du génocide et le Projet de développement du millénaire.

Professeur Timothy Snyder

Le professeur Timothy Snyder est professeur d'histoire Richard C. Levin à l'Université Yale et chercheur permanent à l'Institut des sciences humaines de Vienne. Ses ouvrages comprennent: *The Reconstruction of Nations: Poland, Ukraine, Lithuania, Belarus, 1569-1999* (2003), *Bloodlands: Europe Between Hitler and Stalin* (2010), *Black Earth: The Holocaust as History and Warning* (2015), et *On Tyranny: Twenty Lessons from the Twentieth Century* (2017). Il a été boursier Marshall à Oxford, et a reçu les bourses Carnegie et Guggenheim. Parmi ses autres distinctions, sont le prix Emerson en sciences humaines, le prix de littérature de l'Académie américaine des arts et des lettres, le prix de la Fondation pour la science polonaise en sciences sociales, le prix Leipzig pour la compréhension européenne, le prix du Comité néerlandais d'Auschwitz, et le prix Hannah Arendt en pensée politique.

Dr. Gregory H. Stanton

Dr. Gregory H. Stanton est président fondateur de Genocide Watch, fondateur du Cambodian Genocide Project et fondateur de l'Alliance Against Genocide. Il a été président (2007 - 2009) de l'International Association of Genocide Scholars (IAGS). Alors qu'il travaillait pour le département d'État américain, il a rédigé les résolutions du Conseil de sécurité des Nations Unies qui ont créé le Tribunal pénal international pour le Rwanda.

Chef Charles Taku

Le chef Taku est un expert en droit international certifié qui a quarante ans d'expérience professionnelle et de procès. Il est le président sortant de l'Association du barreau de la Cour pénale internationale (ABCPI) et un administrateur et membre à vie du Conseil d'administration exécutif de l'Association du barreau africain (ABA). Au cours des deux dernières décennies, il a représenté des clients devant le Tribunal pénal international pour le Rwanda, le Tribunal spécial pour la Sierra Leone, la Cour pénale internationale, le Comité des droits de l'homme des Nations Unies à Genève et la Cour africaine des droits de l'homme et des peuples à Arusha, en Tanzanie.

Dr. György Tatár

Dr. György Tatár est le président du conseil d'administration de la Fondation pour la prévention internationale du génocide et des atrocités de masse, établie à Budapest, en Hongrie, depuis 2011. Avant de rejoindre la Fondation, il a travaillé de 2004 à 2010 pour le Haut Représentant de l'UE pour la politique étrangère et de sécurité commune en tant que chef de la Task Force pour les questions de sécurité horizontale et la prévention des conflits au sein de l'unité de planification politique et d'alerte précoce. De 1977 à 2004, il a occupé divers postes au ministère hongrois des affaires étrangères à Budapest et dans les ambassades de Hongrie à Bagdad, Prague et Vienne.

Robert Tyler

Robert Tyler est conseiller politique principal à New Direction – Foundation for European Reform, un groupe de réflexion basé à Bruxelles fondé par Margaret Thatcher en 2009 en tant que fondation officielle du Mouvement conservateur européen. Avant de travailler pour New Direction, il a travaillé comme conseiller politique au Parlement européen, en se concentrant sur la politique étrangère et la lutte contre le terrorisme.

Remerciements

L'Institut New Lines et le Centre Raoul Wallenberg pour les droits de la personne tiennent à remercier les personnes suivantes pour leur soutien inestimable, sans lequel ce rapport n'aurait pas été possible :

Robert Tyler, Conseiller politique senior, New Direction

Aram Shabanian, Spécialiste OSINT, Institut New Lines

Skylar Banks, stagiaire en politique, Centre Raoul Wallenberg pour les droits de la personne

Clément Gun Cuninghame, stagiaire en recherche, New Lines Institute

Ella Johnson, Stagiaire en droit, Centre Raoul Wallenberg pour les droits de la personne

Alec Dionne, stagiaire en recherche, New Lines Institute

Pour les travaux de traduction :

Dr. Aboubacar Dakuyo, Centre de recherche et d'enseignement sur les droits de la personne, Université d'Ottawa.

Yurii Popovych, traducteur

Maksym Popovych, rédacteur juridique

Ganna Huemer, Traductrice

Peter Marius Huemer, Traducteur

Pavel Havlicek, chargé de recherche au Centre de recherche, Association pour les affaires internationales